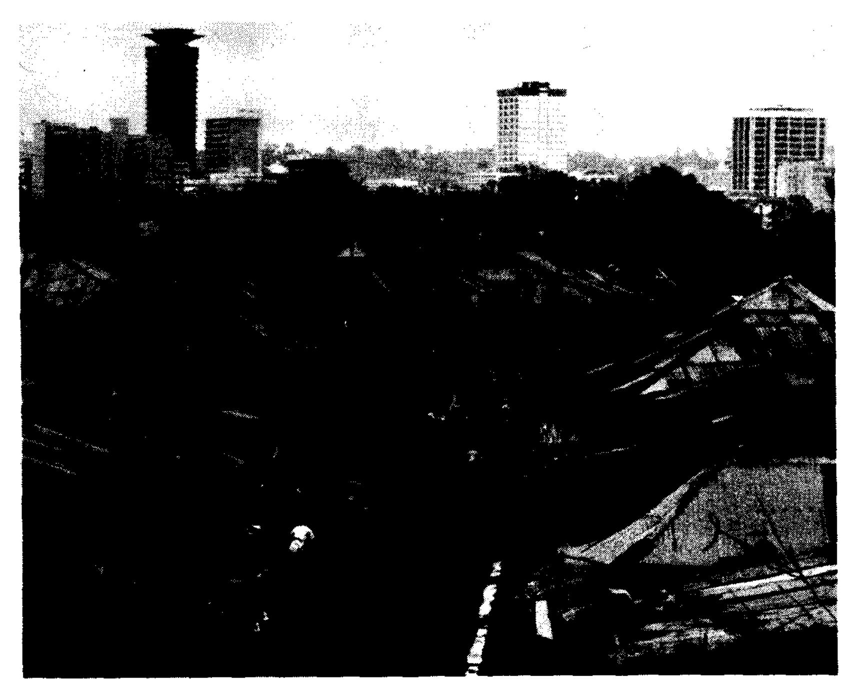
blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Slum in Nairobi; im Hintergrund das in Beton und Glas wuchernde amerikanische und europäische Kapital

Multinationale Konzerne

– Ausländische Unternehmen in der Dritten Welt

– Siemens in Argentinien

Nr. 50
Dezember 75

Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Postfach 5328
Tel. 0761/74003

AUS DEM INHALT

DM 2,20

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt,
78 Freiburg, Postfach 5328, Tel. 74 00 3.

Zusammengestellt von: S. Bartels, R. B... es, G. Cremer, J. Geue, F. Hemm... er, C. Jürgenmeyer ... B. Stein... 5205 St. Augustin ... recht, 34 Göttingen, Levinstraße 9a

Entgegen unserer Planung war es uns nicht mehr möglich, diese Nummer vor Weihnachten technisch zusammenzustellen. Sie zählt jedoch noch als Nummer des Jahrgangs 1975. Wir bitten um Verständnis.

Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 14 82 39-755;
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047;
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Auch Manuskripte, die unverlangt an uns geschickt werden, prüfen wir sorgfältig. Wir bitten die Autoren jedoch, eine Kopie zur Sicherheit bei sich aufzubewahren.

Einzelpreis dieser Einfachnummer: DM 2,20 / Sfr. 2,50 / öS 16,–.

Jahresabonnement bei 10 Nummern (in 8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
SFr 28,80 bzw. 20,40; öS 200,– bis. 140,–

Nachrichten und Kurzberichte

Angola – von Portugal politisch unabhängig

Redaktionsschluß Mitte Dezember 1975

I. Angola von Portugal unabhängig – der Kampf um die Unabhängigkeit geht dennoch weiter

1) Die MPLA ruft die VR Angola aus

Angola ist am 11. November von Portugal politisch unabhängig geworden. Die portugiesische Regierung hielt an dem in Alvor, Januar 1975, mit den drei angolanischen politischen Bewegungen ausgehandelten Termin für die Unabhängigkeit des Landes fest (vgl. „Chronik" der „blätter", Heft 41/42). Auf Grund interner Unstimmigkeit in dieser Frage vermied es die portugisische Regierung in der von ihrem Hochkommissar in Luanda am 10. November verlesenen Unabhängigkeitserklärung, Partei zu ergreifen für eine der drei in Angola kämpfenden afrikanischen Organisationen. Die Namen dieser Bewegungen, MPLA, UNITA und FNLA, tauchen in der portugiesischen Erklärung zur Machtübergabe in Angola nicht auf. Portugal, so heißt es in der Erklärung ausweichend, übergebe die Regierungsmacht in Angola dem *angolanischen Volk* (NZZ vom 11.11.). In Portugal hatte die überwiegende Zahl der sozialistischen Gruppen, die PC (die Moskau-orientierte Kommunistischen Partei) und auch Staatspräsident Gosta Gomes für eine Überantwortung der Regierungsgewalt an die MPLA plädiert. Dem widersetzte sich jedoch die Sozialistische Partei (PS) und die Volksdemokratische Partei (PPD). Beide Parteien drohten im Falle der Anerkennung der MPLA mit dem Austritt aus der Regierung Azevedo (NZZ vom 13.11./ „Spiegel" vom 17.11.).

Nach dem am 10. November abgeschlossenen Abzug der portugiesischen Kolonialverwaltung und der Kolonialarmee aus Angola rief dann in der Nacht auf dem 11. November die MPLA in Luanda die *Volksrepublik Angola* aus. Auf diesen Schritt reagierte in Ambrize (150 km nördlich Luandas) die FNLA mit der Ausrufung der sog. Demokratischen Volksrepublik Angola; wenig später wurde aus Nova Lisboa (Huambo) von der FNLA und UNITA die Bildung eines gemeinsamen 24-köpfigen „Nationalen Revolutionsrates" bekannt gegeben. (NZZ vom 12.11.). Damit ist das jetzt „unabhängige" Angola zumindest vorläufig in zwei Teilstaaten zerfallen (Zur Frage des geographischen Einflußbereiches der beiden angolanischen Regierungen vgl. Ausführungen zur militärischen Lage).

Wenige Tage vor dem 11. November war ein letzter Vermittlungsversuch der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) gescheitert. Eine mit Vertretern aus 10 afrikanischen Ländern besetzte OAU-Sonderkommission gelang es zwar in Zusammenarbeit mit Unterhändlern aus den drei angolanischen Parteien einen Schlichtungsplan auszuarbeiten, der dann jedoch nicht die Unterschrift der Führung von MPLA, UNITA und FNLA fand. Der Plan sah u. a. die Entsendung einer OAU-Friedensstreitmacht vor, die zum einen dem Schutz der territorialen Integrität Angolas dienen sollte (als solche hätte sie sich insbesondere gegen die Invasionskolonne aus Namibia zu wenden gehabt) und die zum anderen einen Waffenstillstand zwischen den drei Bewegungen überwachen sollte („Financial Times" vom 8.11.) Die Realisierung des genannten Schlichtungsplanes scheiterte wahrscheinlich an militärischen Erfolgen, die die FNLA und UNITA mit ihren Verbündeten Truppen aus Zaire und Südafrika in den Tagen vor dem 11. November in ihrem Kampf gegen die MPLA zu erzielen vermochten. Angesichts dieser Erfolge erschien es vorübergehend so, als würde die MPLA auf offener Feldschlacht in wenigen Tagen oder Wochen unterliegen und Luanda von den Invasionsarmeen, die von Norden und Süden auf die Stadt vordrangen, militärisch eingenommen werden.

Nicht zustande kam auch ein am 3. November von OAU-Präsident Amin angekündigter Waffenstillstand. Die MPLA erklärte ihre Bereitschaft zur Unterzeichnung eines solchen Abkommens. Von FNLA und UNITA hingegen blieb eine Stellungnahme aus („Financial Times" vom 4.11.).

Der Regierung der Volksrepublik Angola steht als Präsident erwartungsgemäß Augustino Neto vor. Ministerpräsident ist Lopo do Nascimento, Außenminister ist Lucio Lara (gilt als „Nummer 2" in der MPLA); Inneminister: Nito Alves; Verteidigungsminister; Iko Carreira. Das Kabinett gilt im Ganzen als rechts von der Volksmacht-Bewegung (vgl. „Nachrichten und Krzber.", Heft 49) und dem militärischen Flügel der MPLA, der FAPLA, stehend. Die Regierung spiegelt somit nur ungenügend die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in der MPLA wieder.

In der diplomatischen Anerkennung halten sich die kapitalistischen Staaten und die in unmittelbarer Abhängigkeit zu diesen Ländern stehenden Staaten bislang noch zurück. Von den größeren Ländern sind aus dieser Front bis Mitte Dezember nur Brasilien und Nigeria ausgeschert (Nigeria als Kontrahent des subimperialistischen Zaires). Die osteuropäischen Länder entschlossen sich sofort zur Anerkennung der VR Angola. Gleiches taten die afrikanischen Staaten Mozambique, Guinea-Bissau, die VR Kongo, Mali, Mauritanien, Mauritius, die Kapverdischen Inseln, Sao Tome/Principe und Äthiopien. Hinter die von der MPLA in Luanda gebildete Regierung stellten sich im weiteren die Regierung von Nordvietnam, die rhodesische Befreiungsbewegung ZANU und seit dem 5. Dezember auch die Regierung von Tanzania (SZ vom 6./7.12.). Die tanzanische Regierung protestiert ihren Angaben nach mit den Entschluß zur Anerkennung der VR Angola insbesondere gegen das Bündnis, das UNITA und FNLA mit den aus Namibia und aus Zaire nach Angola eingedrungenen Invasionsarmeen eingegangen ist. Die UNITa und FNLA, so eine Erklärung der tanzanischen Regierung vom 10.12., hätten damit den afrikanischen Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit verraten. FNLA und UNITA hätten sich zu Agenten des Imperialismus erniedrigt (SZ vom 12.12.). Die tanzanische Regierung wies in diesem Zusammenhang die beiden Bewegungen an, ihre politischen Büros in Dar es Salaam zu schließen.

2) Die Haltung der OAU zur VR Angola

Wie aus den Namen der vorweg genannten Staaten ersichtlich, ist die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in der Frage der Anerkennung der VR Angola zur Zeit (Mitte Dezember) gespalten: Das hinderte freilich den Präsidenten der OAU, Idi Amin (Uganda), und das Sekretariat der Organisation unter Leitung von William Eteki nicht daran, unmittelbar nach der Ausrufung der VR Angola die Regierungen der afrikanischen Länder aufzufordern, der VR Angola die diplomatische Anerkennung zu verweigern und für Angola die Bildung einer Regierung aus Vertretern aller drei Bewegungen zu fordern. Amin und Eteki dürften sich hierin zunächst allerdings wohl von der Mehrheit der Regierungen der afrikanischen Staaten unterstützt gesehen haben. Aus politischen Opportunismus und sicher auch auf Druck der imperialistischen Metropolen in Westeuropa und Nordamerika wird im November die Mehrzahl der afrikanischen Regierungen interessiert gewesen sein, die weitere Entwicklung der Kämpfe in Angola abzuwarten – und hier insbesondere den von UNITA und FNLA angekündigten „Endkampf um Luanda". Da sich

nun seit Ende November militärisch das Blatt wieder zugunsten der MPLA gewendet hat, dürften sich inzwischen in der Frage der Anerkennung der VR Angola die Mehrheitsverhältnisse unter den Mitgliedsstaaten der OAU spürbar verändert haben. So steht zu erwarten, daß auf der für Ende Dezember oder Anfang Januar angekündigten OAU-Sondersitzung zur Angola-Frage sich ein Stimmungsumschwung zugunsten der von der MPLA gestellten Regierung der VR Angola abzeichnen wird.

3) Zur Verwicklung der VR China im Angola-Krieg

Die in der OAU von Idi Amin geführten Gegner einer in Angola von der MPLA allein gestellten Regierung sehen sich in dieser Haltung nachdrücklich auch von der VR China unterstützt: In dem Zentralorgan der chinesischen KP („Volkszeitung") spricht sich die Partei für eine von allen drei angolanischen Bewegungen gebildete Koalitionsregierung aus. Für den „Bürgerkrieg" in Angola wird in diesem Zusammenhang der Machtkampf zwischen den beiden Supermächten, der USA und der Sowjetunion, verantwortlich gemacht. Die Hauptschuld träfe dabei allerdings die Sowjetunion, der eine „verstärkten Aggression und Expansion" auf dem afrikanischen Kontinent vorgeworfen wird (FR vom 15.11.).

Zur Frage, wie weit die VR China zur Zeit noch selbst in den Auseinandersetzungen in Angola verwickelt ist, liegen aus Presse widersprüchliche Meldungen vor. Ihren eigenen Angaben nach will die chinesische Regierung ihre seit 1973 aufgenommene militärische Unterstützung für die FNLA (militärische Ausbildung und Waffen) etwa Mitte dieses Jahres eingestellt haben. Dem steht jedoch eine Meldung aus zuverlässiger Quelle entgegen, in der es heißt daß die FNLA noch Ende Oktober bei Angriffen auf MPLA-Stellungen in Cabinda u. a. auch „nagelneues" Kriegsmaterial chinesischer Herkunft eingesetzt habe.

Zur Verwicklung der VR China in die derzeitigen Kämpfe zwischen den angolanischen Bewegungen ist noch allgemein anzumerken, daß offenbar die direkten Waffenlieferungen Chinas an die FNLA nie einen besonders hohen Umfang erreicht haben. Von größerer Bedeutung waren demgegenüber aber die auf 200 bis 300 Personen geschätzten chinesischen Ausbilder, die seit 1973 auf zairischen Territorium FNLA-Rekruten militärisch geschult haben. Gerade ihrem Einsatz verdankt nämlich die FNLA den seit dem Umsturz in Portugal zu verzeichnenden rasanten Zuwachs an ausgebildeten Soldaten. War die FNLA zum Zeitpunkt des Umsturzes in Portugal der MPLA an Truppenstärke noch weit unterlegen, so verfügte die FNLA bei Aufnahme ihrer militärischen Offensive gegen die MPLA vom März dieses Jahres (vgl. Nachr. u. Kurzber., Heft 45 u. 46/47) über die doppelte Zahl (manche Quellen sprechen von der dreifachen Zahl) an Soldaten.

Unbeachtet von Quantität und Qualität der chinesischen Militärhilfe für die FNLA erwies sich zudem auch die Tatsache als solche, daß die VR China seit 1973 die FNLA unterstützt, für die FNLA von unschätzbarem Wert – dies in politischer Hinsicht: Vor 1973 stand die FNLA überall in Afrika in dem (berechtigten!) Verdacht, ein Ziehkind des amerikanischen CIA's zu sein. Erst die Hilfe seitens der chinesischen Regierung, die damals schon einiges Ansehen in Afrika genoß, vermochte die FNLA von diesem Makel zu befreien und verhalf die Organisation dann auch zur Rückkehr in den Kreis der afrikanischen Befreiungsbewegungen, die von der OAU diplomatisch anerkannt und finanziell unterstützt werden. Die VR China hatte damit indirekt zugleich der MPLA einen schweren politischen Schlag versetzt. Die MPLA konnte von dem Zeitpunkt an gegenüber den afrikanischen Staaten-Gemeinschaft nicht mehr länger als die einzige legitime Repräsentantin des angolanischen Volkes auftreten.

Angesichts dieser Tatsachen scheint die Behauptung nicht ganz abwegig, daß sich in Angola ohne das beschrieben Eingreifen Chinas, die politischen Kräfteverhältnisse nach dem Umsturz in Portugal, ähnlich eindeutig dargestellt hätten wie beispielsweise in Mozambique, das heißt, daß dort die MPLA sich von Anbeginn an als die klar dominierende Kraft erwiesen hätte und der FNLA keine Chance gelassen hätte, mit ihr eine aussichtsreiche bewaffnete Auseinandersetzung heraufzuschwören. Den Beitrag, den die FNLA in den letzten Jahren in dem kolonialen Befreiungskampf geleistet hat, ist nachgewiesener Maßen gering. Es scheint in dieser (und in der vorhergehenden Zeit) eher so gewesen zu sein, daß die FNLA ihre Kampf-Anstrengungen weniger auf die Bekämpfung der portugiesischen Kolonialarmee als auf die Liquidierung von MPLA-Zellen im Norden Angolas konzentriert hatte.

4) Die Haltung der Sowjetunion

Noch vor dem eigentlichen Unabhängigkeitstermin vom 11. November hatte sich die Sowjetunion in einer öffentlichen Stellungnahme eindeutig auf die Seite der MPLA geschlagen – dies, indem sie Ende Oktober durch ihren Botschafter in Kampala erklären ließ, die Sowjetunion unterstütze allein die MPLA und erkenne die MPLA als die einzige legitime Repräsentantin des angolanischen Volkes an. Diese Erklärung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die von der OAU eingesetzte Angola-Sonderkommission noch bemüht war, einen Kompromiß zwischen den drei angolanischen Parteien herbeizuführen. In verschiedenen afrikanischen Staaten wurde dieser Schritt als Versuch gewertet, die Einigungsbemühungen der OAU in Angola zu hintertreiben.

Als die Sowjetunion in den folgenden Tagen offenbar auch noch den Versuch unternahm, den ugandischen Präsidenten Idi Amin (zu dem die SU bis dahin enge politische und militärische Beziehungen unterhielt), zu bewegen, sich auf die Seite der MPLA zu schlagen, kam es am 10. November zu einem offenen Eklat zwischen Amin und der sowjetischen Regierung: Amin drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehung Ugandas zur Sowjetunion und beschuldigte die SU, in Afrika das koloniale Erbe Portugals antreten zu wollen (NZZ vom 11.11.). Amin dürfte hierin wiederum wohl im Namen der Mehrzahl der afrikanischen Staaten gesprochen haben.

Mittlerweile scheint jedoch der Konflikt zwischen der ugandischen Regierung und der Sowjetunion wieder beigelegt zu sein (SZ vom 18.11.). Dennoch dürfte die scheinbar voreilige diplomatische Intervention der Sowjetunion zugunsten der MPLA dem Ansehen der Sowjetunion in Afrika geschadet haben. Daß die SU noch vor der eigentlichen Unabhängigkeit Angolas einseitig Partei ergriff für die MPLA, erklärt sich wahrscheinlich weniger aus offen-spalterischen Absichten, als vielmehr aus der sich gegen Ende Oktober zuspitzenden militärischen Lage in Angola: Die MPLA stand in der Zeit immer mehr in der Gefahr, von den mit der UNITA und FNLA verbündeten Invasionsarmeen aus Zaire und Südafrika in wenigen Wochen oder Tagen gänzlich überrollt zu werden.

Mit der offenen Parteinahme für die MPLA wollte die Sowjetunion offenbar den mittel- oder unmittelbar an der Invasion in Angola beteiligten ausländischen Mächten (USA, Frankreich, Zaire, Südafrika usw.) unmißverständlich zu verstehen geben, daß die SU einer Liquidierung der MPLA nicht untätig zuschauen würde. Zugleich wollte die SU der MPLA vermutlich auch diplomatisch den Rücken stärken – dies, um zu verhindern, daß einer von der MPLA allein gebildeten Regierung, die im Ausland ohne einen starken Verbündeten ist, die internationale Anerkennung versagt bleibt.

Zur Unterstützung der MPLA durch die Sowjetunion und den übrigen Ostblockstaaten ist noch allgemein anzumerken: Entgegen der verbreiteten Behauptung, es sei insbesondere die Sowjetunion gewesen, die durch massive Waffenlieferungen an die MPLA den „Bürgerkrieg" in Angola „geschürt" habe, ist richtig zu stellen, daß die SU erst zu einem Zeitpunkt ihre seit 1973 auf einem sehr niedrigen Niveau eingefrorenen Waffenlieferungen an die MPLA wieder verstärkte, als die FNLA mit amerikanischen Dollars und mit militärischer Hilfe aus Zaire und der VR China bereits „bis zu den Zähnen" aufgerüstet war und die MPLA in eine für das Überleben der Organisation gefährlichen Defensive geraten war. Das war in den Monaten Juli und August dieses Jahres (vgl. „Nachr. u. Kurzber.", Heft Nr. 49).

Zu dem seit Oktober aus den Kämpfen in Angola gemeldeten Einsatz von schweren Waffen wie Panzer, Hubschrauber oder Raketenwaffen ist in gleichem Sinne festzustellen, daß es zunächst die Verbündeten der FNLA und UNITA waren, die Waffen der genannten Art einsetzten. Erst dann ging die SU dazu über, die MPLA in größeren Umfang auch mit schweren Waffen zu versorgen. Ähnlich verhielt es sich auch mit dem Einsatz von sowjetischen und kubanischen „Militärberatern" in Angola: Auf der Seite der FNLA und UNITA kämpften schon seit Monaten Söldner und reguläre Truppenteile aus allen möglichen Ländern, als in der Presse die ersten Meldungen über den Einsatz „kubanischer Elite-Einheiten" und sowjetischer „Militärberater" im Angola-Krieg auftauchten (Näheres dazu, siehe unten).

Hinzuzufügen ist schließlich noch, daß bevor die Sowjetunion dem Hilferuf der MPLA nach vermehrten Waffenlieferung folgte, im Juni

eine MPLA-Delegation in Peking weilte, um auch die chinesische Regierung um Waffenlieferungen zu bitten und um China dazu zu bewegen, seine Unterstützung für die FNLA einzustellen. In der Frage der chinesischen Hilfe für die FNLA soll der MPLA in Peking zugesichert worden sein, daß China sich zukünftig ganz aus dem Angola-Konflikt heraushalten werde. Wie weit das tatsächlich geschehen ist, wird bislang zweifelhaft beurteilt (Zumindest den Meldungen der bürgerlichen Presse nach wird dies übereinstimmend verneint). Sicher ist nur, daß 2 Wochen nach dem Besuch der MPLA in Peking eine Delegation der FNLA dort zu Gesprächen mit der chinesischen Führung weilte und sich der Führer der FNLA, Holden Roberto, nach dem Besuch befriedigt über die Verhandlungsergebnisse äußerte.

5) Zur Rolle der USA

Die Rolle, die die USA bislang in dem Angola-Krieg gespielt hat, scheint mittlerweile durch Meldungen verschiedener amerikanischer Zeitungen und durch Aussagen des noch amtierenden Chefs des amerikanischen Geheimdienstes CIA, Colby, in einigen wesentlichen Punkten aufgeklärt zu sein: Colby gestand gegenüber einem Untersuchungsausschuß des Kongresses ein, daß die USA in Angola „paramilitärische Operationen" vorgenommen habe (und noch nehme). Der CIA habe in den vergangenen Monaten der FNLA und der UNITA 25 Mill. Dollar in Form von Waffen oder für den Ankauf von Waffen zur Verfügung gestellt. Weitere 25 Mill. Dollar ständen den Gruppen abrufbereit zur Verfügung. Die Regierung von Zaire habe dabei als Zwischenträger fungiert. Bekannt wurde weiter, daß eine Tarnorganisation des CIA unter dem Decknamen „Kongreß für die Rassische Gleichheit" ehemalige Vietnamsoldaten schwarzer Hautfarbe für den Einsatz als Söldner im Angola-Krieg rekrutiert hat (SZ vom 15.12.). Darüber hinaus ist bereits seit längerem bekannt, daß das Mobutu-Regime in Zaire für 1975 aus der USA Militärhilfe in Höhe von 39,4 Mill. Dollar zugesagt bekam. 1974 lag die amerikanische Militärhilfe für Zaire bei nur 3,8 Mill. Dollar



„Spiegel" vom 17.11. (das enge politische und militärische Zusammengehen Mobutus mit der FNLA ist mittlerweile wohl hinlänglich bekannt; vgl. „Nachr. u. Kurzber." der vorangegangenen Ausgaben der „blätter").

Unter dem Eindruck der Erfolge, die die MPLA in Angola etwa seit Mitte November auf militärischem Gebiet zu verzeichnen hat (siehe unten), ist es mittlerweile auch im außenpolitischen Ausschuss des amerikanischen Senats über die Angola-Frage zu einer offenen Kontroverse zwischen Abgeordneten der Demokratischen Partei und dem amerikanischen Außenminister Kissinger gekommen. Kissinger wird von den Senatoren vorgeworfen, in Angola „auf die Seite der Verlierer" gesetzt zu haben. UNITA und FNLA seien in Angola schon deshalb die Verlierer, weil sie in afrikanischen Augen einen „Teufelspakt" geschlossen haben, als sie die Hilfe Südafrikas und weißer Söldner herbeiriefen. Die USA laufe in der Unterstützung von FNLA und UNITA deshalb Gefahr, von den schwarzafrikanischen Staaten mit deren ärgsten Feind gleichgesetzt zu werden. Der USA werde in Afrika bereits der Vorwurf gemacht, gemeinsam mit Südafrika die Einheit Angolas zu spalten. Sollte, so die Senatoren weiter, die Organisation für afrikanische Einheit auf ihrem für Dezember geplanten Treffen nicht nur Südafrika verurteilen, sondern auch die MPLA-Regierung in Luanda anerkennen, hätte sich die USA in Afrika weitgehend isoliert. Von Senator Clark aus Iowa wurde zudem die Auffassung vertreten, daß es für die USA durchaus zu verschmerzen wäre, wenn eine von der Sowjetunion unterstützte Befreiungsbewegung in Angola „gewinnen" würde. Die bisherige Geschichte der sowjetischen Intervention in Afrika sei ein „fast völliges Versagen". Siege die MPLA in Angola, so könne die Sowjetunion schon froh sein, wenn sie ihren Einfluß in Angola „ein oder zwei Jahre" aufrechterhielte. Gegenwärtig sei beispielsweise Mozambique ein weiteres Beispiel für Afrikas „mangelnde Dankbarkeit" gegenüber der Sowjetunion (SZ vom 15.12.75).

II. Zur derzeitigen militärischen Lage (Mitte Dezember)

1) Rückschläge im Oktober und Anfang November

Nachdem im August von der MPLA die seit Ende März laufende militärische Offensive der FNLA (und später auch der UNITA) gestoppt werden konnte und die MPLA dann im September und Anfang Oktober der Gegenseite eine Reihe von deutlichen Niederlagen beibringen konnte, ging von Mitte Oktober ab die militärische Initiative wieder in die Hand der FNLA/UNITA und ihrer ausländischen Verbündeten über (vgl. „Nachrichten und Kurzber.", Heft 49): Die MPLA sah sich an drei Punkten in Angola angegriffen, in der Enclave Cabinda, an der Nordflanke von Luanda und in den Küstenprovinzen des Südens. Der Angriff auf Cabinda, an dem sich neben FNLA-Einheiten in größeren Umfang auch reguläre Truppen aus Zaire beteiligten, konnte noch vor dem Unabhängigkeitstag vom 11. November nach Ablauf weniger Tage zurückgeschlagen werden.

An der „Luanda-Front" gestaltete sich demgegenüber die Lage erheblich kritischer: Mit dem erklärten Ziel, Luanda noch vor dem 11. November einzunehmen, drangen von Norden her FNLA-Truppen, verstärkt durch fünf zairische Bataillone („Spiegel" vom 15.12.), bis auf ca. 20 km auf Luanda vor. Dabei geriet u. a. auch die zentrale Wasserpumpstation für Luanda bei Quifangondo wiederholt unter Arillerie-Beschuß, wodurch die gesamte Wasserversorgung von Luanda zeitweilig unterbrochen wurde. Versuche der FNLA und ihrer zairischen Verbündeten, nach Luanda selbst eindringen, mißlangen allerdings.

Schwere Verluste mußte die MPLA von Ende Oktober an im südlichen Küstenstreifen Angolas hinnehmen. Eine in Namibia unter südafrikanischem Oberbefehl zusammengestellter Heeres-Kolonne drang binnen 3–4 Wochen von der namibischen Grenze aus entlang der Küste bis auf mehrere hundert km in Angola ein. Ihr fielen dabei neben der Hauptstadt der Provinz Huila, Sa da Bandeira, auch die wichtigen Hafenstädte Mocamedes, Benguela und Lobito (größte angolanische Hafenstadt) in die Hände. Der Vormarsch der Kolonne konnte dann erst Mitte November auf der Höhe der 260 km südlich von Luanda gelegenen Hafenstadt Novo Redondo gestoppt werden. Ziel der Kolonne war es offensichtlich, Luanda von der schwer zu verteidigenden Südflanke her anzugreifen.

Die von Südafrika aus kommandierte Kolonne soll nach Angaben der „Financial Times" (11.11.) 2000 Mann stark sein. Sie setzt sich zusammen aus in Südafrika rekrutierten weißen Söldner, aus weißen und schwarzen portugiesischen Soldaten, die die portugiesische Kolonialarmee verlassen haben oder aus ihr ausgestoßen worden sind, aus weißen portugiesischen Siedlern und offensichtlich auch aus regulären weißen und schwarzen Soldaten der südafrikanischen Armee (NZZ vom 20.11.). Die Kolonne ist mit Panzerspäh-Wagen (Panhard), leichten Schützenpanzern (Marmon-Herrington) sowie mit Kampf- und Versorgungshub-

schraubern (u. a. Alouette) ausgerüstet. Da es sich hierbei ausschließlich um Waffen handelt, mit denen auch die südafrikanische Armee ausgestattet ist, gilt es als sicher, daß die Kolonne von Südafrika mit Waffen ausgerüstet worden ist. Die Steuerung des Kampfeinsatzes und die Organisation des Nachschubes der Kolonne scheint ganz in der Hand südafrikanischer Militärs zu liegen. Ihr Hauptquartier haben die Militärs offenbar in Sá da Bandeira aufgeschlagen („Spiegel" vom 17.11.; NZZ vom 16.12.).

Der Einsatz der Kolonne erfolgte augenscheinlich in direkter Absprache mit UNITA und FNLA. So sollen die Führer der beiden Bewegungen in den letzten Monaten mehrfach mit südafrikanischen Politikern und hohen Militärs zusammengetroffen sein – zuletzt, Anfang November, UNITA-Führer Savimbi mit Vorster persönlich in Pretoria (FR vom 15.11.). Einheiten der UNITA und FNLA nahmen an dem Vormarsch der Kolonne „nur" in soweit teil, als sie als Nachhut der Kolonne die „Geländegewinne" sicherten, was im wesentlichen hieß, Sympathisanten der MPLA aufzuspüren und zu massakrieren.

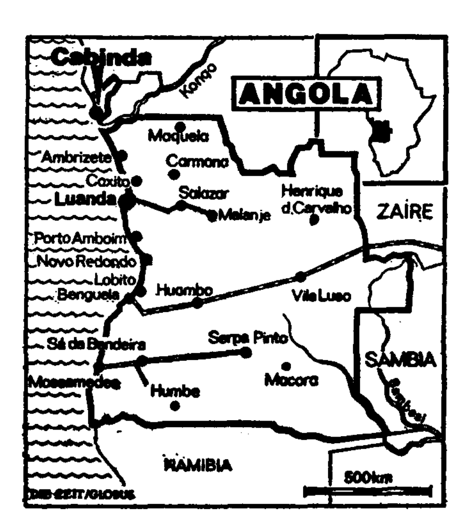
Die militärischen Erfolge der Namibia-Kolonne – Erfolge, die im wesentlichen allerdings nur in der Einnahme von größeren Städten beruhten – sind auf drei Faktoren zurückzuführen: 1. in der überlegenen Bewaffnung der Kolonne, 2. in der größeren Erfahrung der Söldner in der „konventionellen Kriegsführung" und 3. in einem perfiden Zusammenspiel der portugiesischen Armee mit der vorrückenden Kolonne.

Zu (1) und (2): Entgegen den zahllosen Meldungen der bürgerlichen Presse – Meldungen, die zum größten Teil direkt aus den Hauptquartieren von FNLA und UNITA zu kommen schienen – verfügte die MPLA zum Zeitpunkt des Einfalles der Kolonne aus Namibia weder über Panzer, noch Hubschraubern oder einer ähnlich schweren Bewaffnung. Von der Bewaffnung her hatte die MPLA im wesentlichen noch den technischen „Leistungsstand" einer Guerrilla-Armee und war insofern auf „offene Feldschlachten" nicht eingestellt. Das gleiche gilt für die Erfahrung und den Ausbildungsstand der MPLA-Soldaten.

Zu (3): In den von der Namibia-Kolonne bis Mitte November eingenommenen Städten waren zuvor neben Einheiten der MPLA immer auch noch größere gut ausgerüstete Einheiten der portugiesischen Armee stationiert, die nach dem Prinzip der sog. „aktiven Neutralität" sorgsam darüber wachten, daß der Nachschub von Soldaten und Waffen für die MPLA in diesen Städten auf einem Minimum gehalten wurde. Im Verlauf der Kämpfe zwischen MPLA und der Namibia-Kolonne zogen die Portugiesen ihre Truppen aus den fraglichen Städten immer erst dann ab, wenn die vorrückende Kolonne direkt vor den „Toren" der Städte auftauchte. Der MPLA blieb dann gewöhnlich keine Zeit mehr, in ausreichendem Umfang eigene Soldaten und Waffen in die Städte zu werfen, um sie gegen die Angreifer erfolgreich zu verteidigen. Angesichts dieses Sachverhaltes wird es von Seiten der MPLA nicht für unwahrscheinlich gehalten, daß es zwischen der Regierung Azevedo und dem Vorster-Regime in dieser Frage eine direkte Absprache gegeben hat.

2) MPLA wieder in der Offensive

Etwa seit dem 20. November hat sich wiederum eine Wende in dem Kriegsgeschehen in Angola abgezeichnet: Der MPLA gelang es an dem Fluß Kuvo nördlich von Novo Rotondo den Vormarsch der Namibia-Kolonne zu stoppen und diese in den folgenden Wochen bis nahe Lobito zurückzudrängen. Ob Lobito selbst wieder in der Hand der MPLA ist, ist bislang (Mitte Dezember) noch unklar. Im Norden von Luanda vermochte die MPLA die Belagerungsstellungen der FNLA und deren verbündeten Truppen aus Zaire zu überrennen und den Gegner nach Norden und Nordosten abzudrängen. Die 150 km nördlich von Luanda gelegene Hafenstadt Ambrize, in der FNLA-Führer Roberto zeitweilig sein militärisches Hauptquartier aufgeschlagen hatte, ist mittlerweile in der Hand der MPLA. Andere Truppenteile der MPLA stoßen von südlicher und wahrscheinlich auch von südöstlicher Seite auf Carmona vor, dem derzeitigen Hauptquartier der FNLA. Für die FNLA besteht im Norden jetzt die akute Gefahr, von MPLA-Truppen eingekreist zu werden. Erfolge vermag die MPLA auch aus Zentralangola zu melden. Hier wird von ihr offenbar versucht, von nordwestlicher und östlicher Seite her die Stadt Nova Lisboa (Huambo), Standort des Hauptquartiers der UNITA, einzukreisen.



Die neuerlichen militärischen Erfolge der MPLA sind zu einem entscheidenden Teil wohl auf eine mittlerweile qualitativ und quantitativ bessere Bewaffnung und auf den Einsatz von ausländischen Militärfachleuten sowie angeblich auch fremder Kampfeinheiten zurückzuführen. Die Waffen, unter denen sich inzwischen auch Panzer-Fahrzeuge, Raketenwerfer und schwere Artillerie befindet, sind in den *letzten Wochen* zum überwiegenden Teil aus der Sowjetunion geliefert worden. Die Waffen scheinen zunächst überwiegend aus der Luft eingeflogen zu sein. Erst nachdem die MPLA wenige Tage vor dem 11. November sich gegen den Widerstand der Portugiesen („aktive Neutralität") die Kontrolle über den Hafen von Luanda verschafft hatte, erfolgte der Waffennachschub auch auf dem Seewege.

Über den Umfang der personellen Hilfe, die der MPLA seit Ende Oktober insbesondere aus der Sowjetunion und Kuba (wahrscheinlich aber auch aus Mozambique, Algerien und anderen Ländern) zukommt, zeichnet die bürgerliche Presse, ebenso wie über den Umfang der auswärtigen Waffenhilfe für die MPLA, wieder einmal ein absolutes Horrorbild. Die Informationen hierüber schienen abermals zu einem erheblichen Teil unmittelbar aus den Hauptquartieren von FNLA und UNITA zu kommen: Da ist von sowjetischen Bomberpiloten die Rede, die in Angola oder in der VR Kongo einsatzbereit gehalten werden, von ganzen kubanischen Bataillonen mit einer Gesamtstärke von 6000 Mann, die für die MPLA an der Nord- und Südfront „die Kartoffeln aus dem Feuer holen" sollen, oder von Spezial-Einheiten die frisch aus Mozambique nach Angola zum Einsatz geschickt worden sind. Was an diesen Meldungen nun wirklich auf Wahrheit beruht, ist im Moment schwer zu überprüfen. Von Seiten der MPLA wird eingeräumt, daß hinter den Kampflinien auf Seiten der MPLA militärisches Fachpersonal („Militärberater") aus der Sowjetunion, Kuba oder anderen „befreundeten" Ländern im Einsatz ist. Entschieden dementiert wird jedoch, daß fremde Soldaten im Auftrag der MPLA in den Kämpfen selbst eingesetzt sind.

Zur Frage der gesteigerten Waffenhilfe aus der Sowjetunion ist noch allgemein anzumerken, daß diese Entwicklung, die, wie oben bereits deutlich gemacht, der MPLA von ihren Feinden in und außerhalb Angolas aufgezwungen worden ist, in MPLA-Kreisen mit Sorge beobachtet wird: Zum einen drohen dadurch Kräfte in der MPLA wieder Auftrieb zu erhalten, die in den letzten Monaten im Gefolge der Volksmachtbewegung stark an Einfluß eingebüßt hatten. Zum anderen fürchtet man, für die Hilfe aus der Sowjetunion einen politischen Preis zahlen zu müssen, der die Ziele der Bewegung gefährden könnte. Gegen bestimmte mögliche Forderungen der Sowjetunion hat sich die MPLA zumindest formell schon in der Verfassung der am 11. November ausgerufenen Volksrepublik Angola abgesichert. In ihr wird betont, daß die VR Angola außenpolitisch einen neutralen Kurs verfolgen will und daß der neue Staat in diesem Sinne keiner ausländischen Macht erlauben wird, auf angolanischen Boden militärische Stützpunkte einzurichten. Weiter wird in der Verfassung hervorgehoben, daß die Bodenschätze des Landes zukünftig allein vom angolanischen Staat kontrolliert und ausgebeutet werden sollen. Zur Zeit bemüht sich die MPLA außerdem, die ausländische Waffenhilfe stärker zu diversifizieren. Waffenhilfe oder vermehrte Waffenhilfe hofft man u. a. aus Algerien, Vietnam, Kuba und Nigeria zu erhalten. Nicht aufgegeben ist auch die Hoffnung, früher oder später wieder von der VR China mit Waffenlieferungen unterstützt zu werden.

3) Perspektiven der MPLA

Die MPLA hofft schon bald einen endgültigen Sieg über die FNLA und die zairischen Truppen im Norden herbeizuführen. Für einen solchen Sieg sprechen zur Zeit zum

einen die unter den verbündeten gegnerischen Truppen immer deutlicher zu Tage tretenden ethnischen und rassischen Spannungen. Die FNLA droht darin Opfer ihrer über Jahre gepflegten Ideologie zu werden (Haß gegen rassisch und ethnische andersartige Gruppen; also auch Haß gegen die Personen, die Roberto heute zu seinen Heerführern gemacht hat, den *weißen* Söldnern aus Portugal, Südafrika und anderen Ländern). Für einen baldigen Sieg der MPLA im Norden spricht zum anderen die immer prekärer werdende Wirtschaft- und Ernährungslage im Süden von Zaire, das ist in der Provinz Katanga. Die Bevölkerung in Katanga wurde bislang im wesentlichen aus den Ost-Provinzen Angolas mit Nahrungsmitteln versorgt. Zudem wurde ein erheblicher Teil des Exportes der in Katanga geförderten Bodenschätze über die durch den Osten Angolas führende Benguela-Bahn abgewickelt. Seit langem schon befinden sich jedoch die beiden angolanischen Ost-Provinzen Luanda und Moxico zum überwiegenden Teil unter der militärischen Kontrolle der MPLA. Die MPLA kann hierüber also weiterhin Druck auf die Zairische Regierung ausüben. Dies seit einiger Zeit umsomehr, als es die zairische Regierung bislang immer noch nicht fertig gebracht zu haben scheint, die ständig katastrophaler werdende Ernährungssituation in Katanga in den Griff zu kriegen. Neusten Meldungen nach sollen bereits zehntausende von Bewohnern aus Katanga vor dem Hungertod in nördlichere Regionen Zaires geflüchtet sein.

Schwieriger als im Norden wird sich für die MPLA die Lage in der Enklave Cabinda und im Süden des Landes gestalten. Die VR Angola wird in nächster Zukunft den überwiegenden Teil ihrer Staatseinnahmen aus den Konzessionen der Erdölförderung in Cabinda ziehen müssen. Portugal konnte 1974 an Konzessionsgebühren aus Cabinda 40 Mill. Dollar pro Monat einstreichen (NZZ 11.11.). Cabinda ist damit in ökonomischer Hinsicht die Achillesferse der MPLA. Über den Verlust von Cabinda könnte die MPLA u. U. finanziell in die Knie gezwungen werden. Schon deshalb werden die FNLA und die zairische Regierung alle ihre Kräfte aufwenden, Cabinda schließlich doch noch unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Auch im Süden Angolas erwartet die MPLA langfristig anhaltende Kämpfe. Südafrika ist hier offenbar mit Unterstützung der USA und anderer NATO-Ländern entschlossen einen Pufferstaat mit der UNITA als Marionetten-Regierung zu errichten. Da die UNITA und ihre Verbündeten in den fraglichen Gebieten auf einen unbegrenzten Nachschub an technisch hoch entwickelter Waffen aus Südafrika und den Nato-Ländern bauen kann, wird es der MPLA wohl kaum möglich sein, den Gegner in einer „konventionellen" Kriegsführung niederzuringen. Erfolge sind hier offensichtlich, falls sich nicht überraschend eine ganz neue außenpolitische Konstellation ergeben sollte, nur über einen langfristig angelegten Guerillakrieg zu erzielen. In dem Sinne hat die MPLA auch schon im November ihre Anhänger in den von der UNITA und der Invasionsarmee aus Südafrika kontrollierten Gebieten zur Aufnahme eines Guerrilla-Krieges aufgerufen.

–siba

Tropisches Afrika

ÄTHIOPIEN

Zuspitzung der Krise

(vgl. die Berichterstattung in den vorangegangenen Heften)
2.10 - 28.10. (Fin. Times)

africa November 1975

Bei den Feierlichkeiten zum ersten Jahrestag des Sturzes von Kaiser Haile Selassie mußte sich die Militärregierung gegen die Forderungen wehren, mit denen sie selbst das alte Regime gestürzt hatte: Anerkennung grundlegender Rechte der Arbeiter, insbesondere des Streikrechts, der Tarifautonomie und der Koalitionsfreiheit.

Studenten hatten schon Anfang September in verschiedenen Teilen des Landes größere Demonstrationen zusammengebracht, die u.a. die Errichtung einer demokratischen Zivilregierung forderten. Einige hundert Studenten wurden verhaftet, teilweise mißhandelt und entlassen, meist aber auf Dauer in Haft gehalten.

Demokratische Rechte und die Bildung einer Mehrparteien-Zivilregierung forderten auch 90.000 Arbeiter bei den Feiern des Jahrestages. Zehn Tage später wurde der Generalsekretär der Flughafeningenieur-Gewerkschaft beim Flugblattverteilen festgenommen. Bei den darauf folgenden Demonstrationen erschoß das Militär sieben Gewerkschaftler.

Kurz zuvor hatte der äthiopische Gewerkschaftsbund CELU dem Militärrat ein vierwöchiges Ultimatum zur Wiederherstellung demokratischer Freiheiten gesetzt und indirekt mit dem Generalstreik gedroht. Die Schüsse am Flughafen und der dadurch gesteigerte Kampfwillen der Arbeiter veranlaßten die Militärregierung zur Ausrufung des Notstandes.

Die Sicherheitskräfte wurden ermächtigt, „geeignete und durchgreifende Maßnahmen gegen jedermann durchzuführen, der die öffentliche Ordnung stört . . . insbesondere demonstriert oder öffentliche Versammlungen ohne Erlaubnis abhält."

Verboten sind jetzt auch jede Verabredung zum Streik und jede Teilnahme an der Vorbereitung, Verteilung oder Sammlung illegaler Schriften, Fahnen oder Bilder, mangelnde Bereitschaft, mit den Streitkräften zusammenzuarbeiten, das Tragen von Waffen außerhalb der Wohnung und das Verlassen des Arbeitsplatzes ohne zureichenden Grund.

In der Folgezeit kam es zu Protesten gegen das Notstandsgesetz, die sofort brutal niedergeschlagen wurden. Die Militärregierung zerstritt sich über die Frage des Zeitpunkts der Rückkehr zu einer Zivilregierung.

Die Majore Mengistu Haile Mariam und Atnaju Abate scheinen dabei kaltgestellt worden zu sein (28.10./SZ). Kurz darauf löste der Militärrat den Gewerkschaftsbund auf (NZZ /5.11.) und kündigte die Schaffung dreier Basisorganisationen an: einen neuen Gewerkschaftsbund, eine Jugendliga und einen Bauernverband. Offensichtlich sollen diese Verbände eine regierungstreue Einheitspartei aufbauen. Das Projekt der in sich zerstrittenen Opposition, zu einer zivilen Mehrparteienregierung zu gelangen, scheint endgültig gescheitert zu sein.

Die Aufstände in Eritrea und den angrenzenden Gebieten stellen weiterhin die ernsthafteste Bedrohung des äthiopischen Regimes dar. Die Verbündeten der Eritreer, die Überläufer General Iyasso Mengesha, Generalgouverneur Ras Mengesha Seyoum und General Nega Tegegne mit ihren Privatarmeen koordinieren ihre Strategie und kämpfen schon in 100 km Entfernung von Addis Abeba.

Die eritreischen Befreiungsbewegungen ELF und PLF, die vor einem Jahr noch aufeinander schossen, bereiten für das nächste Jahr ihren Zusammenschluß vor. Nach einem Bericht der Financial Times bestehen ideologische Differenzen weniger zwischen den Bewegungen als innerhalb der Bewegungen, die jeweils konservative bis revolutionäre Kräfte beherbergen. Der Kern beider Bewegungen soll in seiner marxistischen und antiimperialistischen Ausrichtung übereinstimmen und über solide Merheiten verfügen. Die Öffentlichkeitsarbeit beider Bewegungen (ELF: eher nationalistisch, PLF: eher marxistisch revolutionäre) soll dagegen mehr den Erwartungen der Geld- und Waffenlieferanten als den eritreischen Realitäten entsprechen.

Die ELF und PLF genießen die ungeteilte Unterstützung aller Eritreer und halten das Land, während die Äthiopier die größeren Städte kontrollieren. Eritreische Truppen dringen jedoch fast jede Nacht nach Asmara, der Hauptstadt Eritreas ein. Die 25.000 Guerillas sind unterernährt, schlecht ausgerüstet und rechnen wegen der schwierigen Nachschubsituation mit einer Unabhängigkeit erst in etwa fünf Jahren.

Die 20.000 äthiopischen Soldaten, die über Panzer, motorisierte Einheiten und eine Luftwaffe verfügen, führen einen Ausrottungskrieg gegen die Bevölkerung, der an das Vorgehen ihrer amerikanischen Berater im Vietnamkrieg erinnert. Brutale Strafaktionen gegen die Bevölkerung und die Vernichtung aller erreichbaren Lebensmittel durch Bomber führen zu Verelendung und Massenflucht.

Waffen erhalten die Eritreer von arabischen Ländern jeder politischen Richtung und von der Sowjetunion. Neue Lieferungen, darunter erstmals Flugabwehrgeschütze und SAM – 7 Flugabwehrraketen könnten die Lage der Eritreer entscheidend verbessern.

Interview mit dem Präsidenten der Republik Guinea-Bissau, Luis Cabral

aus: africa, November 1975

Was sind die Hauptpunkte Ihres Entwicklungsprogramms; was sind Ihre mittel- und langfristigen Ziele?

Unser Land ist gerade aus einem Krieg herausgekommen. Folglich gibt es praktisch nichts: die Straßen sind schlecht und wir müssen die meisten von ihnen neu bauen, wir müssen auch die Brücken reparieren, die im Krieg zerstört worden sind. Die Nahrungsmittelproduktion deckt den Bedarf der Bevölkerung nur zur Hälfte. Kurzum, wir fangen als unabhängiges Land ohne irgendeine Infrastruktur an. Die Verbindungen zum Ausland wurden unterbrochen; der Hafen von Bissau z.B. kann nicht zwei Schiffe zur gleichen Zeit abfertigen. Deswegen sind wir alle Realisten geworden. Mit dem, was wir haben, müssen wir anfangen, ein geordnetes Leben sicherzustellen und die Grundlage für den nationalen Fortschritt zu schaffen.

Im Augenblick haben wir der Landwirtschaft den Vorrang gegeben. Es gibt keine schnellen oder umwälzenden Veränderungen in der Landwirtschaft, aber wir werden unser Volk dazu führen, das Land so gut zu bebauen, wie es kann. Das ganze Ackerland des Volkes muß produktiv sein. Wie Sie wissen, siedelte das Kolonialregime tausende von Bauern aus ihrer Heimat auf dem Land in die Städte um. In dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium helfen wir diesen Leuten, in ihre Dörfer zurückzukehren und den Ackerbau wieder aufzunehmen. Als wir nach Bissau kamen, riefen wir die Flüchtlinge in den Nachbarländern auf, zurückzukommen. Wir haben schon 40 000 Flüchtlinge wieder aufgenommen. Jetzt sind sie wieder zurück in ihren Dörfern oder vorübergehend in Notunterkünften untergebracht. Die Arbeit für die nächste Feldbestellung hat schon angefangen. Eins unserer Hauptziele ist nämlich, den Vorkriegsstand der Produktion wieder zu erreichen. Dies ist sehr ehrgeizig, sicher ziemlich schwierig, aber nicht unmöglich. Wir haben die Hilfe gewisser internationaler Organisationen sowie zwischenstaatliche Hilfe einiger afrikanischer Länder, die uns Samen für die Landbestellung gaben. Alle sind sie bemüht und das Volk hat einen festen Willen gezeigt, etwas zu produzieren.

Sie könnten somit sagen, daß es unser gegenwärtiges Programm ist, das Nötige für die Ernährung zu produzieren; daneben haben wir jedoch die Schaffung einiger Kleinindustriekomplexe ins Auge gefaßt. Diese könnten Arbeiter von der kolonialen Kriegswirtschaft, die jetzt arbeitslos sind, aufnehmen. Es gibt darunter mehr oder weniger qualifizierte Leute, die wir in den Industriekomplexen, die wir aufbauen, beschäftigen können. Wir werden auch mit einigen portugiesischen Unternehmen, die es hier schon gibt, zusammenarbeiten und sie ermutigen, neue Investitionen zu tätigen und Firmen mit guinesischer Beteiligung zu gründen. Diese sollen helfen, einheimische landwirtschaftliche Erzeugnisse systematisch zu verarbeiten und damit die Exporterlöse zu erhöhen. Aber natürlich ist die Entwicklung der Infrastruktur ebenso wichtig, z.B. müssen wir als Grundvoraussetzung fü die Entwicklung gute Straßen haben. Es ist unmöglich, irgendwelche größeren Pläne ohne gute Straßenverbindungen zu verwirklichen. Der Hafen ist in noch schlechterem Zustand. Früher landeten hier nur portugiesische Schiffe; jetzt wollen wir die planmäßige Ankunft und Abfahrt von Schiffen organisieren, so daß das eine abfährt, wenn das andere ankommt. Dies ist auch sehr wichtig.

Wir müssen auch eine Verwaltungs-Infrastruktur einrichten. Wie Sie wissen, haben wir den größten Teil des Landes während des Krieges befreit und wir müssen dieselbe Struktur in den Stadtgebieten einrichten und ausbauen, die in den befreiten Gebieten schon existiert. Aber jetzt haben wir eine neue Bürokratie; es gibt mehr Papierkrieg.

Was waren die Hauptschwierigkeiten, denen Sie sich in den Stadtgebieten gegenüber sahen?

In Bissau mußten wir die Ernährung der Leute sicherstellen, die in den portugiesisch besetzten Stadtgebieten wohnten, während wir in den befreiten Gebieten eine ziemlich gute Landwirtschaft und genug zu essen hatten. Aber das Ernährungsproblem wird nur bis zur ersten Ernte dauern, dann, hoffen wir, werden die Dinge viel besser liegen.

Es gibt auch ein Problem der „geistigen Dekolonisierung" der Stadtgebiete. Elf Kriegsjahre haben bei einer ganzen Generation, die in den Städten lebte, ihre Spuren hinterlassen. Ehrgefühl wurde zu Opportunismus und Lüge, Rache und Vergeltung. Jetzt haben die Leute Vertrauen in die Partei und den Staat und sie haben ihre Würde zurückgewonnen.

Aber es gibt andere Probleme; z.B. haben wir in den befreiten Gebieten große Anstrengungen auf dem Gebiet des Gesundheits- und Erziehungswesens gemacht. Wir schickten unsere Soldaten als Lehrer und Krankenpfleger. Aber jetzt brauchen wir Geld, um alle diese Leute zu bezahlen. In gewisser Hinsicht gehen die sozialen Einrichtungen, die während des Krieges geschaffen wurden, jetzt über die Verhältnisse unseres Landes.

Trotzdem müssen wir diese Einrichtungen unterhalten und ausbauen. Wir rechnen auf die Hilfe der ausländischen Solidarität, und gegenwärtig sind die Bedingungen ganz gut dafür.

Was für ausländische Hilfe braucht Guinea-Bissau am meisten?

Fast alle Arten von Hilfe. Wir haben immer noch den Nahrungsmittelmangel, der nicht vor dem Ende des Jahres gelöst werden kann. Folglich brauchen wir etwas Hilfe, um die Ernährung während des Heranreifens der Ernte sicherzustellen. Wir brauchen Hilfe, um die Straßen zu verbessern, Brücken zu reparieren und Häuser zu bauen. Wir müssen Schulen bauen, Ambulanzen auf dem Land, überhaupt müssen wir wieder aufbauen, was während des Krieges zerstört worden war. Für alle diese Projekte brauchen wir Mittel, deshalb muß die Hilfe vor allem finanzieller Art sein. Nach den Verhandlungen über die Machtübergabe haben wir unsere größte Freiheit verloren: die Freiheit, kein Geld zu haben. Im Busch brauchte niemand Geld. Der Lehrer in der Schule bekam seine Uniform, Essen und im Krankheitsfall kostenlose medizinische Versorgung. Es war ein sehr einfaches Leben. Jetzt brauchen wir Geld, um die Lehrer am Monatsende bezahlen zu können.

Wie hat sich die Rolle der Frauen während des Befreiungskampfes geändert?

Die Frauen nahmen unter dem Grundsatz der Gleichheit mit Männern am Krieg teil und es gab unter ihnen viele vorbildliche Kämpferinnen. Frauen sind in hohen Führungspositionen der Partei. Die Partei hat die völlige Gleichheit zwischen Männern und Frauen beschlossen und der Staat gibt allen die gleichen Möglichkeiten. In gewisser Weise konnte dies als Zugeständnis der Männer an die Frauen ausgelegt werden, aber dies muß auch als Erfolg der Frauen im Rahmen unseres Befreiungskampfes gesehen werden, der noch nicht zu Ende ist, sondern andauert. Wie Sie wissen, haben die Frauen durch ihre Teilnahme am Befreiungskampf schon eine bedeutende Rolle gespielt und die Bewunderung des ganzen Volkes gewonnen. Die Position des Staates wid dadurch, daß er den Frauen diese Möglichkeiten gibt, gestärkt.

GUINEA – BISSAU

Umstrukturierung der Armee

(vgl. Heft 43/44 und 46/47)
1.12. (afrique-asie)

Der Kommandant Nino Vieira, Präsident der Nationalversammlung und Mitglied des Ausführenden Sekretariats der PAIGC, kündete die Auflösung der Befreiungsarmee und die Schaffung einer neuen Verteidigungstruppe an.

Die Streitkräfte sollen jeweils nach Einheiten aufgelöst werden. Jede Einheit wird mit ihrer Ausrüstung und inneren Struktur eine Produktionsgenossenschaft bilden, die gleichzeitig eine ständig einsatzbereite Reservetruppe ist.

Diese Genossenschaften werden autonom wirt schaften und teils Landwirtschaft, teils Handwerk, teils Kleinindustrie betreiben. Daneben wird eine kleine Berufsarmee Luftwaffe, Marine, Artillerie, Panzerverbände und ähnliche hochtechnisierte Waffensysteme besitzen. (s. auch im nebenstehenden Kasten das Interview mit L. Cabral).

KENIA

(vgl. Heft 46/47)

Parlamentsmitglieder verhaftet

27. 10. (Newsweek) / 31. 10. (jeune afrique)

Die Parlamentsabgeordneten Seroney und Shikubu wurden auf persönliche Anordnung des Präsidenten Kenyatta aufgrund eines alten kolonialen Ausnahmegesetzes verhaftet. Sie hatten als Mitglieder des Kariuki-Untersuchungsausschusses von sich reden gemacht und lösten ihre Verhaftung durch parlamentarische Äußerungen aus. Shikubu hatte erklärt, die kenianische Einheitspartei KANU sei tot. Auf den Proteststurm regierungstreuer Abgeordneter erklärte Seroney als Parlamentspräsident, diese Behauptung brauche nicht weiter unter Beweis gestellt zu werden, das wisse ja jeder.

Kenyatta erklärte nach den Verhaftungen in geheimer Parlamentssitzung, daß jeder, der die Regierung nicht gehörig unterstütze, ebenfalls einsitzen werde, was ein einstimmiges Vertrauensvotum für Kenyatta auslöste.

Die Vorwürfe der mundtot gemachten Opposition richten sich gegen Korruption auf höchster Regierungsebene, soziale Ungerechtigkeiten und die Vettern wirtschaft der spöttisch „Royal family" genannten Familie des Präsidenten. Die in Kenia bekannten Berichte über die Habgier höchster Regierungsmitglieder, die ihre Ämter und Familienbeziehungen zur persönlichen Bereicherung mißbrauchen, waren in jüngster Zeit durch eine sorgfältig dokumentierte Kenia-Serie der Londoner „Sunday Times" noch untermauert worden. Die Artikel versorgten Kritiker mit zusätzlicher Munition für ihre Angriffe gegen die Kikuyu-Stammesklique, die Regierung und Verwaltung dominiert.

Farbfernsehen

23.9. (NfA)

Aus dem kenianischen Informationsministerium verlautet, daß die Einführung des Farbfernsehens erwogen werde. Kenia wäre nach dem tansanischen Teilstaat Sansibar und Uganda das dritte Land in Afrika, dessen Oligarchie sich dieses für das Volk nutzlose, aber teure Spielzeug leistet.

SAHARA

(vgl. Heft 49)

Vertrag über die Zukunft

15.11. (NZZ) / 2o.11. (SZ)

Marokko, Mauretanien und Spanier haben ein Übereinkommen unterzeichnet, das die Zukunft der spanischen Sahara-Kolonie regeln soll. Spanien wird sich danach vor dem 28.2. 1976 endgültig als Kolonialmacht aus der Sahara zurückziehen und die Verantwortung für das Gebiet einer Übergangsverwaltung übertragen, in der Marokko und Mauretanien ein Mitspracherecht erhalten. Genaues ist kaum zu erfahren, doch wird offensichtlich ein Schmierenstück gespielt, in dem die Beteiligten unter scheinbarer Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung das Land unter sich aufteilen. Wahlen sind in der Sahara leicht manipulierbar; es heißt, daß möglicherweise nur die Stammesoberhäupter (die mit Madrid kollaborierten) wählen dürfen, nicht aber der Rest der Bevölkerung. Unter der marokkanisch-mauretanischen Übergangsverwaltung dürfte das „richtige" Abstimmungsergebnis unschwer zu erreichen sein.

Marokkos König Hassan, der 350.000 Marokkaner ins Wüstenbiwak geschickt hatte, um für die „marokkanische" Sahara zu demonstrieren, dürfte den größten Gewinn einstreichen. Algerien und die Front POLISARIO protestierten gegen den Handel. Hakim Adel, der Sprecher der Front POLISARIO bei der UNO, bezeichnete die Vereinbarung als ungültig und nannte sie eine Bedrohung des Friedens in diesem Gebiet. Seine Organisation habe schon die notwendigen Maßnahmen getroffen.

In der letzten Nummer der „blätter" konnte der erstaunte Leser auf Seite 29 (vorletzter Absatz) lesen:

„Auf ihrem 2. Kongreß . . . verabschiedete die Front (FPOLISARIO) ihr 16 Punkte umfassendes Programm, in dem sie sich u.a. für ... die Beseitigung der politischen und sozialen Rechte der Frauen ... ausspricht.

Aufgrund energischer Widersprüche aus unserem Abonnentinnenkreis – die offensichtlich die „blätter" genauer lesen, als unsere Korrekturleser – möchten wir betonen, daß wir zur Frauenfrage einen derart gefestigten Standpunkt haben, daß wir uns als Ursache der oben aufgeführten Passage nur ein Riesensetzei vorstellen können.

Die Haltung der FPOLISARIO zur Stellung der Frau dürfte nach unserer Überzeugung eher auf eine Erweiterung ihrer Rechte ausgerichtet sein.

Red.

TSCHAD

(vgl. Heft 49)

12. – 13., 30.10. (Le Monde) / 29.10. (NZZ/SZ)

Die Verhandlungen zwischen der FROLINAT und der französischen Regierung sind gescheitert, weil die FROLINAT Waffen forderte; die Geisel Frau Claustre lebt bislang noch. Unterdessen haben die Militärs der Tschadischen Zentralregierung den Abzug der französischen Truppen durchgesetzt. Der Chef der Militärregierung, Mallum, betrachtet damit die nationale Würde des Tschad als wiederhergestellt und wünscht sich eine weitere gute Zusammenarbeit mit Paris.

–as–

Asien

INDIEN

Militärstützpunkt auf den Nikobaren

31.10.75 (FEER)

Die indische Regierung hat 400 Mio. Rps (ca. 133 Mio DM) zum Aufbau einer, wie es offiziell heißt, „exportverarbeitenden Zone" auf den Nikobaren bereitgestellt. Es wird vermutet, daß Indien unter dem Deckmantel der Industrialisierung, einen Flugplatz und eine Infrastruktur aufzubauen versucht, um diese Inseln für die indischen Streitkräfte nutzbar zu machen. Die benachbarten Andamanen besitzen schon Marinestützpunkte.

Die Nikobaren, eine noch völlig unerschlossene Inselgruppe im Golf von Bengalen (Einwohner mit Andamanen: ca. 70 000), sind strategisch von größtem Nutzen, da sie die Einfahrt zu der wichtigen Straße von Malakka kontrollieren. Außerdem liegen sie wesentlich näher an Thailand, Burma, Malaysia und Indonesien als das weit entfernte indische Festland (Zur Militär- und Außenpolitik Indiens, vgl. Nachrichten und Kurzberichte, Heft 43/44 und 45; ebenso: folg. Artikel: H. Wulf, Indien: Militarisierung und Aufbau einer autonomen Rüstungsproduktion, in: Internat. Asienforum, Vol. 6 (1975), No 3, S. 272 ff.).

Indira Gandhi freigesprochen

17.11.75 (Newsweek) / 21.11.75 (FEER)

In einer Revisionsverhandlung vor dem Obersten Gericht am 7. November wird die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi von dem Vorwurf der Wahlkorruption freigesprochen. Mit dieser höchstrichterlichen Entscheidung wird das Urteil von Allahabad vom 12.6.75 aufgehoben, demzufolge Frau Gandhi korrupter Wahlpraktiken für schuldig befunden worden war und – bei Rechtskräftigkeit dieses Urteils – hätte zurücktreten müssen.

Der Freispruch der Ministerpräsidentin kommt nicht überraschend. Kurz nachdem sie den Ausnahmezustand angesichts der wachsenden Opposition über das Land verhängt hatte, setzte Indira Gandhi mehrere Zusatz- und Änderungsgesetze zur indischen Verfassung im Parlament durch. Dies gelang ihr mühelos, da ja die gesamte Oppo-

sition verhaftet worden war und die Congress-Party über eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlamet verfügt. Aufgrund dieser Verfassungsänderungen wurden die Vergehen der Ministerpräsidentin *rückwirkend* legalisiert. Indem nun das Oberste Gericht *zuerst* die Gültigkeit dieser neuen Gesetze bestätigte, konnte es nicht umhin, Indira Gandhi von dem Vorwurf der Wahlkorruption freizusprechen.

Anhänger Indira Gandhis, die nach altbewährter Manier in die Hauptstadt gekarrt wurden, versammelten sich kurz nach Verkündigung des Urteils vor ihrer Residenz und jubelten ihr lautstark zu. Sie werteten natürlich den Freispruch als eine Rechtfertigung der von ihr ergriffenen diktatorischen Maßnahmen und als die endgültige Niederlage der Opposition. In diesem Sinne erklärte dann auch Frau Gandhi in einer Ansprache, daß allein ihre eigene Congress Party in der Lage sei, Indien in eine gesicherte Zukunft zu führen (NZZ 10.11.75). Die Chancen, daß die Repression in Indien etwas gelockert würde, sind schlechter als je zuvor. (vgl. dazu auch den Indien-Artikel in Heft 46/47).

Hunger in Indien
8.8.75 (Far. East. Ec. Rev.)

Seit der Einführung der totalen Pressezensur durch Premierministerin I. Gandhi können Reporter nicht mehr über die Ernährungslage in Indien berichten. Daher weiß die Welt nichts über die große Hungersnot, die in großen Teilen des Bundesstaates Orissa herrscht. Ein Mitarbeiter einer internationalen Organisation berichtete vor kurzem, daß Hunderte von hungrigen und ausgemergelten Menschen seinen Jeep umringt und um Essen gebettelt hätten. Sie dachten, er sei gekommen, um Lebensmittel zu verteilen. Als der Mitarbeiter in einem Dorf in eine Hütte ging, um Informationen über diese Familie zu sammeln, dachte die Frau, er sei gekommen und wolle ihre Kinder kaufen. „Ich habe keine Kinder mehr zu verkaufen", sagte sie.
(Zur Ernährungssituation, vgl. Chronik Heft 41/42).

30.9.75 (SZ)

Nach einem Bericht eines offiziellen (!) Untersuchungsausschusses sind 80 % der ein- bis fünfjährigen Kinder in Indien unterernährt. Die Ursache dafür liegt nicht nur –wie bisher angenommen– an Protein-, sondern hauptsächlich an Kalorienmangel, d.h. die meisten Kinder in Indien haben einfach zu wenig zum Essen. Auch ist Blindheit wegen Vitamin-A-Mangel sehr verbreitet.

PAKISTAN

Mirage-Produktion in Pakistan
28.11.75 (NZZ)

Die indische Nachrichtenagentur United News of India berichtet, daß die französische und pakistanische Regierung ein Rüstungsabkommen mit dem Ziel unterzeichnet haben, Pakistan zu einem Produktions-, Vermarktungs- und Wartungszentrum des Kampfflugzeuges Mirage für den Mittleren Osten und Südostasien zu machen.

Auch wenn solche Meldungen wegen der bestehenden Rivalität zwischen Indien und Pakistan mit Vorsicht zu betrachten sind, so sprechen doch vier Punkte für die Richtigkeit dieser Meldung. Erstens besitzt Pakistan sehr gute Beziehungen zu den arabischen Staaten. Zweitens ist Australien wegen der französischen Nuklearversuche im Pazifik als Geschäftspartner ausgeschieden. Drittens haben sich pakistanische Piloten nach entsprechender Ausbildung in Frankreich als ausgezeichnete Mirage-Fluglehrer erwiesen und könnten in den arabischen Ländern, in denen sie Flugunterricht erteilen, den Absatz der Mirage fördern. Schließlich hofft die französische Regierung auf die Finanzierung ihrer Pläne durch arabische Öldollars, die am besten in dem islamischen Staat Pakistan zu erreichen sei.

Tatsache ist, daß Pakistan gegenwärtig ca. 50 Mirage-Flugzeuge besitzt und von daher große Erfahrung im Umgang mit diesen hat. Weitere Mirages - 111 sollen demnächst geliefert werden. Weiterhin besteht in letzter Zeit ein reger Kontakt zwischen Pakistan und den Ländern des Mittleren Ostens, der vor allem die Erörterung von militärischen Fragen zum Gegenstand hat. Bei dem Besuch des pakistanischen Ministerpräsidenten Z. A. Bhutto in Paris Ende Oktober 1975 waren Rüstungsfragen einer der Hauptpunkte der Verhandlungen. (Zur Militärpolitik Pakistans vgl. auch Nachr. und Kurzber., Heft 47)

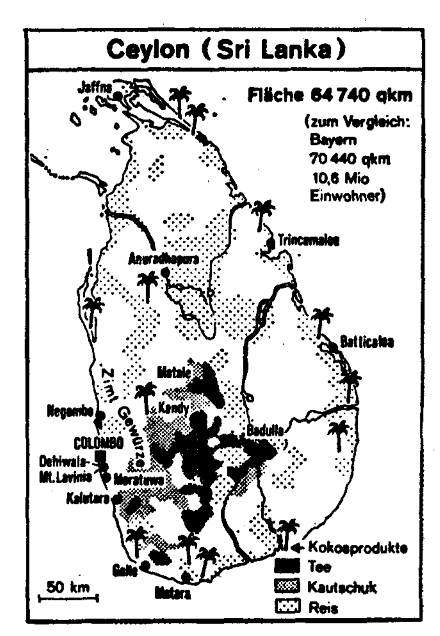
SRI LANKA (CEYLON)

(vgl. auch Chronik, Heft 38 und 39)

Verstaatlichung der Plantagen führt zum Bruch der Koalition – Verschärfung der Widersprüche

Nachdem in den letzten Jahren eine definitive Entscheidung über die Verstaatlichung der großen Plantagen Sri Lankas immer wieder aufgeschoben worden war, hat das Parlament nun ein Gesetz verabschiedet, das alle privaten Tee-, Gummi- und Kokosnußplantagen des Landes in staatlichen Besitz überführt. Dieses Gesetz soll sich hauptsächlich gegen die großen britischen Gesellschaften richten, die zuletzt ca. 25 % der Teeanbaufläche von 600 000 acres (1 acre = 4 46,8 m^2) unter ihrer Kontrolle hatten und ca. ein Drittel der gesamten Teeproduktion herstellten. Hinzu kommen noch 80 000 acres, bzw. 12 %, an Kautschukplantagen. Ebenso sind von der Verstaatlichung ca. 200 einheimische Firmen betroffen, die insgesamt 250 000 acres besaßen (FEER, 3.11.75).

Diese, auf den ersten Blick sehr positiv scheinende Maßnahme wird jedoch die Abhängigkeit Sri Lankas von den ausländischen Firmen kaum verringern und das Los der Plantagenarbeiter (Die Arbeit auf den Plantagen wird fast nur von Frauen geleistet, da diese billiger als männliche Arbeitskräfte sind. Tageslohn: = 3,8 Rps (ca. 1,– DM); SZ 3.4. 75) nicht verbessern, weil die Gesetzesbestimmungen über zu zahlende Entschädigungen und die zukünftige Verwaltung der Plantagen eindeutig im Sinne der Konzerninteressen festgelegt worden sind. So werden den betroffenen Gesellschaften, wie es heißt, angemessene" Entschädigungen" zugesichert. Allerdings soll die Bezahlung in nicht konvertiblen Rupien erfolgen, um damit eine Reinvestition dieser Gelder in staatlich vorgeschriebenen Projekten zu erreichen (Womit natürlich neue Abhängigkeiten von den Auslandsfirmen entstehen!). Ferner soll das alte Management der Plantagen beibehalten werden und der Absatz des Tees weiterhin unter die Kontrolle der großen britischen Teefirmen (Brooke Bond Leibig, Liptons, Lyons and Tetleys) gestellt werden (NZZ 21.10.75). Aufgrund dieser Bestimmungen wird die ‚Verstaatlichung' der Plantagen zu einer rein formaljuristischen Übertragung von Eigentumsrechten an Grund und Boden reduziert. Was bleibt, ist die alte Abhängigkeit Sri Lankas vom Weltmarkt und von den Profitinteressen der ausländischen Gesellschaften.



Daß die „Verstaatlichung" der Plantagen auf diese Weise durchgeführt wird, ist vor allem auf Betreiben der Ministerpräsidentin S. Bandaranaike und des rechten Flügels ihrer eigenen Partei, Sri Lanka Freedom Party (SLFP), hin geschehen. Diese Entscheidung stieß auf zum Teil heftige Kritik der beiden Koalitionspartner, der trotzkistischen Lanka Sama Samaj Party (LSSP) und der prosowjetischen Communist Party. Auch der linke Flügel der SLFP schloß sich dieser Kritik an, ebenso wie die Katholische Kirche, der etwas mehr als 5 % der 13 Mio. Einwohner Sri Lankas angehören (FEER 15.8.1975). Sie alle forderten eine entschädigungslose Nationalisierung aller Plantagen, wobei das alte Managementsystem durch eine neue, ceylonesische Planungsbehörde ersetzt werden sollte. Begründet wurde dies vor allem damit, daß die britischen Gesellschaften in der Vergangenheit ihre Investitionen durch hohe Gewinne schon mehrfach wieder herausgeholt hätten (FEER 1.8.75 und 15.8.75).

Mit dieser Forderung aber standen diese Gruppen in scharfem Widerspruch zu den Interessen der ausländischen Firmen und der mit

diesen verbundenen einheimischen Eliten, die den rechten Flügel der Sri Lanka Freedom Party darstellen. Diese Fraktion innerhalb der SLFP wollte schon lange die Regierungskoalition auflösen, um eine kapitalfreundliche Politik durchsetzen zu können. Indem Frau Bandaranaike im August dieses Jahres dem trotzkistischen Minister für Plantagenwirtschaft, C. de Silva, die Zuständigkeit über die Nationalisierung der Plantagen entzog und gleichzeitig dem, ihrer eigenen Partei angehörenden Landwirtschaftsminister, H. Kobbekaduwa, übertrug, wurden die Konfrontationen innerhalb der Regierungskoalition immer stärker. Denn hinter dieser politischen Taktik der Ministerpräsidentin steckte eine hochbrisante, machtpolitische Frage.

Zunächst einmal stellt die Plantagenwirtschaft das Rückgrat der ceylonesischen Wirtschaft dar. Trotz fallender Weltmarktpreise für Kautschuk und Kokosnüsse bringt sie immer noch 80 % aller Exporterlöse (Habla, 6.11.75). Davon entfallen allein 60 % auf den Verkauf von Tee, die restlichen 20 % auf die beiden anderen Produkte. Sri Lanka ist der zweitgrößte Teeproduzent der Welt, nimmt aber mit einer jährlichen Ausfuhr von 210 000 Tonnen den ersten Platz unter den Tee-Export-Ländern ein (SZ 3.4.75).

Es liegt auf der Hand, daß die Kontrolle über die Plantagen zugleich eine immense politische Macht mit sich bringt. Von daher waren natürlich beide Parteien, sowohl die Trotzkisten als auch die Sri Lanka Freedom Party, brennend daran interessiert, die Zuständigkeit für die Plantagenwirtschaft in ihre Hände zu bekommen. Für die trotzkistische LSSP hätte sich damit eine ausgezeichnete Gelegenheit ergeben, ihren Einfluß auf die Gewerkschaften der Plantagenarbeiter auszudehnen während die SLFP ihre beherrschende Stellung in den Gebieten, in denen die Plantagen liegen (Zentrum und Südwesten der Insel), nur dann in Zukunft gesichert sah, wenn auch sie für die Plantagenpolitik verantwortlich sei. Besonders ging es der SLFP darum, die Sympathien der ländlichen Eliten für ihre Politik auch weiterhin zu sichern – ein Faktum, das in halbfeudalen Agrargesellschaften für die Parteien von größter Wichtigkeit ist.

Die Konflikte innerhalb der Regierungskoalition führten schließlich im Oktober zum Austritt der Trotzkisten aus der Regierung. Bislang hatten sie die wichtigen Ministerien für Finanzen, Plantagen und Transportwesen unter sich gehabt. Sie stellen 16 von insgesamt 157 Abgeordneten. Die Communist Party, deren Einfluß minimal ist, blieb in der Regierung und wird, wie bisher, das Wohnungsministerium leiten. Die Partei der Ministerpräsidentin, Sri Lanka Freedom Party, hat dagegen 97 Sitze im Parlament inne und verfügt somit über die absolute Mehrheit. Die freigewordenen Ministersessel wurden allesamt von Mitgliedern der SLFP neu besetzt. Damit befinden sich alle Ministerien – mit Ausnahme des unbedeutenden Wohnungsministeriums – in Händen von SLFP-Politikern – ein Faktum, das der Ministerpräsidentin in Zukunft erlauben wird, *ihre* Politik viel leichter durchsetzen zu können als bisher.

In diesem Zusammenhang kommt der Ablösung des trotzkistischen Finanzministers, N.M. Perrera, durch ihren Neffen Felix Bandaranaike, besondere Bedeutung zu. Die Besetzung dieses außerordentlich wichtigen Ministeriums durch einen Verwandten der Ministerpräsidentin läßt darauf schließen, daß die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung einige grundlegende Änderungen erfahren dürfe. Felix Bandaranaike gilt als „Pragmatiker", d.h. seine Politik ist im Interesse der privaten Unternehmer.

Diese neue Wirtschaftspolitik zeitigt schon jetzt erste Ergebnisse. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Finanzministers bestand darin, ein Investitionsschutzgesetz vorzulegen, das ausländischen Firmen sehr weitreichende Privilegien und Garantien für ihre Investitionen in Sri Lanka zusichert (Habla 6.11.75 / FEER 3.11.75). An erster Stelle ist hier die Garantie des ungehinderten Transfers der Gewinne zu nennen, die die Auslandsfirmen erwirtschaften. Weiterhin soll es für ausländische Investoren erlaubt sein, alle finanziellen Belastungen für ausländische Anleihen, den Erlös aus dem Verkauf der Firma, alle Auslagen für nicht einheimische Angestellte und jede Entschädigung im Falle einer Verstaatlichung aus Sri Lanka zu transferieren. (FEER 3.11.75). Mit diesen Maßnahmen will die Regierung die schwere wirtschaftliche Krise, die sich unter anderem in einer Arbeitslosenziffer von einer Million und dauernder Lebensmittelknappheit äußert, überwinden. Dies dürfte ihr aber mit solchen Methoden wohl kaum gelingen, wie viele Beispiele in anderen Ländern der Dritten Welt beweisen.

Als weitere Maßnahme ist die Nationalisierung der ausländischen Banken geplant – ein Plan, der schon seit mehr als fünf Jahren auf dem Wahlprogramm der im Mai 1970 an die Macht gekommenen Koalitionsregierung steht und auf Felix Bandaranaike selbst zurückgeht (NZZ 11.11.75). Es bleibt abzuwarten, auf welche Art und Weise diese Nationalisierung der Banken vollzogen wird.

Durch den Austritt der Trotzkisten werden sich die innenpolitischen Konflikte weiter verschärfen. Die trotzkistische Lanka Sama Samaj Party wird wohl mit Hilfe von außerparlamentarischen Mitteln versuchen, die Regierung zu einer Änderung ihrer Politik zu zwingen. Die Chancen, dies zu erreichen, sind recht günstig, da die Trotzkisten die allermeisten der mächtigen Gewerkschaften unter ihrer Kontrolle haben. Dazu gehören die Gewerkschaften der Hafenarbeiter, Eisenbahner, Busfahrer, Tee- und Kautschukpacker (FEER, 12.9.75). Falls die Gewerkschaften einen Generalstreik ausriefen, würde das gesamte wirtschaftliche Leben des Landes zusammenbrechen. Doch dürfen die Trotzkisten im Kampf gegen die Regierungspolitik nicht zu weit gehen, da sie letzten Endes von der SLFP abhängig sind, um in der Zukunft wieder an der Regierung teilzunehmen. Zumindestens für die nächste Zeit hat die trotzkistische LSSP keine Chance, über den Weg der Parlamentswahlen an die Macht zu kommen. Es ist auch durchaus möglich, daß eine von den Trotzkisten organisierte Massenmobilisierung nicht den erwünschten Erfolg bringen wird, weil zum einen die LSSP an der brutalen Niederschlagung von Streiks durch die Regierung Bandaranaike beteiligt war, zum anderen, weil der Sohn und Schwiegersohn der Ministerpräsidentin neue Organisationen für die SLFP aufgebaut haben, die eine Gegenbewegung in Gang setzen könnten. Darin würde die SLFP von der prosowjetischen Communist Party unterstützt werden (FEER, 12.10.75).

Auf der anderen Seite ist sich natürlich Frau Bandaranaike der Gewerkschaftsmacht der Trotzkisten bewußt und wird dies in ihre politische Taktik mit einbeziehen. Die Zugeständnisse, die sie angesichts der Forderungen der Trotzkisten machen muß, können allerdings nicht sehr weitgehender Natur sein, da der Einfluß der Rechten in der neuen Regierung stark angewachsen ist. Zudem liegt die Hauptunterstützung der regierenden SLFP in den traditionell konservativen ländlichen Gebieten, unter den Bauern, der Landelite und in der sinhalesischen unteren Mittelschicht (FEER 12.11.75). Frau Bandaranaike wird die Interessen dieser Gruppierungen adäquat vertreten müssen, will sie nicht als Verlierer aus den nächsten Wahlen im Jahre 1977 hervorgehen. Ihre künftige Politik wird also einerseits stark an diesen Interessen orientiert sein, andererseits muß sie aber auch die Forderungen der Trotzkisten mindestens soweit berücksichtigen, um die innenpolitischen Auseinandersetzungen einzuschränken und die prekäre machtpolitische Balance zu halten.

Ob dies der Ministerpräsidentin auf Dauer gesehen gelingen wird, ist angesichts der tiefen ökonomischen und sozialen Widersprüche, die die Gesellschaft kennzeichnen, unwahrscheinlich. Mit ihrer Politik können die Widersprüche höchstens kurzfristig entschärft werden, eine Lösung dieser ist dagegen ausgeschlossen. Es wird auch in Zukunft zu schweren innenpolitischen Konflikten in Sri Lanka kommen.

–jür–

THAILAND

Landreform in Nord-Thailand

16.9./17.10. (Far East Ec. Rev./NZZ)

Thailands Landwirtschaft ist charakterisiert durch niedrige Produktivität und stagnierenden Gewinn (Die Preise für landwirtschaftliche Produkte im Inland fallen stetig). Nahezu 90 % des gesamtwirtschaftlichen Aufschwunges nach dem Zweiten Weltkrieg sind Resultat der Ausweitung der Monokulturen durch Rodung der Wälder und der rücksichtslosen Ausbeutung der Bauern. Heute herrschen, besonders in den Randprovinzen Hunger, Landlosigkeit, Guerillakrieg und Bauernrevolution vor (vgl. auch: Nachrichten und Kurzberichte in „Blätter" 46/47, S. 16).

Das am 17. Januar 1975 von der thailändischen Nationalversammlung verabschiedete Gesetz zur Landreform, das den Landbesitz für die 5,5 Mio. Bauernfamilien allgemein auf 8 ha beschränken soll und eine staatliche Entschädigung für die Enteignung des Großgrundbesitzes vorsieht, erweist sich zur „Überwindung des Widerspruchs Arm-Reich" als völlig unbrauchbar.

Das Landreformgesetz ist kein nationales Programm, sondern tritt nur auf Antrag der

lokalen Behörden in Anwendung. Da 2/3 aller thailändischen Bauern ihren Landbesitz nicht schriftlich ausweisen können und die Behörden korrupt sind, ist dieses Gesetz bisher faktisch nicht in Kraft getreten.

Heftige Kritik an der Regierung üben vor allem die Studenten und die „Föderation der Bauern Thailands" (FFT), die sich schon seit Jahren für ein wirksames Reformprogramm eingesetzt hatte. Seit Mai dieses Jahres wurden 21 Bauernführer ermordet. Der Präsident der Bauernföderation Nord-Thailands und Vizepräsident der FFT erklärt Mitte August, 10 Tage vor seiner Ermordung: „Wenn wir vereint sind und sich uns eine große Zahl der Bauern anschließt, werden wir weiterkommen. Von jetzt an werden wir für die Landreform kämpfen, sodaß jeder Bauer eigenes Land bekommt. Das derzeitige Landreformsystem kann nicht funktionieren, da diejenigen, die seine Durchführung überwachen, alles reiche, von den Beamten selbst ausgewählte Leute sind."

Dem Beispiel der FFT folgend, beginnen mittlerweile Bauernorganisationen in allen Landesteilen damit, die Landreform in eigener Initiative durchzuführen und um ihr Überleben zu kämpfen.

Große Erfolge der Volksbefreiungsbewegung

3.9.–12.12. (NZZ/FAR EAS. EC. REV./ GUARDIAN/BANGKOK POST/THE JAPAN TIMES)

Der Nordosten Thailands ist auf Grund seines großen Umfangs, seiner partiellen Unerschlossenheit, seiner Grenznähe zu Laos und Kambodscha und seiner hohen Bevölkerungszahl (ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung) wichtigstes Gebiet des thailändischen Volksbefreiungskrieges. Laut einem von der Regierung Anfang Oktober veröffentlichten Bericht zur innenpolitischen Lage, gehören mittlerweile (der Befreiungskrieg begann 1965) 640 Dörfer, mit einer Gesamtbevölkerung von 200.000 Menschen, zu dem, von der illegalen Kommunistischen Partei Thailands befreiten Gebiet.

Mit großangelegten militärischen Operationen, versucht die Regierung, die Bevölkerung zur Loyalität zu zwingen. Als Reaktion auf die seit Mitte dieses Jahres zunehmenden Aufstände und Protestaktionen (auch in den Städten) erläßt die Regierung am 2. September ein strenges „Sicherheitsgesetz". Das Militärbudget des Staatshaushalts 1976 wird gegenüber dem Vorjahr um 24 % angehoben.

Für die kommende Trockenperiode kündigt der Sender „Stimme des Volkes von Thailand" die bisher größte Guerilla-Offensive gegen die Regierung an.

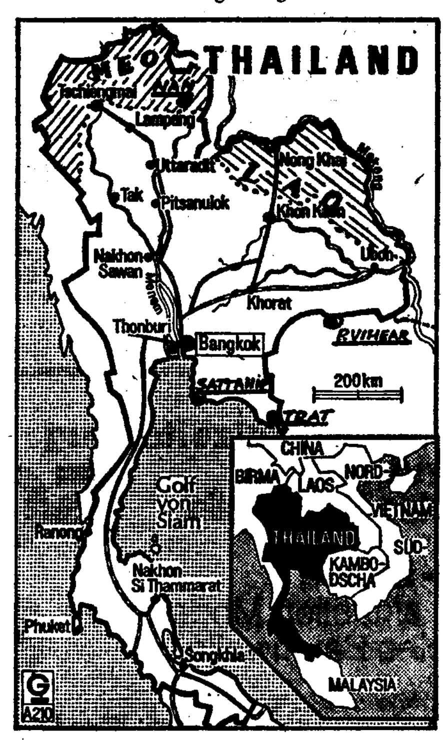
Thailändische Regierung kann ihr „Entspannungs"-konzept nicht durchsetzen

10./19.9. (Guardian/Far East. Ec. Rev.)

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich Thailands Minderheitsregierung weitgehend nicht von den Einflüssen und Interessen thailändischer Militärs emanzipieren konnte und sich daher auch weiterhin den Forderungen der US-Regierung unterwirft.

So gelingt es der Thai-Regierung, nach über ein-jähriger Verhandlungszeit mit den USA nur scheinbar, ihr Interesse nach Entspannung im südostasiatischen Raum durchzusetzen.

Im Rahmen der Demontage von US-Stützpunkten in Thailand wird das, von der ITT-Tochtergesellschaft Federal Electric Company (FEC) 1969 installierte und unterhaltende, US-amerikanische Militärkommunikationsnetz, bekannt unter dem Namen „Integrated Communications System" (ICS) am 31.8. von zivilem Personal übernommen. Diese Zivilisten unterstehen jedoch weiterhin direkt den Anweisungen des Pentagon. Eine Übergabe des ICS an eine thailändische Gesellschaft hatte das Pentagon abgelehnt.



Die „zivilisierte" US-Station (Wert: 200 Mio. Dollar) RAMASUN in Nord-Ost-Thailand beschäftigt 275 amerikanische und 740 thailändische Angestelle und koordiniert eine umfangreiche Kette meist FEC-eigener Spionageeinrichtungen. Während des Indochinakrieges war RAMASUN, neben dem inzwischen offiziell geschlossenen Sensoren- und Computer-Stützpunkt NAKHON PHANOM (NZZ 12.12.), wichtigstes US-Nachrichtenzentrum für den süd-ost-asiatischen Raum und konnte über Satelliten in direkten Kontakt mit Washington treten. RAMASUN unterstand bis zum 31.8. der Organisation US-National Security Agency, die insbesondere auch die VR-China überwachte.

Ebenfalls zum 31.8. werden zwei weitere Nachrichtenstationen geschlossen; mit einem Personalbestand von 200 US-Militärs und 3000 Thai arbeiteten sie für Einrichtungen der US-Army-Installations und der US-Air-Force.

7.11./12.12. (Far Eastern Economic Review/ NZZ)

Der seit 1973 langsam eingeleitete und seit der Amtseinsetzung der Regierung Kukrit Pramoj's (vgl. Chronik in „Blätter" 43/44, S. 23) im Frühjahr 1975 scharf geforderte Abbau der amerikanischen Luftwaffenpräsens hält unvermindert an.

Seit September 1975 haben sich jedoch politisch-taktische Verschiebungen am Forderungskatalog der Thai-Regierung an die USA ergeben. Sprach Pramoj ursprünglich vom „totalen Abzug" der US-Militärs und von der „Schließung aller US-Militärbasen zum 20. März 1976", so erwähnte er ab September nur noch einen „vollständigen Abbau aller Kampfverbände der USA".

Gesamtwirtschaftlich bedeutet der Abzug der Amerikaner für Thailand einen großen Einnahmenverlust, da die US-Organisationen neben dem Verwaltungsapparat der Regierung zweitgrößter Arbeitgeber im Lande sind: sie stellen nahezu 50.000 Arbeitsplätze für Einheimische zur Verfügung. Darüberhinaus beruht die Existenz größerer Städte ökonomisch fast ausschließlich auf der Versorgung der US-Basen mit Gütern und Dienstleistungen. Auch andere Sektoren der thailändischen Wirtschaft steuern derzeitig deutlich auf den Ruin hin. Beispielsweise gehen zur Zeit die Deviseneinnahmen aus dem Tourismusgeschäft auf ein Minimum zurück, da die politische Lage Thailands zunehmend unsicherer wird.

Thailand wünscht verstärkt US-Militärhilfe und finanziellen Beistand beim Aufbau einer bisher nicht bestehenden leichten Waffen- und Munitionsindustrie und ist daher bereit, den USA Konzessionen zu machen. So geht aus Geheimberichten hervor, daß die militärischen Operationen auf dem Stützpunkt UDORN im Dezember zwar offiziell eingestellt werden, die Base soll jedoch weitere 18 Monate als Thai-Trainingslager mit Beratern der US-Luftwaffe im Betrieb bleiben.

Offiziell wünscht Ministerpräsident Kukrit Pramoj am 15.11. die Aufrechterhaltung eines US-Militär-Service von 200 – 300 Mann (THE JAPAN TIMES), zwei Tage zuvor war zwischen beiden Regierungen ein „Hilfsabkommen" zur Schulung, Exkursion und Training für Thai-Offiziere durch US-Berater abgeschlossen worden (Bangkok Home Service).

Ein weiterer Beweis für unvermindert anhaltende US-Aktivitäten in Thailand wird aus Vientiane gemeldet (THE NATION, engl./ 18.10.): US-Ausbilder helfen beim Training von etwa 10.000 thailändischen und laotischen Soldaten im nordöstlich gelegenen Luftstützpunkt NAM PHONG. Diese Spezialtruppe soll den Kampf gegen „Infiltration kommunistischer Kräfte" aus Laos führen. Jene Nachrichten über die Ausbildung von Einheiten in dem früher von den USA besetzten Stützpunkt kommen etwa vier Monate später, nachdem dieser als besonderes Aufnahmelager für laotische Flüchtlinge wiedereröffnet wurde. Seit dem Zeitpunkt werden alle dortigen Aktivitäten geheimgehalten.

Angesichts der schwachen Position der Thai-Regierung ist ihr Einfluß auf „Entspannung" sehr in Zweifel gezogen. Beispielsweise wurden die von südvietnamesischen Militärs zur

Flucht benutzten Militärflugzeuge und -Schiffe bislang, unter dem Druck der einheimischen Militärs, nicht an Südvietnam zurückgegeben (Hanoi Home Service/12.11.), des weiteren billigt die Regierung den Aufbau einer neuen US-Radarstation in THANON.

Den USA ist aus Gründen der Strategie in Asien und dem Indischen Ozean sehr daran gelegen, auf diesen letzten, verfügbaren Brückenkopf auf dem südostasiatischen Festland einen regionalen Posten zu erhalten, um sich, zumindest im „Krisenfall" eine Rückkehroption zu sichern. Gemeinsam von Amerikanern und Thai ausgehandelt und bekanntgegeben ist bisher eine Reduktion der Militärs auf 7.000 Mann (bis 29. Februar 1976).

PORTUGIESISCH TIMOR

Übergangsverwaltung in Ost-Timor
13.10. (NZZ)

Die Revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor (FRETILIN) setzt für die bislang portugiesische Überseebesitzung eine Übergangsverwaltung ein. Etwa 50 Frauen und Männer werden in dem neuen Büro arbeiten. FRETILIN-Sprecher José Goncalves erklärt zu den Aufgaben der neuen Einrichtung: „Da gegenwärtig keine portugiesische Verwaltung mehr existiert und die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, müssen wir für die Unabhängigkeit Vorsorge treffen".

ASEAN-Staaten drängen auf indonesische Invasion
29.9.–29.10. (SYDNEY HERALD MORNING/NZZ/PEKING RUNDSCHAU/NZZ)

Nach dem Scheitern sämtlicher Vermittlungsversuche zwischen Vertretern Portugals, Indonesiens und der beiden pro-indonesischen Parteien Timors UDT und APODETI (FRETILIN war zu den Verhandlungen nicht zugelassen) gerät die indonesische Regierung unter wachsenden Druck der übrigen ASEAN-Staaten, im Bürgerkrieg stärker „in Aktion zu treten". Malaysia, Singapore, Thailand und die Philippinen fürchten, daß die Ausweitung des Konfliks über die Grenze Ost-Timors hinaus die Stabilität der südostasiatischen Region gefährden könnte.

Mit einer seit drei Monaten anhaltenden Aushungerungsblockade und stetiger Bombadierung ost-timoresischer Dörfer und Städte versucht Indonesien den von FRETILIN angeführten Befreiungskampf aufzuhalten; Verhandlungsangebote der FRETELIN für eine friedliche Lösung lehnt Indonesien nach wie vor ab.

Als Reaktion auf die indonesischen Angriffe sendet FRETILIN am 10. Oktober eine Botschaft an den UNO-Sicherheitsrat in der die Respektierung des Wunsches nach Unabhängigkeit und Freiheit gefordert wird.

Reaktion der Australischen Öffentlichkeit
30.10./5.11. (SZ/NZZ)

„Mit Sorge" verzeichnet Indonesien die merkliche Abkühlung seiner Beziehungen mit Australien. Die australische Labour-Party-Konferenz hatte von der australischen Regierung scharfe Sanktionen gegen Indonesien gefordert, damit das Suhartho-Regime zur Aufgabe seiner Aggressionspolitik gegenüber Ost-Timor gezwungen werde. In einer Resolution wurde u. a. die Einstellung jeder weiteren Militärhilfe und die Beschränkung australischer Entwicklungshilfe an Indonesien gefordert. Außerdem setzt sich die Partei für die, zumindest stillschweigende Anerkennung der Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN durch die australische Regierung ein. Auch die Gewerkschaften in Australien protestieren gegen die Indonesische Politik, Hafenarbeiter in Melbourne boykottieren die Entladung eines indonesischen Handelsschiffes.

Indonesien interveniert in Ost-Timor.
1.12.–15.12. (DER TAGESSPIEGEL/SZ/FR/NZZ)

Eine Woche nach der einseitigen Erklärung der Unabhängigkeit Ost-Timors durch FRETILIN intervenieren indonesische Marineinfanteristen in Ost-Timor und besetzen die Hauptstadt Dili. Der indonesische Außenminister fordert die beiden Parteien UDT und APODETI auf, in Dili eine eigene Regierung zu bilden. Indonesische Frachter mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und Kleidung treffen in Dili ein. Mit der Verteilung von 1.000 Tonnen Reis versucht Indonesien sich die Sympathie der timoresischen Bevölkerung zu erkaufen.

Seine Intervention hatte Indonesien damit begründet, das Selbstbestimmungsrecht der Völker sicherstellen zu wollen.

Portugal ruft den Welt-Sicherheitsrat an
9.–16.12. (FR/SZ)

In einem Appell an den Welt-Sicherheitsrat Sie habe, so heißt es, in einer militärischen Aggression die „friedliche Entkolonisierung" sabotiert und damit auch ihr beim Treffen der Außenminister in Rom (am 3.12.) gegebenes Versprechen, Portugal zu helfen, mit allen Timor-Parteien eine friedliche Lösung anzustreben, gebrochen. Portugal hatte sofort nach Bekanntwerden der Invasion seine diplomatischen Beziehungen zu Indonesien abgebrochen. Auch die Volksrepublik China verurteilte scharf das Handeln Indonesiens.

15.12. (SZ)

Die UNO-Vollversammlung hat mit großer Mehrheit die portugiesische Timor-Resolution angenommen und fordert Indonesien auf, seine Truppen sofort aus Ost-Timor zurückzuziehen und es der Bevölkerung selbst zu überlassen, über die Zukunft ihres Landes zu entscheiden.

lot

Haben Sie schon ihr Abo bezahlt?

Lateinamerika

BRASILIEN

Die Krisenanzeichen in der nationalen Wirtschaft verstärken sich
Die brasilianische Wirtschaft gerät zunehmend in Schwierigkeiten. Die Zahlungsbilanz ist negativ. 1974 standen z.B. Importen im Werte von 12,5 Mrd. US-Dollar Exporte im WErte von nur 7,9 Mrd. US-Dollar gegenüber (HB 11.11., NZZ 11.10.). Die Devisenreserven waren Ende 1974 bereits auf 5,7 Mrd. US-Dollar gesunken. Gleichzeitig erhöhten sich die Auslandsschulden auf mehr als 20 Mrd. US-Dollar. Damit haben sich in den letzten 2 Jahren die Devisenreserven um mehr als die Hälfte verringert, während sich die Auslandsverschuldung auf fast das Doppelte gesteigert hat. Wenn man die Devisenreserven abzieht, entspricht die Höhe der Auslandsverschuldung immer noch beinahe dem Doppelten des Werts der jährlichen Exportmenge Brasiliens. (NZZ 23.10.)

Brasiliens starke Abhängigkeit von Erdölimporten hat Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft
Der größte Teil der Importe Brasiliens besteht aus Erdöl. Brasilien muß rund 80 % seines Erdöl-Bedarfs importieren. Die dafür erforderlichen Kosten erreichen die Hälfte des Defizits in der Bilanz der laufenden Kosten. (BfA/NfA 27.10.)
Jede Preiserhöhung bei Erdöl trifft somit empfindlich die Zahlungsbilanz, schwächt die Devisenreserven und verteift die Auslandsverschuldung.
An der starken Abhängigkeit von Öl-Importen wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern. Mit einem Anteil von derzeit 49 % an der Energieversorgung wird Erdöl noch für lange Zeit der wichtigste Energieträger in Brasilien sein (BfA/NfA 14.11.). Die bisher bekannten Erdölvorcommen, insbesondie neuen Funde vor der Küste, sowie die vermuteten Vorkommen, vor allem im Amazonas-Becken, würden im besten Fall Brasilien 1980 in den Stand versetzen, seinen dann bestehenden Öl-Bedarf zu 40 – 50 % aus eigenen Quellen zu decken (BfA/NfA 14.11.). Die Entwicklung anderer Energieträger (Wasserkraftwerke, Ölschiefer, Steinkohle, Atomkraftwerke mit Hilfe der BRD) verspricht nur langfristig eine Besserung der Energieversorgungssituation.

Das Krisenprogramm der Regierung Geisel
Um den geschilderten Krisenerscheinungen entgegenzuwirken, hat die brasilianische Regierung unter Präsident Geisel eine Reihe von Maßnahmen ergriffen.
Dem staatlichen, halbstaatlichen und Gesellschaften des öffentlichen Rechts wurde ein teilweises Importverbot auferlegt. Die Importzollsätze für eine Reihe von Waren (rund 900) wurden zwischen 30 und 100 % erhöht. Der Benzinpreis, der in diesem Jahr bereits dreimal um insgesamt 37 % angehoben wurde, stieg ein weiteres Mal um 25 %. (BfA/NfA 27.10., HB 11.11., NZ 11.10.). Brasilien hat nun bei Super-Kraftstoff den höchsten Benzinpreis in der Welt. Bei Normal-Benzin liegt es an 5. Stelle (BfA/NfA 27.10.). Gleichzeitig wurden die bestehenden Export-Förderungsmaßnahmen, die an sich Ende des Jahres auslaufen sollten, in vollem Umfang verlängert (NZZ 23.10.).

Die Auslieferung des nationalen Erdöl-Reichtums an ausländische Monopole

Die für die nationale Wirtschaft bedeutendste Maßnahme ist allerdings die Zulassung von Auslandkapital bei der Suche nach Erdölvorkommen in Brasilien. In bürgerlichen Zeitungen wurde sie als „die größte politische Sensation der letzten 10 Jahre" in Brasilien angesehen (SZ 13.10.).
Bisher hatte das 1959 gegründete staatliche Erdölmonopol „Petrobras" die volle Kontrolle über das brasilianische Öl. Nun erfolgte eine „drastische Kehrtwendung" (HB 21. 10.). Künftig sollen ausländische Unternehmen an der Ausbeute der brasilianischen Ölvorkommen beteiligt werden, „wobei ihre Gewinnbeteiligung im Verhältnis zu ihren Produktionserfolgen" stehen soll (HB 21. 10.). Petrobras kann jetzt mit ausländischen Unternehmen Verträge abschließen, bei denen die Unkosten der Unternehmen nur dann von Petrobras bezahlt werden, wenn tatsächlich Erdöl gefunden worden ist.
„Die brasilianische Initiative ist von der internationalen Erdölwirtschaft sehr positiv aufgenommen worden. Sie ist besonders für die nordamerikanischen Gesellschaften risikomäßig interessant. Finden sie Öl, werden sie von der Petrobras entschädigt, anderenfalls können sie nach den US-Gesetzen ihre Unkosten von der Einkommenssteuer abziehen." (NZZ 23.10.). Daher wundert es nicht, daß gegenwärtig „neben den großen internationalen Konzernen Exxon, Shell und Occidental Petroleum auch die Comp. Francaise des Petroles und Chevron sowie die italienische ENI Schlange" stehen (HB 21.10.). Auch Mobil Oil und Gulf scheinen inzwischen „Interesse" zu zeigen (BfA/NfA 14.11).
Die imperialistischen Konzerne machen sich zunutze, daß Brasilien u.a. aufgrund des systematischen Kapitalentzugs durch die ausländischen Monopole (Gewinntransfer in die Industrieländer) nicht genug eigenes Kapital für die Suche nach Rohstoffvorkommen angehäuft hat und nicht über die entwickelte Technologie der ausländischen Öl-Monopole verfügt. Für die Bereitstellung von Kapital und technischem Wissen lassen sie sich das Recht zur Ausplünderung der natürlichen Reichtümer Brasiliens einräumen.

... verschärft die Widersprüche zwischen den nationalen und den imperialistischen Kräften

Gerade diese Auslieferung der Erdölreichtümer an ausländische Monopole und die dadurch verstärkte Abhängigkeit Brasiliens von ausländischen Mächten ist nicht ohne Widerstand geblieben. Selbst in der Regierung ist die Maßnahme bekämpft worden. Industrieminister Gomes wird der an Einfluß gewinnenden „nationalistischen Fraktion" zugerechnet, die die Beherrschung der nationalen Wirtschaft Brasiliens durch das ausländische Kapital zwar nicht ein für alle Mal beseitigen will, aber die Kontrolle über die ausländischen Monopole und ihre Machenschaften verstärken will. Ein Teil der bürgerlichen Oppositionspolitiker wendet gegenüber der Regierung ein, die Petrobras sei durchaus in der Lage, Erdölvorkommen in ausreichender Zahl selbst zu finden und zu nutzen. Stattdessen sei die Suche nach Vorkommen bewußt gedrosselt worden.
Kritik an der Auslieferung der nationalen Reichtümer zu üben ist inzwischen auch für bürgerliche Oppositionelle eine gefährliche Sache geworden. So wurde gegen den Herausgeber der Zeitung „Opiniao", der dies als „Entnationalisierung unserer Wirtschaft" bezeichnete, unter dem Vorwurf der „Subversion" ein Kriegsgerichtsverfahren eingeleitet (SZ 13.10.).

Anklage gegen 11 ausländische Elektromonopolunternehmen vor dem brasilianischen Kartellgericht (SZ 11.11.)

Mit dem Vorwurf, „ein Kartell gebildet und durch illegale Manipulationen einzelne brasilianische Unternehmer sowie die gesamte brasilianische Wirtschaft geschädigt zu haben", wurden 11 ausländische Monopole der Elektro-Industrie vor dem brasilianischen Kartellgericht angeklagt, darunter neben General Electric, Brown-Boveri und Westinghouse auch die beiden mächtigsten Elektro-Unternehmen der BRD, Siemens und AEG-Telefunken. Die 11 Unternehmen sollen das „Brasilianische Institut zum Studium der Entwicklung des Exports schwerer elektrischer Maschinen" in Sao Paulo gegründet haben, dessen Aufgabe es sei, „den brasilianischen Markt unter den Kartellmitgliedern aufzuteilen, den jeweiligen Bestbieter bei öffentlichen Ausschreibungen zu bestimmen, die Preise festzusetzen und einen Kampffonds zu unterhalten, aus dem Dumping-Kampagnen gegen Konkurrenten finanziert werden."
In dem Verfahren wird auch Beweismaterial mit anderen Gerichten ausgetauscht, die sich zur Zeit ebenfalls mit den Machenschaften von internationalen Kartellen befassen. In den USA wird z.B. gegen Mitsubishi und Westinghouse sowie gegen General Electric und Westinghouse, in England gegen ein Kartell von Kabelfabrikanten ermittelt.

Siemens errichtet neue Produktionsstätten

13.11.75 (Handelsblatt)
Mit einer 40 Mio DM Investition hat *Siemens* in Brasilien eine *neue Fabrik* für Fernsprechvermittlungstechnik aufgebaut. Gegenwärtig beschäftigt Siemens in diesem Werk ca. 7000 Arbeiter; die Zahl soll im Laufe der Zeit auf das Doppelte erhöht werden. Der Ausbau der nationalen Fertigung ist eine der Bedingungen für die Auftragsvergabe der staatlichen Telefongesellschaft Telebras an Siemens gewesen. Bisher konnte Siemens Bestellungen über 225.000 Anschlußeinheiten buchen.
Für die nächsten Jahre sind auch noch umfangreiche Zulieferungen aus der deutschen Produktion geplant.

Stellungnahme zu den Verhaftungen von Oppositionspolitikern

7.10.75 (NZZ) / 11.10.75 (NZZ)
Die Programmpunkte der Regierungspartei Arena: repräsentative Demokratie, Wahrung der Menschenrechte, Freiheit von Furcht, Armut und Verfolgung, Wiederherstellung des Streikrechts und eine Agrarreform, wirken im Zusammenhang mit den Verfolgungen, Verhaftungen und Folterungen Oppositioneller geradezu lächerlich.
Die Verhaftungsaktionen der letzten Monate in den verschiedensten Bundesstaaten Brasiliens richten sich hauptsächlich gegen Mitglieder der einzigen legalen Oppositionspartei. ‚Bewegung Demokratisches Brasilien' (MDB). Die Festnahmen erfolgen meist in Nacht- und Nebelaktionen in Gestalt von Entführungen, ohne daß der Verhaftete den gesetzlich zuständigen Behörden überstellt wird. Der Vizepräsident der Regierungspartei, Jarbas Passarinho, gab auf die Forderung der Oppositionspartei nach Aufklärung über die Verhaftungen und Folterungen zu, daß es zu Folterungen und Verletzung der Menschenrechte gekommen sei.
Die Kontrolle über die oppositionellen Zeitungen und das Fernsehen ist ebenfalls verschärft worden. So ist z.B. gegen die Wochenzeitschrift „Opiniao" in Folge der Publikation eines Vortrags von Erzbischof Dom Helder Camara über Thomas von Aquin eine Untersuchung wegen subversiver Propaganda eingeleitet worden. Das Brutale Vorgehen der Regierungspartei Arena läßt sich wie folgt erklären. Um bei den nächsten Wahlen einen demokratischen Wahlsieg zu erringen, versucht sich die Arena auf der einen Seite mit dem Gerede über eine Liberalisierung populär zu machen, auf der anderen Seite durch terroristische Verfolgungen von MDB-Mitgliedern ihre Opposition einzuschüchtern und damit weitgehend auszuschalten. Bei den letzten Wahlen im November 1974 errang die Arena die parlamantarische Regierungsmehrheit nur durch die „Besonderheiten des brasilianischen Wahlrechts" wie sich die NZZ vom 7.2.75 ausdrückt. Von den 24 Mio. in ganz Brasilien abgegebenen Stimmen fiel die klare Mehrheit von 14,4 Mio. Stimmen auf die Oppositionspartei MDB. (siehe „Blätter des iz3w" Nr. 40, Chronik S. 13)

Wir drucken im Folgenden einen Bericht von amnesty international, Internationales Sekretariat, Oktober 1975, über die Verhaftungswelle von Vertretern der legalen Opposition in Brasilien ab:

Vertreter der legalen Opposition in Brasilien verhaftet

Es scheint, daß das gegenwärtige harte Vorgehen der Regierung gegen die verbotene brasilianische kommunsitische Partei (PCB), das seit letztem Januar Hunderte von Verhaftungen zur Folge hatte, darauf abzielt, nicht nur die geheime Organisation der PCB auffliegen zu lassen, sondern auch zu beweisen, daß es Verbindungen zwischen der einzigen legalen Oppositionspartei MDB (Demokratische Bewegung Brasiliens) und der PCB gibt.
Menschen aus allen Bevölkerungsschichten wurden wegen angeblicher Kontakte zur PCB verhaftet. Es wurden viele Berichte von Folterungen bekannt, die alle ein und dasselbe System erzwungener Geständnisse bezeugen, mit denen Mitglieder der MDB wegen kommunistischer Aktivitäten belastet werden sollen. Während der letzten Kongresswahlen im November 1974 trugen MDB-Kandidaten einen überragenden Sieg davon. Es heißt, daß die Regierung versucht hat, die MDB in Mißkredit zu bringen, indem sie deren Sieg der Unterstützung durch die PCB zuschrieb. In diesem Zusammenhang muß man bemerken, daß es brasilianischen Quellen zufolge nur 6.000 PCB-Mitglieder im Lande gibt – bei einer Bevölkerung von 100 Mio.

Während eines Verhörs vor dem Militärgerichtshof am 14. September 75 zeigte das frühere Kongressmitglied und langjähriger Führer der PCB Marco Antonio Tavares Coelho deutliche Spuren von Folter. Er sagte aus, daß er 4 Monate in Einzelhaft verbracht hätte, was er als mittelalterliche Folter bezeichnete. Er widerrief sein Geständnis,

in dem er einige MDB-Führer genannt hatte, die im Verlauf des Wahlkampfes im November 74 angeblich finanzielle Unterstützung von der PCB erhalten haben sollen. Regierungsstellen behaupten, daß die Kommunisten Unterstützungskampagnen für mindestens 23 MDB-Kandidaten organisiert hätten, u.a. für Senator Marcos Freire (der kürzlich eine umfassende Amnestie für politische Gefangene gefordert hatte) und den Abgeordneten Lysaneas Maciel, der in Zusammenarbeit mit der Kirche nach vermißten politischen Gefangenen geforscht hat, sowie weitere Kongressmitglieder, die sich aufgrund ihrer häufigen Anklagen gegen das Regime bzw. der Verletzung der Menschenrechte den Haß der Sicherheitskräfte zugezogen haben.

Letzten April überstimmte die regierende ARENA (Nationale Erneuerungsallianz) im Kongress einen Antrag der MDB, Justizminister Armando Ribeiro Falcao vor den Kongress zu zitieren, damit er zu den Folterberichten und dem Verschwinden von Dutzenden von politischen Gefangenen Stellung nähme.
Behauptungen, daß die Repressionswelle letztlich auf MDB-Mitglieder abzielt, scheinen im Juli und August 75 erhärtet worden zu sein, als auch Mitglieder der MDB in die intensive Verhaftungswelle mit einbezogen wurden, in letzter Zeit auch Regierungsbeamte, die der MDB angehören.

Im Juli wurden mehrere Mitglieder der Jugendorganisation der MDB in Bahia verhaftet, u.a. ein Mitglied des örtlichen Regierungsrates, Sergio Veiga Santana, der im August vor Gericht stand und erklärte: „Ich wurde ständig auf Kopf und Brust geschlagen und geboxt, dazu Elektroschocks, wobei die Elektroden am kleinen Finger und an den Zehen befestigt waren ... Sie gaben vor, sie (d.h. seine Verlobte, die mit ihm verhaftet worden war) zu schlagen, während mir die Augen verbunden waren. Von da an bejahte ich alles, was sie wollten, und verneinte alles, was sie wollten. Ich unterschrieb sogar mein eigenes Geständnis."[1]

Die höchsten MDB-Vertreter haben scharf gegen die Verhaftungen protestiert. Das Kongressmitglied Laerte Vieira sagte, daß die MDB versuchen würde, die Achtung vor dem Gesetz zu gewährleisten, so daß „mißbrauchtreibende Behörden nicht mehr Zuflucht zu ihren gewöhnlichen Methoden nehmen könnten, um Geständnisse zu erzwingen, Personen zu belasten oder Material für eine Anklage zu erhalten."[2] Justizminister Falcao versicherte, daß die Gefangenen sich nicht in Einzelhaft befänden; MDB-Vertreter aber berichteten, daß alle Informationen, die man seit dem 19. September erhalten konnte, darauf hinausliefen, daß sich die Gefangenen an irgendeinem nicht feststellbaren Ort in Curitiba befänden.

Die meisten der Verhaftungen kamen gewaltsamen Entführungen gleich, und die Bundespolizei verbot den Zeitungen, irgendeine Notiz darüber zu bringen. Der MDB-Abgeordnete Alencar Furtado (Vizepräsident der Abgeordnetenkammer) sagte, „die Tatsache, daß die Verhafteten weder Kommunisten noch Gesetzesbrecher sind, ließ die Polizei zu dem Mittel der Pressezensur durch Schweigegebot greifen, aber dieser Trick war nicht sehr wirkungsvoll, denn die öffentliche Solidarität erhebt nun laut ihre Stimme."[3]

MDB-Senator Laerte Chaves erklärte: „Wir protestieren gegen die Methoden, die angewandt wurden . . . Ich weiß nicht, ob das Ziel unsere Einschüchterung ist, bei uns ruft dieses nur Abscheu hervor. . . Die Regierung hält sich selbst nicht an das Gesetz der nationalen Sicherheit, da wo es rechtliche Normen zusichert. Derartige Methoden sind nicht nötig."[4]

Am 24. September verlautete aus Quellen in Paraná, daß die Einzelhaft für Ratsmitglied Luis Gonzaga Ferreira aufgehoben worden sei, aber nicht für die übrigen Gefangenen dort.[5]

Anmerkungen:

1) Reuters 21.8.75
2) „O Estado de Sao Paulo" vom 17.9.75
3) dto.
4) dto.
5) „O Estado de Sao Paulo" vom 25.9.75.

BOLIVIEN

Wachsendes Interesse an westdeutschen Investitionen

23.10.75 (Habla) / 24.10.75 (NfA)

Bei einem Aufenthalt in der BRD weist der bolivianische Planungsminister J. Lechin auf das wachsende Interesse Boliviens an westdeutschen Investitionen hin. Bisher kommt dem BRD-Kapital in Bolivien nur eine geringe Bedeutung zu. 1974 hatten westdeutsche Firmen 2,3 Mill. DM investiert, das sind etwa 0,5 % der gesamten Auslandsinvestitionen. Besonderes Interesse besteht auf bolivianischer Seite in der Erschließung von Zink- und Goldvorkommen, sowie im Bereich der Metallverarbeitung, Petrochemie und Landwirtschaft. Dahinter steht vor allem die Absicht Boliviens, am lateinamerikanischen Exportmartk eine stärkere Position zu erringen.

CHILE

Verschärfung des Konflikts zwischen Junta und Kirche – Polizeiaktionen gegen Priester und Nonnen

7.10., 10.11., 13.11., 22.11.75 (SZ), 5.11., 7.11.75 (FR)

Nachdem in letzter Zeit auch höchste Vertreter der Hierarchie der katholischen Kirche die Wirtschaftspolitik der Junta und die Mißachtung jeglicher Menschenrechte heftig kritisieren und dadurch sich die Beziehungen zwischen Kirche und Junta zusehens abgekühlt haben, werden neuerdings Nonnen und Priester verfolgt und verhaftet, die flüchtenden Widerstandskämpfern humanitäre Hilfe gewähren. Der englischen Ärztin Sheila Cassidy sowie drei Geistlichen wird vorgeworfen, vier flüchtigen MIR-Mitgliedern Unterschlupf und Behandlung von Schußwunden gewährt zu haben. Drei amerikanische Nonnen, die bei der nämlichen Polizeiaktion in einem Kloster in Santiago verhaftet worden sind, erhalten wenig später die Ausreiseerlaubnis in die USA.

Noch am Tag der Verhaftung geben die Militärbehörden bekannt, daß künftig jede medizinische Hilfeleistung, sowie Fluchthilfe für MIR-Mitglieder unter Strafe stehen soll.

Einige Priester und Nonnen, darunter der Direktor des Ökumenischen Friedenskomitees (Comité por la paz) Fernando Salas, sowie die Mitglieder des MIR konnten der Verhaftung entgehen und untertauchen. Es handelt sich um die ersten und zweiten Vorsitzenden der Partei, A. Pascal Allende, Nelson Gutierrez, sowie Maryanne Beausire und Marie E. Bachmann.
Guitierrez und M.E. Bachmann gelingt die Flucht in die katholische Nuntiatur, M. Beausire und N. Gutierrez finden in der Botschaft von Costa Rica Unterschlupf. Obgleich Costa Rica bereit ist, den Flüchtlingen Asyl zu gewähren, verweigert ihnen die Junta freies Geleit. Die Kirche hat inzwischen das Verhalten der verhafteten und verfolgten Priester und Nonnen voll gerechtfertigt.

Die Verhaftungswelle, von der u.a. auch ein Gefängnisgeistlicher, sowie zwei Gefangene betreuende Nonnen betroffen sind, gipfelt schließlich in der Verhaftung von neun Mitgliedern des ökumenischen Friedenskomitees, das seit dem Militärputsch Gefangene und Flüchtlinge betreut. Die Forderung von Pinochet nach Auflösung des Komitees wird von Kardinal Silva Henriquez zurückgewiesen.

Der evangelische Bischof Helmut Frenz, ebenfalls Mitglied des Komitees, ist bereits im Oktober – nicht zuletzt auf Betreiben der rechtsradikalen, abgespaltenen Gemeinden – mit seiner Familie aus Chile ausgewiesen worden. Er befindet sich jetzt in der BRD.

Attentat gegen den Christdemokraten Leighton

9.10.75 (Le Monde)

M. Bernardo Leighton und seine Frau werden in Rom bei einem Attentat durch Schüsse schwer verletzt. Leighton befindet sich als linker Christdemokrat und scharfer Gegner der Junta seit März 1974 im italienischen Exil. Der Attentäter ist bislang unbekannt – möglicherweise handelt es sich um einen italienischen Faschisten, der im Auftrag der Junta handelte.

Folterbericht einer UNO-Kommission

15.10.75 (FR)

Nach dem Bericht einer UNO-Kommission wird in chilenischen Gefängnissen und Konzentrationslagern weiterhin brutal gefoltert. Die Kommission war auf Zeugenaussagen von Flüchtlingen und im Ausland zugängliche Dokumente angewiesen, da die Junta ihr die Einreiseerlaubnis verweigert hatte. Nach dem Bericht werden z.B. weibliche Häftlinge in großem Umfang sexuell mißbraucht und durch Einführen von Mäusen in die Scheide und Vergewaltigung mit Hunden gefoltert.

Junta wird weiterhin von Bundesregierung und CDU wirtschaftlich unterstützt

15.10., 5.11.75 (FR) / 17.11.75 (SZ)

Allen Berichten über politische und soziale Unterdrückung und Folterungen zum Trotz, pflegen Bundesregierung und CDU beste Kontakte zur Junta. So schließt die Bundesregierung als zweites Land nach den USA in diesem Jahr ein Umschuldungsabkommen

mit der Junta, wonach der Rückzahlungsmodus chilenischer Schulden für 1975 von 65,3 Mio. DM geregelt wird. Nach dem Abkommen sollen die Schulden bis 1977 zu 30 %, der Rest bis 1991 – zum Zinssatz von 4,5 % zurückgezahlt werden.

Ende März dieses Jahres waren die Umschuldungsverhandlungen zwischen der Junta und ihren Gläubigerländern an dem Widerstand der Regierungen von Großbritannien, Italien, der Niederlande, Belgien und Skandinavien gescheitert. Die Bundesregierung hatte sich bereits damals für bilaterale Verhandlungen mit der Junta entschieden (vgl. iz3w Nr. 45 u. 46/47).
Im November führen sowohl der Bundestagsvizepräsident von Hassel (CDU) als auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Elmar Pieroth mit der Junta Gespräche, über deren Inhalt nichts Näheres zu erfahren ist. Nach einer Erklärung Pieroths wird sich seine Partei weiterhin für eine Intensivierung der Entwicklungshilfe an Chile einsetzen.

Abbau der Importschutzzölle gefährdet zahlreiche inländische Unternehmen
26.9.75 (NfA)

Mit dem radikalen Abbau der Schutzzölle für alle Warengruppen des Fertigungsprozesses gibt die Junta den heimischen Markt jetzt völlig der ausländischen Konkurrenz preis. Lagen zur Zeit des Militärputsches (Sept.73) die Höchstzollsätze bei 600 % – dank der Importsubstitutionspolitik der Unidad Popular – so liegen sie jetzt bei 80 %. Fachleute bestätigen, daß diese Maßnahme den Bankrott zahlreicher nationaler Unternehmen nach sich ziehen wird. Durch den Abbau der Schutzzölle, der bereits seit Anfang 1974 betrieben wird, will die Junta eine ausgeglichene Handels- und Zahlungsbilanz erreichen.

Surinam unabhängig

Am 25. November erhielt Surinam, die ehemalige niederländische Kolonie Guayana, nach über 300jähriger Kolonialherrschaft als eines der letzten Länder Lateinamerikas seine volle politische Unabhängigkeit.

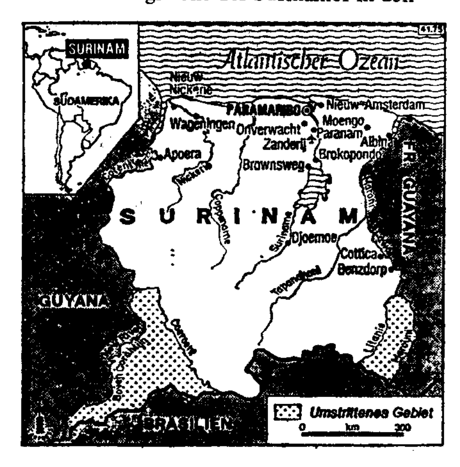
Surinam – Schmelztiegel verschleppter Völker
1667 eroberten die Niederländer das Land im Kampf gegen die Engländer. Für die Kaffe-, Zucker- und Kakaoplantagen holten die niederländischen Kolonialherren, die nur eine kleine indianische Bevölkerung antrafen, Negersklaven aus Afrika, Ende des 19. Jahrhunderts indische Kontraktarbeiter aus den britischen Kolonien und Javaner aus ihrem damaligen Kolonialbesitz Indonesien. Mit den javanischen Arbeitskräften kamen auch chinesische Kaufleute und Händler. Die heutige Bevölkerung Surinams setzt sich daher vor allem aus Indern, Mulatten afrikanischer Abstammung und Einwohnern javanischer und chinesischer Herkunft zusammen. Von den rund 400.000 Einwohnern sind lediglich etwas mehr als 10.000 indianischer Abstammung. (Spiegel 49/75, SZ 25.11)

Die Niederlande wollen sich einige Probleme vom Halse schaffen ...

1954 wurde bereits der erste Schritt zur Unabhängigkeit vollzogen. Aufgrund des sog. Königreichstatuts, das eine Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden, Surinam und den Niederländischen Antillen auf der Grundlage von Freiwilligkeit und Gleichberechtigung zwischen den 3 Teilen des Niederländischen Königreichs vorsah, erhielt Surinam die „interne Autonomie". Offiziell blieben nur noch Probleme der Landesverteidigung und der auswärtigen Beziehungen Angelegenheit der Niederlande (FR 26.11.)

Die Surinamer wurden „Reichsgenossen" der Niederländer. Sie erhielten formell die gleichen Rechte wie die Niederländer in ihrem eigenen Land. Das ermöglichte bisher nahezu 150.000 Suriamern, wegen der mindestens 15 % betragenen Arbeitslosenquote in Surinam nach den Niederlanden auszuwandern (zuletzt monatlich rund 5.000) und dort Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, die in Surinam so gut wie gar nicht existieren. Die Niederlande waren aufgrund des Königreichstatuts gezwungen, alle einwandernden Surinamer aufzunehmen. Nach der endgültigen politischen Unabhängigkeit Surinams und der Aufhebung des Königreichstatuts brauchen sie dies nun nicht mehr.

Und hier ist auch einer der Hauptgründe für die Bereitschaft der Niederlande zu sehen, der vollen Unabhängigkeit Surinams zuzustimmen. Die Niederlande, wo bereits eine große Zahl von Einwanderern aus der ehemaligen Kolonie Indonesien lebt, entledigen sich durch die Entlassung Surinams aus dem „Königreich Niederlande" einer ganzen Reihe von Problemen, die mit der Einwanderungswelle der Surinamer in den



Niederlanden entstanden bzw. verstärkt wurden (Erhöhung der Arbeitslosenquote, die fast 6 % erreicht hat; Ghetto-Bildung und damit Entstehung von „Unruheherden" u.a.) – (Spiegel 49/75, FR 28.10.)

. . . aber ihre Einflußsphäre Surinam nicht endgültig aufgeben

Daß die Niederlande nach der Beendigung ihrer Kolonialherrschaft in Guayana und der Erreichung der vollen politischen Unabhängigkeit Surinams eine neokoloniale Lösung in Surinam anstreben, wird daraus ersichtlich, daß sie keinesfalls auf die Ausplünderung der Naturreichtümer des Landes verzichten wollen. Surinam – viermal größer als die Niederlande – ist reich an Edelhölzern, Bauxit und Bananenplantagen. Die gesamte Wirtschaft Surinams wird von niederländischen und US-Konzernen beherrscht. Niederländische Konzerne haben Interessen bei der Ausbeutung der Edelhölzer, die US-Monopole Suralco/Alcon, Billeton und United Fruit bei der Ausbeutung des Bauxits und der Bananenplantagen. Bank- und Versicherungswesen sind ebenfalls in ausländischer Hand (FR 26.11.). Zudem existieren ungehobene Vorkommen an Gold, Mangan und Eisenerz und im Grenzgebiet zu der französischen Kolonie Guayana wurde Uran gefunden (SZ 28.10.).

Um den Einflußbereich Surinam zu sichern, setzte die niederländische Regierung bei den Verhandlungen um die Unabhängigkeit die Aufnahme eines Gesetzes in die Verfassung Surinams durch, wonach für Verstaatlichungen eine 2/3-Mehrheit erforderlich ist (AK 70/75).

Surinam reiht sich ein in die Front der Länder der 3. Welt

Gegenüber diesen Versuchen ausländischer Mächte, sich Einflußsphären zu halten, hat Surinam bereits den Weg eingeschlagen, den viele Länder der 3. Welt gehen. Es hat sich im wirtschaftlichen Kampf gegen die imperialistischen Länder mit anderen Ländern der 3. Welt zusammengeschlossen und ergreift Maßnahmen, die auf eine größere selbständige Verfügung über die Naturreichtümer des Landes abzielen.

Surinam, das bei der Bauxit-Förderung an dritter Stelle in der Welt steht (SZ 25.11.), ist dem Kartell der Bauxit-Förderländer beigetreten, um einen gerechten Preis für diesen wichtigen Rohstoff zu erzielen. Außerdem hob die Regierung von Surinam die Bauxit Exportsteuer um 300 % an. Beide Maßnahmen treffen die beteiligten US-Monopole, da die USA zu 90 % ihren Bauxit-Bedarf mit Hilfe von Importen decken müssen, wovon ein Viertel aus Surinam kommt. Bauxit ist wegen seiner Eigenschaft als Grundstoff für die Aluminium-Herstellung von besonderer Bedeutung u.a. für die Luft- und Raumfahrtindustrie.

Surinam, das bereits assoziiertes Mitglied der EG ist (SZ 25.11.), will 1976 der Karibischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten (Le Monde 28.11). Am 5.12. wurde Surinam 144. Mitglied der UNO (FR 6.12.).

Die niederländischen Kolonialherren hatten bewußt eine Verschmelzung der verschiedenen nach Guayana verschleppten Völker verhindert. Die nach 1954 entstandenen politischen Parteien sind im wesentlichen entlang der Vielvölkerstruktur entstanden. Inder kontrollieren vor allem die Landwirtschaft und den Handel, Mulatten haben insbesondere Einfluß in der Verwaltung (SZ 28.10., 25.11.).
Die neue Verfassung Surinams vom 20.11. strebt eine Aufhebung der Rassentrennung an (SZ 25.11.). Und am 25.11., als die Nationalflagge Surinams aufgezogen und die niederländische Flagge eingeholt wurde, riefen 25.000 anwesende Surinamer „Ein Volk, eine Nation, ein Schicksal" (Le Monde, 28.11.).

wofi

Anti-Zionismus-Resolution der UNO

Anti-Zionismus-Resolution

Am 10.11.75 beschloß die UN-Vollversammlung folgende Resolution:
„Es wird Bezug genommen auf die Resolution 1904 vom 20. November 1963, in der die UN eine Erklärung über die Abschaffung aller Formen rassischer Diskriminierung abgaben und in der versichert wird „jede Doktrin, rassische Unterscheidung oder Überlegenheit ist wissenschaftlich unrichtig, moralisch zu verurteilen, sozial ungerecht und gefährlich" und die ihre Unruhe darüber zum Ausdruck bringt, „daß es rassische Diskriminierung in einigen Teilen der Welt immer noch gibt, wobei in einigen Fällen dieser Zustand durch gewisse Regierungen mit Hilfe von gesetzgeberischen, verwaltungsmäßigen oder anderen Mitteln aufrecht erhalten wird."
Es wird Bezug genommen auf die Resolution 3151G vom 14. Dezember 1973, in der die Vollversammlung unter anderem das abscheuliche Bündnis zwischen dem südafrikanischen Rassismus und dem Zionismus verurteilt.
In Anbetracht der Erklärung von Mexiko 1975 über die Gleichberechtigung der Frau und ihren Beitrag zu Entwicklung und Friede, die von der Weltkonferenz zum internationalen Jahr der Frau verkündet wurde, abgehalten vom 19. Juni bis 2. Juli in Mexiko-City, die den Grundsatz verkündet, daß „Internationale Zusammenarbeit und Friede die Schaffung nationaler Freiheit und Unabhängigkeit erfordere, sowie die Abschaffung von Kolonialismus und Neokolonialismus, Besetzung fremder Gebiete, des Zionismus, der Apartheid und rassischer Diskriminierung in allen ihren Formen ebenso wie die Anerkennung der Würde der Völker und ihres Rechts auf Selbstbestimmung".
Ferner wird in Betracht gezogen die Resolution 77, die von der Versammlung der Regierungs- und Staatschefs der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) auf ihrer 12. regelmäßigen Sitzung in Kampala vom 28. Juli bis 1. August 1975, die zu bedenken gab, „daß das rassistische Regime im besetzten Palästina und die rassistischen Regimes in Zimbabwe und Südafrika einen gemeinsamen imperialistischen Ursprung haben, insofern eine Einheit bilden, den gleichen rassistischen Aufbau haben und ursprünglich in ihrer Politik mit dem Ziel, die menschliche Würde und Unantastbarkeit zu unterdrücken, verbunden sind.
Gleichfalls wird Bezug genommen auf die politische Erklärung und Strategie zur Stärkung des internationalen Friedens und der Sicherheit und zur intensiven Solidarität und wechselseitiger Hilfe zwischen den blockfreien Staaten, die von der Konferenz der Außenminister der blockfreien Staaten, in Lima vom 25.–30. August 1975 abgegeben wurde. Diese verurteilt äußerst scharf den Zionismus als eine Bedrohung des Weltfriedens und der Sicherheit, und sie ruft alle Staaten auf, dieser rassistischen und imperialistischen Ideologie entgegenzutreten.
Nach all diesem ist Zionismus eine Form von Rassismus und rassischer Diskriminierung." (Übersetzung: iz3w)

Für diese Resolution stimmten 72 Länder (darunter: alle arabischen Staaten, Brasilien, China, Cuba, Zypern, CSR, DDR, Ungarn, Indien, Indonesien, Iran, Malta, Mexico, Polen, Pakistan, Portugal, Türkei, UdSSR, Jugoslawien und viele afrikanische Staaten), 35 Länder stimmten gegen die Resolution darunter: (Australien, Österreich, Canada, Costa Rica, Dominikanische Republik, Finnland, Island, Liberia, Malawi, Neuseeland, Nicaragua, Panama, Schweden, Norwegen, USA, Uruguay, EG-Staaten) und 32 Länder enthielten sich der Stimme darunter: (Argentinien, Chile, Ecuador, Ghana, Griechenland, Japan, Peru, Philippinen, Thailand, Togo, Venezuela, Zaire, Sambia).

Erklärung der Botschafter und Missionschefs der Arabischen Staaten in Bonn zu den Reaktionen auf die UNO-Resolution über den Zionismus

Die UNO-Resolution über den Zionismus hat vielerlei Kommentare und Erklärungen in Europa und der westlichen Welt ausgelöst. Diese Kommentare behandeln den Kern der Resolution bedauerlicherweise in aufreizender, einseitiger und unsachlicher Form. Die arabischen Botschafter und Missionschefs in Bonn sehen sich veranlaßt, dazu folgendes zu erklären:
1. Die Behauptung, daß die feindliche Haltung der Araber gegenüber dem Zionismus gleich Antisemitismus sei, ist völlig falsch und sinnlos, da die Araber selbst Semiten sind. Das Judentum ist wie der Islam und das Christentum eine universale Religion. Alle drei Bekenntnisse finden Anhänger in unterschiedlicher Zahl in den arabischen Ländern. Dagegen ist der Zionismus eine politische und rassistische Ausschließlichkeits-Ideologie, die nicht nur von den Arabern und den meisten Völkern der Welt abgelehnt wird, sondern auch von einer großen Zahl von bedeutenden Vertretern des geistigen Lebens in der Welt, darunter auch eminenten jüdischen Persönlichkeiten.
2. Die zionistische Ideologie beruht auf dem Prinzip der Ausschließlichkeit. Sie verweigert anderen Menschen als Juden das Lebensrecht in Palästina. Sie verleiht durch das „Rückkehrrecht" allen Juden in der Welt automatisch Staatsangehörigkeit, auch wenn sie Palästina vorher niemals gesehen haben, während sie dies Recht allen gebürtigen Palästinensern verweigert, die in der Mehrzahl aus ihrer Heimat vertrieben wurden.
3. Der Zionismus ist eine Ideologie, deren praktische Anwendung bedeutet, daß die arabischen Bewohner Palästinas als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, genauso wie das seit längerer Zeit den Ureinwohnern Südafrikas geschieht, wo eine weiße Minderheit, die in dies Land eingewandert ist, sich kolonialistisch etabliert hat und die Urbevölkerung als zweitrangige Klasse und Rasse behandelt.
Die Folgen des Rassismus in beiden Fällen sind schwerwiegender als der Kolonialismus selbst. Solange diese Begleiterscheinung des Kolonialismus nicht ihr Ende findet, kann man nicht sagen, daß der Kolonialismus in der Welt liquidiert ist.
4. Die zionistische Ideologie stützt sich auf Expansion, Besetzung fremden Gebiets durch Gewalt, Verweigerung der legitimen Rechte der Betroffenen, Sprengung ihrer Häuser, Einschluß in Gefängnissen und die Ablehnung, ihnen Heimatrechte zu geben. Dies ist der Grund, daß im Nahen Osten keine gerechte und friedliche Lösung zustande kommt.
5. Die arabischen Völker und die der Dritten Welt waren niemals Rassisten, sondern sie waren immer Opfer von Kolonialismus und Rassismus.
6. Die Juden, in Europa verfolgt und unterdrückt, fanden in der arabischen Welt sicheres Asyl. Dies entspricht dem Wesen der Toleranz und der menschlichen Brüderschaft, die die arabische und islamische Kultur seit langen geschichtlichen Perioden kennzeichnet.
7. Es wird der aufwiegelnden Propaganda Israels angesichts der Verabschiedung der UNO-Resolution nicht gelingen, die Tatsache zu verschleiern, daß Israel die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes verweigert und die Räumung der besetzten arabischen Gebiete ablehnt. Das allein ist der Grund, daß keine friedliche, gerechte und dauerhafte Lösung im Nahen Osten zustande kommt - trotz der Gefahren, die solche Haltung für den Frieden in dieser Region und in der Welt, besonders auch für Europa, bedeutet. Die verleumderische Kampagne kann nicht die rassistische Praxis aus der Welt schaffen, die die israelische Regierung in Gesetzgebung und im täglichen Leben in den besetzten Gebieten anwendet. Dies war auch der Grund, daß Israel mehrmals schon von Kommissionen der UNO, die die Lage der Araber in den besetzten Gebieten untersuchten, verurteilt wurde.

Ausländische Unternehmen in der Dritten Welt

von Friedhelm Hemmerich

1. Begriff
Viele Unternehmen aus den westlichen Industrieländern und aus Japan besitzen in den Ländern der Dritten Welt eigene Firmen („Tochtergesellschaften", Filialen). Das Eigentum am Kapital dieser Tochtergesellschaften und damit die Verfügungsgewalt über diese Firmen liegt – ganz oder mehrheitlich – bei den „Muttergesellschaften", also vor allem in den Ländern Westeuropas, den USA und in Japan. Die bedeutendsten dieser Firmen mit mehreren Niederlassungen in verschiedenen Ländern sind die „multinationalen Konzerne." Multinationale Konzerne sind *weltweit* tätige private Unternehmen mit zumeist mehreren Dutzend Tochtergesellschaften in aller Welt. Als private Unternehmen sind die multinationalen Konzerne (ebenso wie rein nationale Unternehmen) ausgerichtet auf die Verwertung von Kapital, d.h. auf die Erzielung von Gewinnen. Die weltweite Strategie der Gewinnerzielung wird in der Zentrale der multinationalen Konzerne festgelegt: dort wird bestimmt, was, wo und wie produziert wird, was wohin exportiert und woher importiert wird, wo die Gewinne anfallen, wie die Gewinne verwendet werden und wo Steuern gezahlt werden.

Schätzungen gehen dahin, daß im Jahre 1980 zwei Drittel der industriellen Produktion der kapitalistischen Welt in nur 100 multinationalen Konzernen erstellt werden. Schon gegenwärtig werden ca. 50 % des Welthandels von den multinationalen Unternehmen bestritten.

Im folgenden werden die Begriffe ausländische Unternehmen, Privatinvestitionen, Auslandsinvestitionen, Direktinvestitionen und multinationale Konzerne in gleicher Bedeutung verwendet.

2. Motive und Maßstäbe
Die Direktinvestitionen in der Dritten Welt werden – wie alle privaten Investitionen – getätigt, um Gewinne zu erzielen. Das Gewinnziel wird von den Unternehmen häufig „umschrieben". Man nennt als Ziele der Auslandsinvestitionen dann: „Erschließung neuer Märkte", „Schaffung von zusätzlichem Absatz", „Sicherung der Marktstellung" usw.

Zur genauen Ermittlung der langfristigen Gewinnaussichten von geplanten Auslandsinvestitionen werden sehr sorgfältige Vorstudien gemacht. Einige Maßstäbe solcher Prüfungen zeigt die folgende Tabelle zur *„Bewertung des Investitionsklimas"*.

Je mehr Punkte ein Land nach den Maßstäben der Tabelle erhält, desto eher wird es ausländische Privatinvestitionen „anziehen".

Siehe Tabelle auf der folgenden Seite.

Allerdings ist die Tabelle nicht vollständig. So fehlt etwa der Punkt *„Situation auf dem Arbeitsmarkt"* (Anzahl und Qualität der verfügbaren Arbeitskräfte, Lohnniveau, Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräfte). Vor allem aber fehlt in der Tabelle als wichtigster Maßstab die *„Größe des Absatzmarktes"*, die den Umfang der möglichen Verkäufe und damit auch die Gewinnaussichten ganz wesentlich bestimmt. Die Maßstäbe der Tabelle werden im einzelnen erst dann angewendet, wenn die Größen des Absatzmarktes als mindestens „zufriedenstellen" beurteilt wird.

Die genannten Maßstäbe gelten gleichermaßen für Auslandsinvestitionen in der Dritten Welt und für solche in anderen Industrieländern. Allerdings stellen die multinationalen Konzerne im allgemeinen an ihre Tochtergesellschaften in der Dritten Welt höhere Gewinnansprüche wegen des angeblich „höheren Risikos" im Vergleich zu den Industrieländern (mangelnde politische Stabilität etc.).

3. Umfang, regionale und sektorale Verteilung

Umfang:
Unternehmen aus der BRD haben bis Ende 1974 in der Dritten Welt Kapital im Wert von ca. *12. Mrd. DM* direkt investiert (1). Auf die Länder der Dritten Welt entfällt damit ca. *ein Drittel* aller Auslandsinvestitionen der BRD. Zwei Drittel gehen in andere Industrieländer (hauptsächlich in die EG-Länder).

Dagegen haben Konzerne aus den USA ein Vielfaches der deutschen Direktinvestitionen in der Dritten Welt getätigt.

Regionale Verteilung:
Von den Auslandsinvestitionen der BRD und der USA in die Dritte Welt gingen ca. 60 % nach Lateinamerika, also in den am stärksten industrialisierten Kontinent (im Vergleich zu Afrika und Asien) Innerhalb von Lateinamerika war wiederum Brasilien das „bevorzugte" Land für die multinationalen Unternehmen. Und innerhalb Brasiliens konzentrieren die multinationalen Konzerne ihre Investitionen auf die Region Sao Paulo, wo allein rd. 400 Unternehmen aus der BRD ansässig sind. Mehr als die Hälfte des westdeutschen Kapitals in Brasilien gehört zu nur 11 Unternehmen: Daumler-Benz, Krupp, Volkswagenwerk, Hoechst, Bayer, BASF, Siemens, Bosch, Hoesch, Mannesmann und Klöckner-Humboldt-Deutz.

Die ungleichmäßige regionale Verteilung hat einen sehr starken Einfluß des Auslandskapitals in einigen Ländern zur Folge. Unter diesem Aspekt muß man auch die „nur" 12 Mrd. DM sehen, die von deutschen Unternehmen in der Dritten Welt investiert wurden. Dieser Betrag bekommt so ein ganz anderes Gewicht.

Zum Beispiel beträgt der Anteil des Auslandskapitals in Brasilien (jeweils gemessen an den gesamten Verkäufen des betreffenden Wirtschaftszweiges):

in der Kraftfahrproduktion	100 %
in der Pharma-Industrie	80 %
in der Maschinenproduktion	60 %
in der Zementproduktion	90 %
in der Werftindustrie	85 %
in der chemischen Industrie	50 %

Diese Aufzählung ließe sich noch recht lange fortsetzen.

Abhängigkeit in Punkten

BEWERTUNG DES INVESTITIONSKLIMAS (Aus der Harvard Business Review, September/Oktober 1969)

	Punkte	Bewertungs-spanne
Kapitalrückführung		
Keine Beschränkungen	12	0-12
Zeitlich begrenzte Beschränkungen	8	
Beschränkungen des Kapitaltransfers	6	
Beschränkungen des Kapital- und Gewinntransfers	4	
Erhebliche Beschränkungen	2	
Rückführung unmöglich	0	
Politik gegenüber Auslandseigentum		
100 % Auslandseigentum wohlwollend aufgenommen	12	0-12
100 % Auslandseigentum widerwillig gestattet	10	
Aktienmehrheit gestattet	8	
Auslandseigentum bis zu 50 % zulässig	6	
Nur Aktienminderheit gestattet	4	
Weniger als 30 % Auslandsanteil gestattet	2	
Auslandseigentum nicht zulässig	0	
Diskriminierung ausländischer Unternehmen		
Gleiche Behandlung von In- und Ausländern	12	0-12
Geringfügige Beschränkungen für Ausländer, keine Kontrollen	10	
Keine Beschränkungen für Ausländer, einige Kontrollen	8	
Ausländer unterliegen Beschränkungen und Kontrollen	6	
Einige Beschränkungen und strenge Kontrollen für Ausländer	4	
Erhebliche Beschränkungen und Kontrollen für Ausländer	2	
Investitionsverbot für Ausländer	0	

	Punkte	Bewertungs-spanne
Währung		
Frei konvertibel	20	4-20
Differenz zwischen offiziellem und schwarzem Markt unter 10 %	18	
10 % bis 40 %	14	
40 % bis 100 %	8	
über 100 %	4	
Politische Stabilität		
Langfristig stabil	12	0-12
Stabil, jedoch abhängig von Schlüsselfigur (Persönlichkeit)	10	
Interne Gegensätze, Regierung jedoch fest im Sattel	8	
Starker ausländischer und/oder inländischer Druck auf die Politik	4	
Staatsstreich (von außen oder innen) oder andere radikale Veränderungen möglich	2	
Labile Lage, Staatsstreich oder Umsturz leicht möglich	0	
Zollpolitik		
Umfassender Zollschutz	8	2-8
Beträchtlicher Zollschutz, vor allem für wichtige neue Industrien	6	
Gewisser Zollschutz, besonders für neue Industrien	4	
Wenig oder gar kein Zollschutz	2	
Kapitalmarkt		
Gut entwickelter Kapitalmarkt, offene Börse	10	0-10
Etwas Inlandskapital, spekulative Börse	8	
Begrenzter Kapitalmarkt, etwas Fremdkapital (Weltbank usw.) erhältlich	6	
Kapital knapp und nur kurzfristig erhältlich	4	
Strenge Kapitalmarktkontrollen	2	
Ungehemmte Kapitalflucht	0	
Inflationsrate der letzten fünf Jahre		
Unter 1 %	14	2-14
1 % bis 3 %	12	
3 % bis 7 %	10	
7 % bis 10 %	8	
10 % bis 15 %	6	
15 % bis 35 %	4	
Über 35 %	2	
Summe		**8-100**

Sektorale Verteilung
Sektorale Verteilung deutscher Direktinvestitionen in der Dritten Welt (in %, Stand: 1972):

Bergbau und Erdöl		10 %
Verarbeitungsindustrien davon:		73 %
– Chemie	24 %	
– Automobilindustrie	13 %	
– Elektrotechnik	10 %	
– Maschinenbau	7 %	
Dienstleistungsbereich (Handel, Banken, Tourismus)		16 %
Übrige		1
		100 %

Knapp drei Viertel aller deutschen Auslandsinvestitionen in der Dritten Welt entfallen also auf *Verarbeitungsindustrien.* Die in diesen Firmen hergestellten Waren werden ganz überwiegend in dem betreffenden Land der Dritten Welt abgesetzt. Der Absatzmarkt liegt also im Inland, weshalb man auch von *inlandbezogenen* Direktinvestitionen spricht.



„Mein Bauch gehört mir!"

Demgegenüber sind ca. drei Viertel aller Auslandsinvestitionen der USA in der Dritten Welt sog. *auslandsbezogene* Investitionen, d.h. der Absatzmarkt für diese Firmen liegt nicht in dem betreffenden Land der Dritten Welt, sondern in anderen Ländern, vorwiegend in den westlichen Industrieländern. Bei den auslandsbezogenen Direktinvestitionen handelt es sich ganz überwiegend um Investitionen im Rohstoffsektor, also vor allem bei Erdöl und Bergbau. Diese Investitionen dienen also in erster Linie der Rohstoffversorgung der Konzerne in den Industrieländern.
Auch die englischen Direktinvestitionen in der Dritten Welt sind überwiegend auslandsbezogen (großenteils noch als Resultat der Kolonialzeit).

4. *Auswirkungen der multinationalen Konzerne in der Dritten Welt*

Vorbemerkung zum methodischen Vorgehen
Im folgenden werden gängige Meinungen und Behauptungen in Bezug auf die – als positiv angesehenen – Auswirkungen des Auslandskapitals einer kritischen Prüfung unterzogen. Dieses Vorgehen hat unseres Erachtens den Vorteil einer größeren und unmittelbareren Verwertbarkeit der Aussagen (z.B. in politischen Diskussionen). Dieser Vorteil dürfte den Nachteil des Verzichts auf eine umfassende Analyse überwiegen, zumal mittlerweile einige gute, mehr globale Arbeiten zum Thema vorliegen (siehe Literaturverzeichnis).

I. Behauptung
Die ausländischen Unternehmen bringen Kapital in die Dritte Welt. Da die Entwicklungsländer unter „Kapitalknappheit" (2) zu leiden haben, sind die Auslandsinvestitionen positiv zu beurteilen.

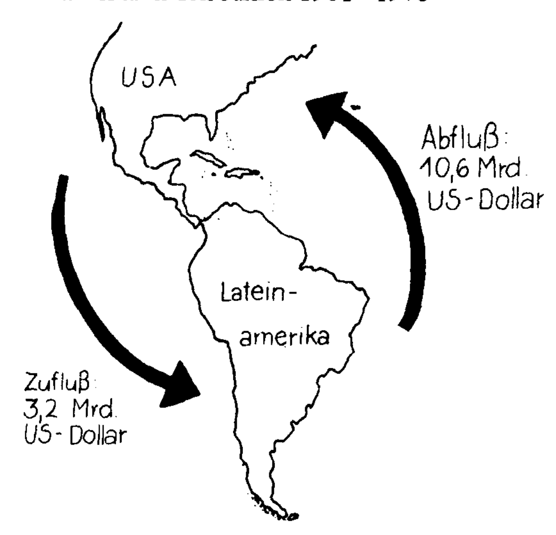
Kritik
a) Kapitalaufnahme im Gastland
Vielfach beschaffen sich die ausländischen Unternehmen das Investitionskapital im „Gastland" selbst. Es handelt sich also keineswegs regelmäßig um finanzielle *Zuflüsse* aus den Industrieländern, den Herkunftsländern der Konzerne (wie das oben behauptet wird).

Zwei Zahlenbeispiele dazu:
1) „In der Zeit zwischen 1963 und 1965 wurden nur 9 % der Investitionen aus den USA in Lateinamerika mit neuen, ausländischen Fianzierungsmitteln bezahlt." (3) 91 % der Finanzierungsmittel wurden also in Lateinamerika selbst beschafft.
2) Allein Unternehmen aus den USA haben im Jahre 1961 47 % der von der brasilianischen Nationalbank für privatwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellten Kredite in Anspruch genommen. (4)

Vor allem die „Erweiterungsinvestitionen" (5) werden weitgehend aus eigenen Gewinnen der Tochtergesellschaften (Reininvestition) bzw. aus im Entwicklungsland aufgenommenen Krediten finanziert und führen also nicht regelmäßig zu einem Kapitalzufluß in die Dritte Welt.

b) Gewinnrückflüsse

Schaubild: Kapitalzuflüsse und Kapitalabflüsse, verursacht durch US-Unternehmen in Lateinamerika in den Jahren 1961 - 1970



Das Schaubild zeigt (6), daß die ausländischen Unternehmen auf längere Sicht kein Kapital in die Dritte Welt bringen, sondern sogar Kapital aus der Dritten Welt abziehen. Das geschieht im wesentlichen durch Gewinnrückflüsse von den Tochtergesellschaften an die Muttergesellschaft des Konzerns (7). Denn die Konzernzentrale hat einen

besonders hohen Finanzbedarf: hier fallen u.a. die Kosten für Forschung und technologische Entwicklung an und hier müssen die Aktionäre „entschädigt" werden (8).

Im Vergleich zu den US-Unternehmen haben die deutschen Konzerne bis heute eine viel geringere Kapitalbeteiligung aus den Entwicklungsländern abgezogen. Die Unternehmen aus der BRD haben zwischen 1966 und 1970 Kapital im Wert von 4,3 Mrd. DM in die unterentwickelten Länder exportiert. Sie haben 1,8 Mrd. DM an Gewinnen erzielt und davon 800 Mio. zurück in die BRD gebracht. (9)

Dieser Unterschied zu den US-Unternehmen ist aber – nach allgemeiner Ansicht – durch den „Nachholbedarf" der westdeutschen Firmen nach dem Zweiten Weltkrieg zu erklären. In der Aufbauphase der Auslandsinvestitionen wird ein großer Teil der Gewinne in den weiteren Ausbau investiert (Reininvestition von Gewinnen, Erweiterungsinvestitionen) und erst zu einem späteren Zeitpunkt (wenn die Produktionsstätten voll ausgebaut sind) fließen die Gewinne in größerem Maße zurück in die Länder der Konzernzentrale.

Zusammenfassend
kann man sagen: die Behauptung, daß ausländische Konzerne in die Dritte Welt Kapital bringen und so die „Kapitalknappheit" in diesen Ländern vermindern, erweist sich in längerfristiger Sicht als nicht stichhaltig. Längerfristig gilt vielmehr das Gegenteil: die multinationalen Konzerne ziehen die Gewinne ihrer Tochtergesellschaften aus der Dritten Welt ab und verwenden sie großenteils in den Muttergesellschaften.

II. Behauptung
Die ausländischen Unternehmen beschleunigen das Wachstum der industriellen Produktion in der Dritten Welt und leisten so einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung.

Kritik:
a) Marktübermacht der multinationalen Konzerne
Diese Behauptung unterstellt, daß die Investitionen des Auslandskapitals *neben* die schon vorhandenen, einheimischen Unternehmen in den betreffenden Wirtschaftszweigen treten, daß sich also die gesamte Produktionskapazität erhöht um die Kapazität der ausländischen Unternehmen. Diese Annahme ist so nicht richtig. Vielmehr treten die ausländischen Firmen zumeist in Konkurrenz zu den einheimischen Unternehmen und sie sind in vielen Fällen aufgrund ihrer Marktmacht in der Lage, diese einheimische Konkurrenz teils zu zerstören, teils aufzukaufen.

Nicht selten werden Tochtergesellschaften sogar dadurch „gegründet", daß die Konzernzentrale bis dahin einheimische Unternehmen in der Dritten Welt aufkauft.
So kamen z.B. zwischen 1958 und 1967 die Investitionen von 187 US-Unternehmen in Lateinamerika zu insgesamt 45 % durch den Ankauf lateinamerikanischer Firmen zustande. Diese 187 Firmen aus den USA stellten damals über 70 % des gesamten direkt investierten US-Kapitals in Lateinamerika (11).
Die BASF hat allein in den Jahren 1968 und 1969 fünf brasilianische Firmen aufgekauft (12).
Im Jahre 1971 gingen allein in Sao Paulo 3 248 kleine und mittlere Betriebe in Konkurs; 1972 waren es sogar 4 777. Von diesen Firmen wurden im Jahre 1971 insgesamt 701 und im Jahre 1972 sogar 778 von ausländischen Unternehmen zu Spottpreisen aufgekauft. (13)

Soweit einheimische Firmen von Auslandskapital aufgekauft werden, erhöht sich also die gesamte Produktionskapazität nicht; soweit einheimische Unternehmen in den Konkurs getrieben und nicht aufgekauft werden, verringert sich die Produktionskapazität sogar.
Von daher ergeben sich also schon wichtige Einwände gegen die Behauptung II.

Hinzu kommt, daß die multinationalen Konzerne nicht jenen Konkurrenzkapitalismus (14) in die Dritte Welt bringen, der die frühe Industrialisierung der heutigen westlichen Industrieländer gekennzeichnet hat, sondern einen „vermachteten", einen obligopolistischen und teilweise monopolitischen Kapitalismus. Damit fehlt aber gerade jener wettbewerbliche Leistungsdruck, der sich im Zwang zu billigen und damit größeren Angebotsmengen (und damit in höheren Wachstumsraten) niederschlägt. Vielfach zeigt sich so eine Stagnation der industriellen Entwicklung in der Dritten Welt, schon lange bevor der Kapitalismus in sein aus unserer Wirtschaftsgeschichte bekanntes „Reifestadium" getreten ist (15).
Selbst wenn es in einzelnen Fällen richtig sein mag, daß das Auslandskapital das industrielle Wachstum beschleunigt hat, so ist die Behauptung II in der vorliegenden Form doch nicht haltbar. Und in längerfristiger Sicht ist es mehr als zweifelhaft, daß die behauptete Wirkung vom Auslandskapital ausgeht.

b) Produktionsstruktur
Mit dem Wort: *„Autos aus Gold für ein Volk ohne Schuhe"* bezeichnete vor einigen Jahren ein brasilianischer Politiker die Produktionsstruktur in seiner Heimat. Und kürzlich forderte gar der brasilianische Industrie- und Handelsminister, Severo Gomes, eine genaue Kontrolle des Auslandskapitals. Ohne eine solche Kontrolle würden die multinationalen Konzerne weiterhin Konsumgewohnheiten nach Brasilien bringen, die mit den nationalen Interessen nicht vereinbar seien. (16)

Man kennt die Beispiele zur Genüge: VW do Brasil produziert Sportwagen, AEG-Telefunken do Brasil Farbferngeräte und Coca Cola ist ohnehin immer dabei.

Die Frage nach der Produktionsstruktur ist die Frage, *was* denn von den multinationalen Firmen in der Dritten Welt produziert wird. Es werden (neben Infrastrukturprojekten wie Verkehrswesen, Telefonnetz etc.) vor allem „Konsumgüter des gehobenen Bedarfs" hergestellt, also Autos, Kühlschränke, Fernsehgeräte, Pharmazeutika etc. Man fragt sich, warum denn nicht viel mehr billige Massenkonsumgüter für die breite Bevölkerung produziert werden. Wenn man sich an die Zielsetzung der ausländischen Unternehmen erinnert, kann man diese Frage beantworten: produziert wird das, was mit Gewinn verkauft werden kann.

Die Produktionsstruktur ist unter privatwirtschaftlichen Bedingungen ein Ergebnis der *Einkommenshöhe* und der *Einkommensverteilung.* In den privatwirtschaftlich organisierten Ländern der Dritten Welt (besonders deutlich läßt sich das wieder am Beispiel Brasiliens zeigen) existieren zumeist relativ kleine, aber sehr reiche Oberschichten. Daneben auch noch eine begrenzte Anzahl von wohlhabenden Personengruppen des Mittelstandes.

Für diese kaufkräftigen Schichten produzieren die multinationalen Unternehmen.

Der Beitrag zur Versorgung der breiten Masse des Volkes (die arm und nicht kaufkräftig ist) ist minimal; insofern

läßt sich die II. Behauptung nur dann aufrechterhalten, wenn man unter „Versorgung der Bevölkerung" ausschließlich die „Versorgung" der reichen Schichten versteht.

Zusammenfassend
läßt sich sagen: die Behauptung, das Auslandskapital beschleunige die Industrialisierung der Dritten Welt und versorge die Bevölkerung mit industriellen Waren, läßt sich nicht halten.
Verdrängung einheimischer Unternehmen („Verdrängungswettbewerb"), Vermachtung der Wirtschaft und damit Stagnation schon in einer frühen Phase der Industrialisierung sowie Ausrichtung der Produktion an den Kaufmöglichkeiten der reichen Oberschichten verhindern diese behauptete positive Auswirkung.

III. Behauptung

III Man muß die ausländischen Unternehmen in der Dritten Welt gutheißen, weil sie dort einen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit leisten

Kritik:
Eine Hamburger Firma gründete vor einigen Jahren in Montevideo, der Hauptstadt Uruguays, eine Geflügelfarm. Die Produktion in dieser Geflügelfarm geht nahezu vollautomatisch vor sich. Schon bald konnten die einheimischen Geflügelzüchter mit dem deutschen Unternehmen nicht mehr mithalten. Diese ausländische Firma produziert billiger, besitzt die modernsten Maschinen, eigene Kühlräume, eigene Transportflugzeuge, um die Eier und das Geflügel auf den Markt und in die Läden zu bringen. Kurz: die deutsche Geflügelfarm war wirtschaftlich viel mächtiger als die einheimischen Geflügelzüchter. Sie nahm ihnen mit der Zeit alle Kunden weg. Bald waren die einheimischen Geflügelzüchter arbeitslos. (17)

Dieses Beispiel zeigt zweierlei: zum einen verdeutlicht es die Auswirkungen des Verdrängungswettbewerbs (vgl. die Ausführungen zu Behauptung II). Zum zweiten wirft es ein Licht auf die Rolle der „modernen", kapitalintensiven Technologie in der Dritten Welt.

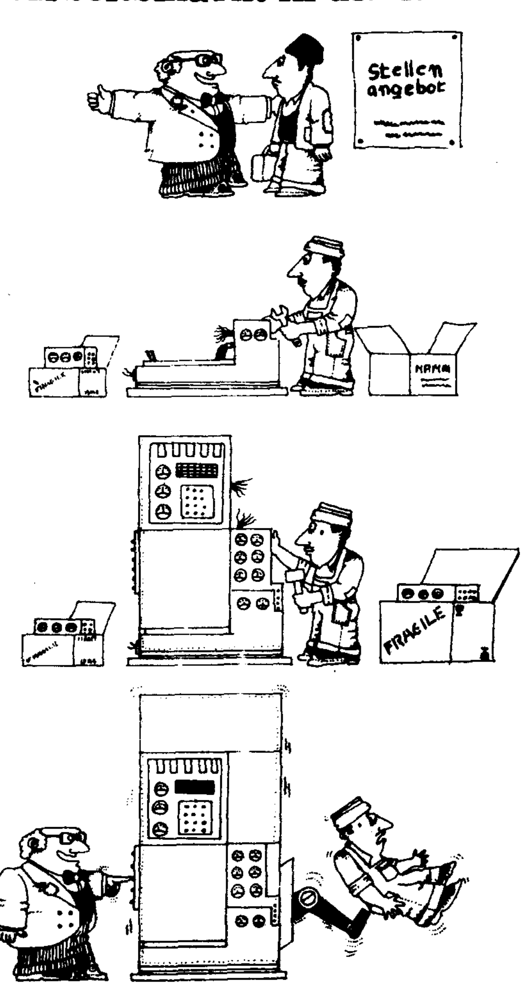
Die ausländischen Unternehmen verwenden in der Dritten Welt die modernste Technik. Sie verwenden dort dieselbe Technik, die sie auch in den Industrieländern einsetzen. Sie übertragen diese Technik in die Dritte Welt (man spricht dabei auch von „Technologietransfer").
Mit der Übertragung der kapitalintensiven Technik durch die multinationalen Unternehmen werden aber nur relativ wenige Arbeitsplätze geschaffen. Sogar in Brasilien steigt die Arbeitslosigkeit weiter an.

Warum wir mit dieser kapitalintensiven Technologie produzieren?
- Der Einsatz der modernsten Maschinen senkt für die Unternehmen zumeist die Kosten der Produktion. Dadurch steigt bei gleichem Umsatz der Gewinn.
- Die multinationalen Unternehmen geben in den Industrieländern laufend große Beträge zur Erforschung und Weiterentwicklung der modernen Technik aus. Die Dritte Welt brauchte eine einfachere, eine arbeitsintensive Technik, die den Einsatz aller verfügbaren Arbeitskräfte erlauben würde. Über diese Technik verfügen die multinationalen Unternehmen nicht. Eine solche Technik müßte weitgehend neu erfunden werden (18). Damit wären aber erhebliche Forschungsaufwendungen (und damit Kosten) verbunden, zu deren Verausgabung private Unternehmen nicht gezwungen werden können.
- Arbeitskräfte können krank werden, Maschinen lassen sich meist schnell reparieren oder ersetzen.
- Arbeitskräfte können streiken oder sich in anderer Weise zur Wehr setzen, Maschinen sind „geduldig".

Ein Zahlenbeispiel, das die Entwicklung beleuchtet:
– Der Anteil der Industrie*produktion* am Sozialprodukt Lateinamerikas betrug 1925 11 %, 1950 19 %, 1960 22 %, 1967 23 % und ist seitdem weiter angestiegen, er hat sich also seit 1925 mehr als verdoppelt.
Demgegenüber betrug der Anteil der Industrie*beschäftigten* an der Gesamtbeschäftigung in Lateinamerika 1925 14 %, 1950 14 %, 1960 14 %, 1969 14 %, ist also seit 1925 *konstant* geblieben (19).

Sicherlich müßte man die absoluten Zahlen kennen, die diesen Prozentangaben zugrunde liegen, um die Aussagefähigkeit dieses Vergleichs in Bezug auf den Einfluß der Technologie genau beurteilen zu können. Immerhin kann man diese Gegenüberstellung als Hinweis dafür nehmen, daß die Struktur der vom Auslandskapital geprägten Industrialisierung Lateinamerikas keine Aussicht auf eine Verringerung oder gar Überwindung der Arbeitslosigkeit eröffnet.

Arbeitsmarkt in der 3.Welt



Wenn man bedenkt, daß die Kosten eines industriellen Arbeitsplatzes in der BRD im Jahre 1972 schon DM 65 000 betrugen (20), ist es nicht vorstellbar, wie und wann die Arbeislosigkeit in der Dritten Welt auf diesem technologischer Niveau beseitigt oder auch nur ein wenig abgemildert werden könnte (in Brasilien sind allein ca. 20 Mio. Menschen arbeitslos). Aber diese kapitalintensive Technologie ist es, die von den multinationalen Konzernen zum Einsatz ge-

bracht wird. Und das aus ihrer *privat*wirtschaftlichen Sicht auch mit guten Gründen (s.o.).

In einigen sozialistischen Ländern der Dritten Welt (vor allem in China und Nordkorea) ist man andere Wege gegangen. Man hat dort die Wahl der Technologie nicht von privatwirtschaftlichen Überlegungen abhängig gemacht. Man hat sie abhängig gemacht von der Zahl und der Qualität der verfügbaren produktiven Kräfte (vor allem Arbeitskräfte). Man hat „aus eigener Kraft" eine relativ arbeitsintensive Technologie entwickelt. So hat man es erreicht, daß es dort kein Problem von Massenarbeitslosigkeit und Massenelend gibt.

Mögliche Techniken (einige Beispiele)

Wirtschaftsbereich	Mit modernen Maschinen und wenigen Arbeitskräften (= kapitalintensiv)	Mit einfacheren Geräten und vielen Arbeitskräften (= arbeitsintensiv)
Landwirtschaft (z. B. Anbau und Ernte von Weizen)	Traktoren, Dresch- und Erntemaschinen	Hacke, Pflug, Sense, Sichel
Industrie (z. B. Produktion von Bekleidung und Möbeln)	Textilfabriken mit automatischen Webstühlen; mit Maschinen gefertigte Kunststoffmöbel	Spinnrad und handbediente Webstühle; handwerklich betriebene Schreinereien
Bauwesen (z. B. Wohnungsbau, Straßenbau)	Bulldozer und erdbewegende Ausrüstungen, Betondämme	Menschliche Arbeit und einfache Werkzeuge (Schaufeln, Eimer), Maurerarbeiten und Erddämme
Handel und Verkehr (z. B. Transport und Verkauf von Lebensmitteln)	Busse und Autos, Diesel- und Elektrolokomotiven, Lieferwagen, Gabelstapler; Supermärkte	Rikschas (Motorroller und Fahrräder), Dampflokomotiven, fußgetriebene Wagen, Handkarren; kleine Einzelhandelsgeschäfte, Straßenhändler

Diese Zusammenstellung wurde der Zeitschrift *Finanzierung und Entwicklung* 2/1972, S. 34 entnommen. Einige Veränderungen und Erweiterungen stammen von uns.

Seit einigen Jahren wird das Problem der Technologie auch in den westlichen Industrieländern und in den nicht-sozialistischen Entwicklungsländern sehr intensiv diskutiert. Man ist sich darin einig, daß die kapitalintensive Technologie der multinationalen Konzerne zur Überwindung von Massenarbeitslosigkeit nichts taugt.
Entwicklungshilfeinstitutionen versuchen sich teilweise mit arbeitsintensiven Technologien. Die privatwirtschaftlich organisierte Industrie folgt aber weiter ihren eigenen Gesetzen und verwendet weiterhin kapitalintensive Technologien.

Zusammenfassend
gesagt, liegt in dieser Tatsache der wichtigste Einwand gegen die Behauptung III, daß man die ausländischen Unternehmen gutheißen müsse, weil sie die Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt verringerten.

IV. Behauptung:

Die multinationalen Konzerne verhalten sich in der Dritten Welt politisch neutral. Sie versuchen keinen Einfluß zu nehmen auf die inneren Angelegenheiten des Gastlandes.
Durch ihre Beiträge zum Staatshaushalt ermöglichen sie es den jeweiligen Regierungen, die Entwicklung ihres Landes voranzutreiben.

Kritik:
4 Beispiele:

1) Artikel aus der Süddeutschen Zeitung vom 2.6.75: „Unsaubere Methoden..." siehe Kasten folgende Seite
2) Artikel: „Hoechst lobt die Putschisten" aus „blätter des iz3w" Nr. 31, S. 61. siehe Kasten übernächste Seite
3) VW do Brasil ist der größte Steuerzahler Lateinamerikas. Die Steuern betragen ca. 25 % des Umsatzes. Der Umsatz betrug im Jahre 1971 rund 2,8 Mrd. DM. Man kann sicher sein, daß diese finanziellen Mittel den armen und verelendeten brasilianischen Massen nicht zugute kamen. Man kann ebenso sicher sein, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Mittel in den Militärhaushalt einfloß.
4) Der US-Konzern ITT versuchte zusammen mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA die chilenische Regierung unter Allende zu stürzen.

Solche Beispiele sind keine Einzelfälle. Man kann davon ausgehen, daß nur ein kleiner Teil solcher „Vorkommnisse" (sozusagen die „Spitze des Eisberges") das Licht der Öffentlichkeit erblickt.
Denn: Die Beweggründe der multinationalen Konzerne für derartiges „gesellschaftspolitisches Engagement" in der Dritten Welt lassen sich „ganz normal" aus dem privatwirtschaftlichen Gewinnziel erklären. Die multinationalen Konzerne wollen Gewinne erzielen und sie suchen folglich die Zusammenarbeit mit Regierungen, die ihnen die Erreichung dieses Zieles ermöglichen. Es ist klar, daß man sich das Entgegenkommen von Regierungen von Zeit zu Zeit neu erkaufen muß. Als Gegenleistungen sorgen dann die Regierungen in Brasilien ebenso wie in Südkorea und Indonesien dafür, daß das gute „Investitionsklima" erhalten bleibt. Eine Hand wäscht eben die andere!

Zusammenfassend
kann man sagen: die multinationalen Unternehmen sind gesellschaftspolitisch nicht neutral. Die Erreichung ihrer Ziele ist nur unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen möglich. Diese Bedingungen versuchen sie mit Macht und Geld zu erhalten bzw. zu schaffen. Die multinationalen Konzerne stellen in aller Regel eine reaktionäre politische Kraft dar.

5. Sonstige Arten von Privatinvestititionen

Vorbemerkung:
Der Vollständigkeit halber sollen noch zwei Formen der privatwirtschaftlichen Beziehungen zur Dritten Welt genannt werden, die ebenfalls unter den Oberbegriff der Privatinvestitionen fallen, die aber keine Unternehmensgründungen, also keine Direktinvestitionen darstellen. Es sind dies die Wertpapierinvestitionen und die Lieferantenkredite.

Wertpapierinvestitionen (Portfolio investments)
Es handelt sich dabei um den Kauf von Wertpapieren (Aktien, festverzinsliche Schuldverschreibungen etc.) von Ausländern in Entwicklungsländern.
Der Aktienerwerb wird solange als Wertpapierinvestition begriffen, wie er keinen Beteiligungscharakter trägt, d.h. solange der Aktienanteil so klein ist, daß ein Einfluß auf die Geschäftsführung des betreffenden Unternehmens nicht möglich ist. Diese Form der Privatinvestition spielte bis zum 1. Weltkrieg eine sehr große Rolle, ist heute aber unbedeutend.
Schuldverschreibungen (Obligationen) werden zumeist von Regierungen oder großen Städten der Dritten Welt in den Industrieländern zum Kauf angeboten. So etwa, wenn die Regierung Kolumbiens eine internationale Schuldverschreibung den Käufern in den Industrieländern anbietet, um sich Geld für bestimmte Projekte zu beschaffen. Die

Süddeutsche Zeitung 2.6.75

Ein Wirtschafts-Watergate in den USA

Unsaubere Methoden beim „Geldwaschen"

Amerikanische Multikonzerne werden der Bestechung und verschleierter Buchhaltung beschuldigt / Geheimfonds im Ausland

Von unserem Korrespondenten Herbert von Borch

Washington, 1. Juni

Nun hat Amerika auch noch sein wirtschaftliches Watergate: In den letzten Wochen hat eine Skandalwelle, hochgetrieben durch schwere Anklagen der staatlichen Aufsichtsbehörde für Wertpapiere und Börse, der Security Exchange Commission (SEC), multinationale Konzerne wie Gulf Oil, Northrop Corporation, United Brands (bekannter unter seinem früheren Namen United Fruit Co.) erfaßt. Prominente Generaldirektoren und Aufsichtsratsvorsitzende sind in internationale Bestechungsaffären, in Kontenmanipulationen und in Skandale mit illegalen Geheimfonds verwickelt. Schon hat sich der Begriff „Konzern-Watergate" für die Kette von Skandalen in den Hauptquartieren weltweiter Unternehmen gebildet. Die Aufsichtsbehörde interessierte sich für den Fall, als der Sonderstrafverfolger herausfand, daß zahlreiche der angesehensten Großfirmen Amerikas 1972 insgeheim ungesetzliche Wahlgelder an Nixons Wiederwahl-Ausschuß gezahlt hatten. Aber die neue Skandalserie kam erst ans Licht, nachdem sich der Aufsichtsrats-Vorsitzende der United Brands Company, Eli Black, im Februar aus dem 44. Stock seines Wolkenkratzerbüros in Manhattan gestürzt hatte.

Besondere Kennzeichen dieser Skandale sind die ausländischen Verästelungen und deren politisch-diplomatische Folgen. Eine Regierung ist durch die Enthüllungen bereits zu Fall gekommen: Nach dem Selbstmord Blacks fand die Überwachungsbehörde, daß dessen Nahrungsmittel-Konglomerat, das in Honduras rund dreißigtausend Morgen Bananenplantagen besitzt, im September letzten Jahres eineinviertel Millionen Dollar auf Schweizer Bankkonten überwiesen hatte, die dem damaligen Präsidenten der Republik, General Oswaldo Lopez, zuflossen. Der damit erreichte Zweck war, eine Steuererhöhung auf Bananen zu verhindern. Als die SEC ihre Anklagen erhob, wurde Lopez aus dem Amt vertrieben. Außer in Honduras ist United Brands Co. angeklagt, „Beamten einer Regierung in Europa zur Sicherung günstiger Geschäftsbedingungen" in den letzten fünf Jahren etwa 750 000 Dollar ausgezahlt zu haben. Vor einem Gericht in Washington wurde Italien als Empfängerland dieser Bestechungsgelder benannt.

Die höchsten illegal gezahlten Summen hat der Gigant Gulf Oil, der Niederlassungen in 70 Ländern unterhält, mit insgesamt zehn Millionen Dollar in den letzten zehn Jahren ausgegeben, wie die SEC aufgedeckt hat. Davon wurde die Hälfte für Wahlgelder in den USA verwandt; fünf Millionen Dollar wurden für Bestechungen ausländischer Regierungsbeamter bereitgestellt. Aufsichtsratsvorsitzender Bob Dorsey entschied sich für die Flucht in die Öffentlichkeit und sagte vor einem Senatsausschuß, sein Konzern habe „unter schweren Pressionen" vor den Wahlen von 1970 vier Millionen Dollar an die Partei des Präsidenten von Südkorea, Park Chung Hee, gezahlt. Die Investitionen von Gulf Oil in Südkorea in Höhe von 300 Millionen Dollar wären sonst gefährdet gewesen. Außerdem habe Gulf dem früheren bolivianischen Präsidenten Barrientos 460 000 Dollar gegeben. Während Südkorea schwieg, ordnete die Regierung von Bolivien Hausarrest für den Vertreter von Gulf in La Paz an und verlangte das persönliche Erscheinen von Dorsey, was dieser ablehnte. General Barrientos stürzte 1969 in einem Hubschrauber ab, den er von Gulf geschenkt bekommen haben soll. Wie ein Sprecher von Gulf zugab, waren die Gelder für Barrientos mit der CIA abgesprochen.

Der Flugzeughersteller Northrop Corporation, der am stärksten von allen amerikanischen Großkonzernen von Regierungsaufträgen abhängt — 1974 brachte einen Gewinn von 400 Millionen Dollar —, mußte nicht nur die Demütigung ertragen, daß ihr in den vom Fernsehen übertragenen Hearings die Stiftung von 50 000 Dollar als Schweigegelder für die Watergate-Einbrecher nachgewiesen wurde, sondern ist stark in internationale Skandale verwickelt. Ihm wurde von der SEC vorgeworfen, in den letzten drei Jahren auf illegalen Wegen 30 Millionen Dollar an ausländische Mittelsmänner verstreut zu haben. 3,4 Millionen davon gingen an Adnan Khashogi, einen Playboy und Waffenhändler aus Saudiarabien, der Northorp half, *F-5* Düsenkampfflugzeuge an Saudi-Arabien zu verkaufen. Vier Millionen, deren genaue Verwendung nicht ermittelt werden konnte, wurden im Iran im Zusammenhang mit der Errichtung eines umfassenden Kommunikationsnetzes ausgegeben. Die Einschaltung von Mittelsmännern ist nach Ansicht eines Pentagonberichts gang und gäbe, „bis zur Zahlung substantieller Summen an Personen in hohen Stellungen". Aber die SEC bewertet dies nicht als Selbstverständlichkeit.

Gulf hat Millionen über eine fiktive Tochtergesellschaft in Nassau auf den Bahamas geleitet; Northrop hat Konzerngeld in Geheimfonds über seinen Pariser Berater verwandelt. Baron von Münchhausen könnte neidisch werden über den Einfallsreichtum der Fluggesellschaft Braniff Airways, die beschuldigt wird, in Mittel- und Südamerika in den letzten vier Jahren fast eine Milliarde Flugbillets verkauft zu haben, die nirgends eingetragen waren. Der Phillips Petroleum Company werden raffinierte Bestechungsmethoden nachgesagt, aber wo diese angewandt wurden, ist nicht bekannt. Der Vorsitzende von Exxon, der größten Aktiengesellschaft der Welt (inzwischen größer als General Motors), J. K. Jamieson, hat politische Geldzuwendungen in Kanada und Italien zugegeben, woraufhin Mobil Oil dasselbe tat. Ashland Oil Inc. hat sich vor Gericht verpflichtet, illegale politische Zahlungen im Ausland zu unterlassen, die die Gesellschaft in Höhe von vier Millionen Dollar entrichtet haben soll. Die Börsenkommission kann Gefängnis- und Geldstrafen gegen die Konzerne und ihre Spitzenmanager beantragen. Sie kann sich auch damit abfinden, die Meldepflicht für zweifelhafte Auslandsmanipulationen zu verschärfen. Noch weiß man offenbar in der fünfköpfigen Kommission selbst nicht, wie weit man gehen will.

Höchst: „Putsch wurde glänzend durchgeführt"

Auszüge aus einem Bericht der Quimica Hoechst Chile an die Muttergesellschaft (Farbwerke Hoechst AG) in der BRD

Gerencia

Farbwerke Hoechst AG
Postfach 80 0320
6230 Frankfurt/Main 80

Betr.: Regierungswechsel in Chile

Der so lange erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden. Am 11.9. morgens um 8 Uhr kreisten ... (es folgt eine kurze Schilderung der Putschereignisse).

Am 13.9. abends stand bereits einweandfrei fest, daß der Staatsstreich mit relativ geringen Verlusten an Material und Menschenleben – wir schätzen 2 - 3.000 Tote – gelungen war . . .

Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde . . .

Soviel sich aus den ersten Aktionen und Mitteilungen der Militär-Junta entnehmen läßt – wir schließen dies auch aus anderen uns bekannten Quellen – wird diese eine Politik verfolgen, die zwischen dem brasilianischen und dem peruanischen Modell liegt, wobei die Sympathien weit mehr nach Brasilien tendieren, während das Erbe der Volksregierung nolens volens zu einer gewissen Ausrichtung nach dem peruanischen Vorbild zwingen wird . . .

Wenn die „Volksregierung" auch in den drei Jahren ihrer Existenz das Land in jeder Hinsicht – moralisch, wirtschaftlich und sozial – in Grund und Boden gewirtschaftet hat, so sind wir, was die Regenerierungsfähigkeit des chilenischen Volkes und damit auch der Wirtschaft des Landes anbelangt, durchaus optimistisch. Wir sind überzeugt davon, daß sich Chile unter einer energischen, autoritären und intelligenten, nicht von Politikern, die nur ihren Parteiinteressen dienen, beeinflußten Führung sehr bald erholen wird. Die Substanz des Volkes ist eine der besten Lateinamerikas; das hat auch der wirklich heroische Widerstand der Zivilbevölkerung und ganz besonders der chilenischen Frau gegen das marxistische Regime bewiesen. Chile gehört heute zu den wenigen Ländern der Erde, die gegen den marxistischen Virus geimpft sind und die daher für längere Zeit eine politische Stabilität erwarten lassen. Neun Jahre sozialistischer Regierung – wir rechnen die sechs Jahre der Präsidentschaft Frei mit hinzu – haben das Land andererseits in sozialer Hinsicht stärker weiterentwickelt als der größte Teil der Länder der westlichen Welt und die letzten Überreste einer feudalen Epoche zum Verschwinden gebracht. In wirtschaftlicher Hinsicht ist diese Entwicklung von besonderem Gewicht, da die Konsumkraft des Arbeiters auf dem Land und in der Stadt stark gewachsen und zu einem wichtigen Faktor der Wirtschaft geworden ist. Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt sein . . .

Wichtig erscheint uns auch die günstige Entwicklung des Kupferpreises, des weitaus wichtigsten Exportartikels des Landes. Unter normalen Umständen würde Chile heute über ein Exportvolumen von über US $ 2 Mrd. gegenüber einem Importbedarf von nur US $ 1,2 – 1,4 Mrd. verfügen. Wenn es der Militärregierung gelingt, die Kupferproduktion wieder anzukurbeln, dürfte sich die Devisenlage des Landes sehr bald günstig gestalten.

Die nächsten Wochen werden der Militärregierung schwere Probleme bringen. Wir schätzen, daß noch ca. 25 % der erwachsenen Bevölkerung, dies sind immerhin eine Million Personen, von denen die Hälfte in Santiago lebt, mit dem Regierungswechsel in keiner Weise einverstanden sind und bei denen sich immer noch ein stattliches Arsenal von Waffen befinden dürfte. Es ist daher noch für längere Zeit mit Sabotageakten aller Art zu rechnen und eine tatsächliche Beruhigung der Situation wird noch lange nicht eintreten. Drei Jahre Hetzpropaganda und Gehirnwäsche nach den modernsten psychologischen Methoden können nicht in wenigen Tagen oder Wochen wieder ausgelöscht werden.

Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente. Das Regime hat sich wie kein anderes durch Korruption, Sektierertum, Unfähigkeit und Präpotenz ausgezeichnet. In diesen drei Jahren ist wirklich nichts Positives geschafft worden, aber dafür wurden dem Volk Versprechungen gemacht, die unerfüllbare Ambitionen und Wünsche hervorriefen und zwischen den Chilenen wurde Haß und Zwietracht in nie gekanntem Ausmaß gestiftet.
Das günstige Bild, das Allende im Ausland genossen hat, ist der geschickten Propaganda seiner „Volksregierung" zu verdanken.
Mit freundlichen Grüßen

p.p.QUIMICA HOECHST CHILE
LTDA

gezeichnet:
(Name war nicht zu identifizieren)

Schuldverschreibungen finden dann Käufer, wenn der garantierte Zinssatz „interessant", also hoch genug ist.

Lieferantenkredite
Lieferantenkredite stellen eine Form der Privatinvestitionen dar, die durch Liefergeschäfte mit Zahlungszielen zwischen 6 Monaten und 10 Jahren zustande kommen. Wenn z.B. die Firma Siemens Anlagen nach Indien verkauft und mit dem indischen Abnehmer die Vereinbarung trifft, daß der Kaufpreis erst in zwei Jahren zu entrichten ist. Dieser an ein Liefergeschäft gekoppelte Kredit der Firma Siemens ist ein Lieferantenkredit und wird ebenfalls als Privatinvestition bezeichnet. Selbstverständlich läßt sich Siemens diesen Kredit „ordentlich" verzinsen während dieser zwei Jahre. Die Lieferantenkredite (auch Exportkredite genannt) spielen im Wirtschaftsverkehr mit der Dritten Welt eine große Rolle, weil die Abnehmer der betreffenden Waren den Kaufpreis häufig nicht gleich bezahlen können.
Ein sehr großer Anteil der Verschuldung der Entwicklungsländer besteht aus solchen Liefernatenkrediten.

6. Schlußbemerkung
Es wurde das Problem der ausländischen Unternehmen in der Dritten Welt sicherlich nicht umfassend abgehandelt. Stattdessen wurde neben verschiedenen einführenden Informationen eine Auseinandersetzung um weitverbreitete Urteile/Vorurteile geführt (Kritik an 4 gängigen Behauptungen).
Dabei zeigte sich, daß solche „allgemein anerkannten" Meinungen doch eine sehr sorgfältige Überprüfung verlangen. Vielfach kommen sie dadurch zustande, daß man nur sehr oberflächlich und/oder kurzfristig analysiert (z.B. Kapitalzufluß und -abfluß in kurzfristiger und langfristiger Sicht). Immer muß man sehr kritisch die Frage stellen, wem denn einzelne Auswirkungen der multinationalen Konzerne zugute kommen und wem nicht: den armen Massen, die eigentliches Ziel von Entwicklung sein sollten oder den kleinen herrschenden Schichten (z.B. Produktion von Sportwagen oder von billigen Kleidern). Gemessen am Maßstab einer Verbesserung des Lebensniveaus der armen Massen bleibt über die multinationalen Konzerne im wesentlichen nur Negatives zu berichten.

7. Einige Literaturhinweise

- Otto Kreye (Hrsg.), Multinationale Konzerne, München 1974
- Steven Hymer, Multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung, S. 201-239, in: D. Senghaas (Hrsg.) Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt 1972;
  In diesem Band findet sich am Schluß ein ausführliches Literaturverzeichnis zum Thema „Multinationale Firmen"
- Anthony Sampson, Weltmacht ITT, Reinbek 1973
- Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg, unter Mitarbeit von E. Meueler und K.F. Schade, Deutsche Firmen in der Dritten Welt, in: E. Meueler (Hrsg.) Unterentwicklung, Band 1, S. 221-277, Reinbek 1974

Im übrigen findet man in der Tagespresse viele wichtige Beiträge, wenn man sich erst einmal einige grundlegende Beurteilungskriterien angeeignet hat.

Anmerkungen
1) Wahrscheinlich liegt der Betrag in Wirklichkeit um einiges höher, weil die reinvestierten Gewinne sowie die über Finanzgesellschaften der multinationalen Konzerne (die in den sog. Steueroasen ansässig sind, also in Luxemburg, Niederländisch Antillen, Bermuda etc.) getätigten Auslandsinvestitionen normalerweise nicht bzw. nicht vollständig erfaßt werden.
2) Die Frage, in welchem Sinne die Entwicklungsländer unter „Kapitalknappheit" leiden, soll hier nicht ausführlich, sondern nur ganz kurz erörtert werden: Wenn man dabei „Kapital" als „privates Erwerbsvermögen" versteht, mag es richtig sein, die Dritte Welt als „kapitalarm" zu bezeichnen. Wenn man aber die Frage gründlicher stellt und nicht von vornherein auf eine bestimmte Wirtschaftsordnung bezieht, wird man zu anderen Ergebnissen kommen. Dann heißt die Frage nämlich so: welches sind die vorhandenen produktiven Kräfte eines Landes? Die entscheidende produktive Kraft ist die menschliche Arbeitskraft. Auch Maschinen, Gebäude und Werkzeuge entstehen letztlich durch menschlichen Arbeitseinsatz. Und Arbeitskraft ist in der Dritten Welt sehr reichlich vorhanden. Nur sind dort die gesellschaftlich herrschenden Klassen nicht bereit oder in der Lage, die vorhandene Arbeitskraft zu einem produktiven Einsatz zu bringen. Und dann gibt es Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Elend. Nur in wenigen nichtkapitalistischen Ländern wurde bisher die menschliche Arbeitskraft voll zum produktiven Einsatz gebracht (z.B. in China). Diese I. Behauptung über die Privatinvestitionen bezieht sich also nur auf Entwicklungsländer mit privatwirtschaftlicher Ordnung; aber auch dort trifft die Aussage nicht zu (s.o.).
3) Vgl. Lateinamerikanische Modelle der Investitionspolitik, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 12/1971, S. 16
4) Vgl. H. D. Boris, Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften, in: Das Argument, Heft 38, 1966, S. 191
5) Erweiterungsinvestitionen dienen dem Ausbau von schon bestehenden Unternehmen. Die ausländischen Firmen fangen in der Dritten Welt häufig klein an und bauen dann immer weiter aus.
6) Das Schaubild ist entnommen dem Buch: R. H. Strahm, Industrieländer – Entwicklungsländer, Freiburg, Nürnberg 1972, S. 94. Die Zahlen stammen aus:D. Schumacher: Erträge aus Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, in: Wochenbericht 22/1972 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
7) Es gibt verschiedene Arten der Gewinnrückführung, offene und verdeckte. Die bekannteste (und wirksamste) Form der verdeckten Gewinnrückführung zugunsten der Konzernzentrale ist die Manipulation der sog. T r a n s f e r p r e i s e. Das sind die Preise für Warenbewegungen innerhalb des Konzerns (zwischen Muttergesellschaft und Tochtergesellschaften sowie zwischen Tochtergesellschaften). Werden z.B. von der Muttergesellschaft für eine Warenlieferung an eine Tochtergesellschaft stark überhöhte Preise in Rechnung gestellt, so eignet sich die Zentrale auf diese Weise verdeckt Gewinnteile der Tochtergesellschaft an. Durch solche Tricks können die multinationalen Konzerne auch Bestimmungen unterlaufen, die Gewinnrückflüsse aus Entwicklungsländern staatlicherseits beschränken wollen. (Solche Gesetze existieren in den meisten Ländern der Dritten Welt).
8) Die Eigentümer (Aktionäre) der Muttergesellschaft haben auch ein Anrecht auf die Gewinne der Töchter, denn diese sind ja Eigentum der Mutter.
9) Die Zahlen sind dem in Anmerkung 6) aufgeführten Beitrag von D. Schumacher entnommen. Unseres Erachtens ist allerdings der dort genannte Betrag für den Kapitalexport (4,3 Mrd. DM) in Wirklichkeit höher.
10) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom
11) Vgl. Business Latin America vom 15.1.70
12) Vgl. Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg, (Hrsg.), Konzerne der BRD in Brasilien, 1971, S. 5
13) So berichtete die brasilianische Zeitung „O Globo" in ihrer Ausgabe vom 27.1.1973; hier zitiert nach der „Brasilianischen Informationsfront", 4/1974
14) Längerfristig wirksame Konkurrenz (Wirksam für den Verbraucher!) setzt annähernd gleichstarke Konkurrenten voraus.
15) Kurt Biedenkopf hat diesen Sachverhalt einmal so ausgedrückt: „Entstehen in einem Entwicklungsland mit der Industrialisierung sogleich oligopolitische Marktstrukturen, so können die Vorteile eines durch Wettbewerb bestimmten offenen Marktes nicht zur Geltung gelangen. Dem marktwirtschaftlichen System wird von vornherein die Chance der Bewährung versagt". (aus: FAZ vom 12.8.1972).
16) Vgl. Multis entzweien brasilianisches Kabinett, in: Süddeutsche Zeitung vom 5.6.75
17) Vgl. W. Hoffmann: Die Ärmsten gingen leer aus, in: Die Zeit vom 30.3.73
18) Obwohl dabei auf einen guten Teil von Entwicklungen und Erfahrungen, die in China und Nordkorea und Nordvietnam gemacht wurden, zurückgegriffen werden könnte.
19) Vgl. North American Congress on Latin America (Hrsg.), NACLA-Newsletter, Dez. 1969
20) Um diesen Betrag zu errechnen, teilt man den WErt der ganzen Fabrikanlage (Maschinen, Gebäude, Boden) durch die Anzahl der neuen Arbeitsplätze. Dann kommt man im Durchschnitt auf DM 65 000. Die Kosten der Ausbildung der Arbeitskräfte sind in diesem Betrag nicht berücksichtigt.
21) Der Konzern United Brands ging 1970 aus dem Zusammenschluß von AMK Corporation und United Fruit Co. hervor. United Brands vertreibt seine Bananen in Europa unter dem Namen „Chiquita".

'aus: iz3w: Abhängigkeit der Dritten Welt, Freiburg 1975

Siemens – auch in Argentinien oder: wie das Kapital internationaler Konzerne in der Dritten Welt «arbeitet»

Vorbemerkung:

1954 wurde ein Vertrag zwischen dem argentinischen Staat und den beiden Elektro-Konzernen Siemens und Standard Electric geschlossen, wonach Standard Electric 60 % und Siemens 40 % aller Aufträge im Zusammenhang mit dem Ausbau des argentinischen Telefonnetzes erhalten sollten. Auf dieser Grundlage vergab die staatliche Telefongesellschaft ENTel 1968 an die beiden Konzerne Aufträge über die Errichtung von insgesamt 730.000 Telefonanschlüssen im Gesamtwert von umgerechnet 629 Mill. US-Dollar. 1973 richtete das argentinische Parlament einen Ausschuß ein, der „Unregelmäßigkeiten" untersuchen sollte, die beim Abschluß und der Durchführung der Verträge von 1968 vermutet wurden. Der Untersuchungsausschuß brachte skandalöse Machenschaften der beiden Konzerne in einem solchen Umfang ans Tageslicht, daß das Abgeordnetenhaus einstimmig die Annullierung der Verträge beschloß.

Der Bericht des Untersuchungsausschusses gehört zu den wenigen Dokumenten, in denen konkretes Material über das Vorgehen imperialistischer Unternehmen und deren Zusammenarbeit mit Regierungen von Ländern der 3. Welt geliefert wird. Wir nehmen dies zum Anlaß, einmal umfassender über eines der mächtigsten Monopole in der Welt, seine Entwicklung und Vorgehensweise sowie über die Bedeutung und Durchführung von „Auslandsaktivitäten" zu berichten.

Die Notwendigkeit kapitalistischer Unternehmen, sich Einflußsphären im Ausland zu sichern

Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurde in den industrialisierten Ländern Westeuropas, in den USA und in Rußland eine immer größere Zahl von Waren produziert, von denen schließlich ein Teil nicht mehr im Inland verkauft werden konnte. Der Zwang, Waren zu exportieren, nahm zu. Gleichzeitig wurde immer mehr Kapital in Geldform angehäuft, das teilweise nicht mehr rentabel, d. h. mit der notwendigen Gewinnspanne, angelegt werden konnte. Der Teil des Kapitalüberschusses, der versprach, im Ausland profitabler angelegt zu werden, wurde exportiert. Dazu kam eine verstärkte Suche nach Rohstoffen, die für die Herstellung industriemäßig produzierter Waren in zunehmendem Umfang benötigt wurden.
Die Suche nach Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Kapitalanlagemöglichkeiten trieb die Unternehmen der kapitalistischen Länder ins Ausland. Hierbei war es gerade für die größten Unternehmen, die bereits eine monopolartige Stellung in ihrem Land erreicht hatten, am meisten Kapital angehäuft hatten und die größe Menge an Waren produzierten, notwendig und möglich, sich Einflußsphären in allen Winkeln der Erde zu sichern.

Ausländische Investitionen in Argentinien – bis zur totalen Beherrschung der nationalen Wirtschaft

In die Expansionsbestrebungen ausländischer Großunternehmen wurde auch Argentinien schon frühzeitig einbezogen. Seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts investierten ausländische Unternehmen in Argentinien, verstärkten den Verkauf von Waren und suchten, die natürlichen Reichtümer des Landes zu möglichst niedrigen Preisen zu erwerben. Auf diese Weise wurde die Industrialisierung des Landes vorangetrieben und die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Argentinien beschleunigt.

Voraussetzung für den Aufbau von Industriebetrieben, für Rohstoffausbeutung und einen schwunghaften Handel ist das Vorhandensein einer Infrastruktur, d. h. von Transportwegen und -mitteln sowie von Energie. Dementsprechend können wir die ersten Investitionen ausländischer Mächte in Argentinien wie in allen Ländern der 3. Welt gerade in diesen Bereichen feststellen, soweit eine ausreichende Infrastruktur noch nicht vorhanden war.
Zunächst wurden die bereits bestehenden Eisenbahnlinien von britischen Unternehmen aufgekauft. Der weitere Ausbau erfolgte mit britischem und französischem Kapital. Von dem Ausbau des Eisenbahnnetzes, das allein zwischen 1890 und 1914 von 12.700 auf 31.000 km erweitert wurde, profitierten neben den privaten und staatlichen britischen Kapitalgebern u. a. die sich entwickelnde britische Schwerindustrie, die einen zusätzlichen Absatzmarkt für alle die Produkte erhielt, die für die Errichtung eines Eisenbahnnetzes erforderlich sind. Später wurden die ausländischen Investitionen auf den Energiesektor und verschiedene andere Dienstleistungsbereiche ausgedehnt: Gas, Elektrizität, Trinkwasserversorgung, städtische Verkehrsmittel, einige Zweige des Handels und des Bankwesens. Von Anbeginn war der Infrastrukturbereich Argentiniens in der Hand ausländischer Unternehmen.
In diese Tradition stellte sich später auch der Siemens-Konzern.

Schließlich legten ausländische Unternehmen ihr Kapital im exportorientierten Landwirtschaftssektor und im industriellen Sektor an, soweit dieser für den Export interessant war (vor allem in der Fleischverarbeitung). Nach Errichtung der erforderlichen Infrastruktur und nachdem im Verlaufe des Industrialisierungsprozesses eine kaufkräftige Mittelklasse entstanden war, ergriff das ausländische Finanzkapital Besitz von immer mehr Bereichen der Produktion, des Bankwesens, des Handels usw. Nach dem 2. Weltkrieg und der endgültigen Verdrängung des britischen Imperialismus durch den US-Imperialismus in der Beherrschung des Welthandelssystems wurde Argentinien, insbesondere seit Mitte der 60er Jahre, den ausländischen Monopolen und hier vor allem US-Monopolen ausgeliefert. 1973 waren von den 50 größten Unternehmen in Argentinien allein 31 in ausländischer Hand, darunter auch die westdeutschen Konzerne Mercedes-Benz und Siemens („Questionario" Nr. 8 v. Dez. 1973).

Siemens – eines der größten und mächtigsten Monopolunternehmen der Welt

Der Siemens-Konzern hat eine lange Geschichte. Und wie bei keinem anderen deutschen Unternehmen ist diese Geschichte von Anfang an mit Auslandsaktivitäten verknüpft.

Die Entwicklung zum Monopol mit Weltrang

Das 1847 als „Telegraphenanstalt Siemens & Halske" gegründete Unternehmen baute bereits 1851 für den russischen Zaren sowie für das britische Königreich Telegrafenlinien und verlegte sie über Land und unter Wasser. 1877 wurden die ersten Telefone produziert.
Als sich infolge der mörderischen Konkurrenz der kapitalistischen Unternehmen untereinander einige Unternehmen mit Monopolstellung herausbildeten – bei gleichzeitiger Vernichtung schwächerer Unternehmen – war Siemens bei den Großen zu finden. Bereits 1910 hatte Siemens zusammen mit der AEG alle wichtigen Unternehmen der Elektro-Industrie niederkonkurriert. Unter der Oberaufsicht der Deutschen Bank trafen die beiden Unternehmen in der Folgezeit immer wieder Abkommen und Kooperationsverträge, um die Konkurrenz untereinander vorübergehend und punktuell auszuschalten und in Ruhe Gewinne zu machen. Auch international mischten die beiden Monopole mit. 1905 schloß Siemens ein Abkommen über die Aufteilung von Einflußbereichen mit dem amerikanischen Westinghouse-Konzern, AEG 1907 mit der ebenfalls amerikanischen General Electric[1] 1928 lieferte Siemens bereits ein Viertel aller öffentlichen Vermittlungseinrichtungen in der Welt (Delius S. 22). Gerade in den 20er Jahren wurde die Zahl der Verkaufsfilialen und Produktionsstätten im Ausland stark erhöht.

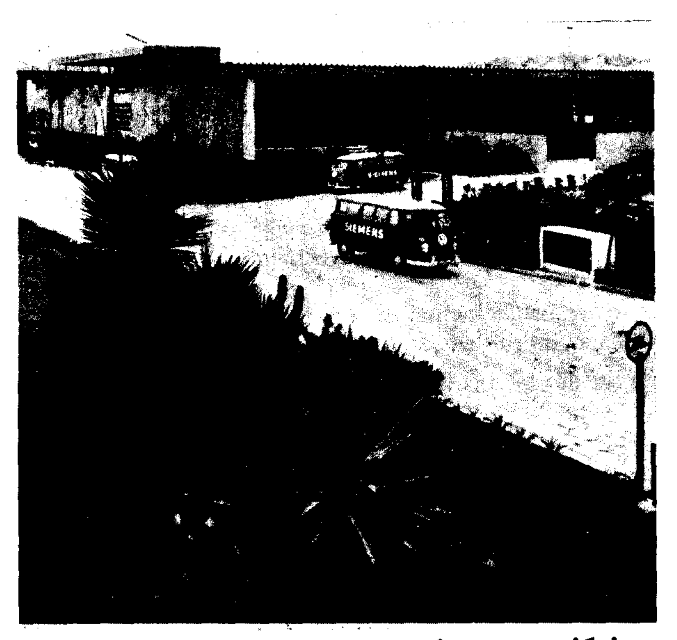
Die Machtstellung von Siemens in der BRD

Der 2. Weltkrieg konnte die Expansion des Siemens-Konzerns nur kurzfristig stoppen und zurückwerfen.
Bereits 1951/52 hatte sich das Unternehmen wieder zu einem mächtigen Monopol entwickelt. Seitdem wuchs und gedieh der Siemens-Konzern stetig. Sein Produktionsprogramm umfaßt mittlerweile die Bereiche Atomtechnik, elektronische Bauelemente, Daten- und Energietechnik, Hausgeräte, Installationsgeräte, Medizinische Technik, Nachrichten-, Rüstungs-, Unterhaltungs- und Verkehrstechnik. 1974 war Siemens mit 309.000 Beschäftigten im In- und Ausland der größte private Arbeitgeber der BRD, der drittgrößte nach der Bundespost und der Bundesbahn insgesamt (SZ 30.8. 75). Umsatzmäßig war Siemens 1974 drittstärkster Konzern der BRD[2]. In der Elektro-Industrie stand Siemens sogar an 1. Stelle vor AEG-Telefunken und Bosch (SZ 30.8. 75). Die immense „Wachstumskraft" dieses Monopols wird besonders daran deutlich, daß der Umsatz zwischen 1960 und 1971 von 4,57 auf 16,4 Mrd. DM stieg[3] und sich die Zahl der Beteiligungsgesellschaften mit mehr als 1 Mill. DM Nominalkapital zwischen 1960 und 1970 von 39 auf 111 erhöhte (IPW S. 93).

Der Aufsichtsrat von Siemens ist der mächtigste der gesamten westdeutschen Industrie. Seine Mitglieder sitzen in den Vorständen und Aufsichtsräten der wichtigsten und mächtigsten westdeutschen Industrieunternehmen, Banken Versicherungen, des weiteren in der Max-Planck-Gesellschaft, der mächtigsten Forschungsgesellschaft in der BRD, im Stifterverband für die Deutsche Wirtschaft sowie im Wirtschaftsrat der CDU. Die Präsidenten der beiden größten BRD-Kapitalistenverbände BDA und BDI, Friedrich und Sohl, sind Aufsichtsratsmitglieder bei Siemens. Insgesamt bestimmen die 12 stärksten Mitglieder des Siemens-Aufsichtsrats entscheidend mit über rund 1/3 des gesamten westdeutschen Industrie-Umsatzes und über etwa 2/5 aller in der Industrie Beschäftigten, wobei die Beschäftigten der von den Monopolen abhängigen Zuliefererbetriebe noch nicht eingerechnet sind (Delius S. 72–74).

Die wachsende Bedeutung des Auslandsgeschäfts

Für die Entwicklung des Siemens-Konzerns hat das Auslandsgeschäft ständig an Bedeutung gewonnen.
Betrug der Anteil des Auslandsgeschäfts (Export der Inlandsbetriebe + Umsatz der Auslandsbetriebe) am Gesamtkonzernumsatz 1960 28,8 % (IPW S. 25), so betrug er 1974 bereits 45,6 % (SZ 30.8.75). Wenn man nur den Umsatz der ausländischen Produktionsstätten nimmt, können wir ein Anwachsen von 8 % Anteil 1955/56[4] auf 19,5 % im Jahre 1971 (IPW S. 25) feststellen.
Die Zahl der Auslandsbetriebe mit mehr als 1 Mill. DM Nominalkapital stieg von 25 im Jahre 1960 auf 72 im Jahre 1970. Gerechnet nach Gesellschaften mit über 50 % Beteiligung des Siemens-Konzerns waren es 1969 sogar 107 Betriebe (IMSF S. 403). Siemens hat damit mehr Auslandsbetriebe als jedes andere Unternehmen der BRD. Nach Angaben von Delius (S. 45) hatte Siemens 1972 54 ausländische Fertigungsstätten, in 52 Ländern eigene Gesellschaften und in weiteren 67 Ländern Vertretungen und Stützpunkte.
Die große Bedeutung von Auslandsproduktionsstätten für die imperialistischen Monopole wird gerade auch daran klar, daß die Zunahme der Beschäftigtenzahl des Siemens-Konzerns von 1973 auf 1974 ausschließlich auf ausländische Siemens-Betriebe entfällt. In diesem Zeitraum stieg die Zahl der Auslandsbeschäftigten um 7.000 auf 88.000 (SZ 30.8.75).



Siemens in Brasilien

Siemens in Lateinamerika

In Lateinamerika hat Siemens in allen Ländern (außer Kuba und Haiti) Fabriken oder Werkstattfertigungen (Delius S. 49), darunter 1970 allein 10 Unternehmen mit einem Nominalkapital von mindestens 1 Mill. DM. Nach dem 2. Weltkrieg investierte Siemens bis Ende 1969 in Lateinamerika rund 250 Mill. DM (IMSF S. 402), vor allem in Brasilien, Argentinien und Mexiko. Über die Kraftwerk-Union, an der Siemens mit AEG-Telefunken zu je 50 % beteiligt ist, ist der Siemens-Konzern im Bereich der Atom-Industrie mit Brasilien groß ins Geschäft gekommen. Die Kraftwerk-Union wird – unter Ausschaltung des US-Konzerns Westinghouse – an Brasilien eine Reihe von Kernkraftwerken liefern.

Siemens' internationale Stellung

Klar, daß ein Monopol von der Größe des Siemens-Konzerns auch international nicht schlecht dasteht.
In der Welt-Rangliste der umsatzstärksten Industrie-Unternehmen stand Siemens 1974 an 22. Stelle, in der Elektro-Industrie sogar an 5. Stelle (unter Einbeziehung von Beteiligungen ab 50 % – SZ 30.8.75). Der Umsatz hat schwindelerregende 20 Mrd. DM erreicht. Bei Fernschreibern z. B. hat Siemens in der BRD 60 % Marktanteil, in allen kapitalistischen Ländern zusammen 30 % (IPW S. 71).
In der europäischen Elektro-Industrie steht Siemens hinter dem niederländischen Philips-Konzern an 2. Stelle (SZ aaO).

Imperialistische Konzerne wie Siemens behindern die Entwicklung der nationalen Wirtschaft der Entwicklungsländer

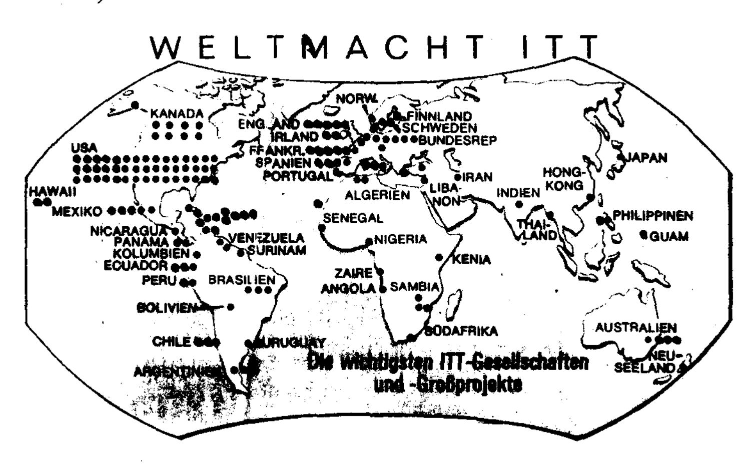
Mit welchen Methoden ein Unternehmen wie Siemens zu seiner „Größe" gelangen kann, soll im folgenden am Beispiel der Siemens-Tochterfirma „Siemens Argentina S. A." gezeigt werden.
Dabei wird zum großen Teil aus einer Artikelreihe in der argentinischen Zeitung „Cronista Comercial" vom 10., 17. und 19.6.74 zitiert – in Kursiv –, in der die Ergebnisse der Arbeit des 1973 vom argentinischen Parlament eingesetzten Untersuchungsausschusses zusammengefaßt werden. Der Untersuchungsausschuß ging den Machenschaften von Siemens und des amerikanischen Elektro-Konzerns Standard Electric im Zusammenhang mit Aufträgen des argentinischen Staates 1968 nach. Die Zitate haben wir einem Abdruck der Artikelreihe in den „Beiträgen des Deutschen Komitees zur Unterstützung des Bertrand Russell Tribunals II" (2. Sitzungsperiode) entnommen. (im folgenden: Russell . . . .) Die „Beiträge" sind 1975 in Berlin im Selbstverlag erschienen.

Das Beispiel „Siemens Argentina S. A." zeigt, daß sich die imperialistischen Konzerne nicht mit der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft im eigenen Land und der noch „billigeren" Arbeitskraft in den Ländern der 3. Welt zufriedengeben. Sie plündern die Länder der 3. Welt und behindern diese in deren wirtschaftlicher Entwicklung auch dadurch, daß sie ihre Gewinne den nationalen Wirtschaften entziehen und die Staaten mit immer neuen Tricks zu betrügen versuchen, soweit die Regierungen dieser Staaten nicht ohnehin mit ihnen zusammenarbeiten – und dabei gut mitverdienen.

„Siemens Argentina S. A." und „Standard Electric" – mächtige Töchter mächtiger Monopole

„Siemens Argentina S. A." ist ein 100%iges Tochterunternehmen des Siemens-Konzerns, wobei 40 % die Siemens AG in München und 60 % die Siemens-Holdingggesellschaft Siemens Overseas Ltd. in Kanada halten. 1971 war das Unternehmen die 16. größte Produktionsgesellschaft des Konzerns. Es setzte in demselben Jahr 330 Mill. DM um und beschäftigte in 4 Produktionstätten 4.300 Lohnabhängige (IPW S. 70). Umsatzmäßig stand die Tochter des Siemens-Konzerns, der bereits seit 1908 seine Geschäfte in Argentinien betreibet, an 48. Stelle in Argentinien („Questionario aaO). Sie machte ihre Geschäfte vor allem auf dem Gebiet der Telefon- und Telex-Einrichtungen. Siemens kontrolliert zusammen mit dem amerikanischen Unternehmen Standard Electric fast den gesamten Kommunikationsbereich Argentiniens. Das öffentliche Telefonnetz Argentiniens besteht zu 40–50 %, das Telexnetz zu 100 %, die Wasserkraftprojekte zu 50 % aus Siemens-Anlagen. Das erste Atomkraftwerk in Lateinamerika baute Siemens in Argentinien (Atucha).

Standard Electric ist eine 100%ige Tochter des ITT-Konzerns, des 1974 3. größten Elektro-Monopols der Welt. Die Haupttätigkeit des ebenfalls Anfang des Jahrhunderts nach Argentinien gekommenen Unternehmens war zunächst der Import von Telefonausrüstungen. Außerdem gehörte ihm die Telefongesellschaft Union Telefonica del Rio de la Plata (UT).



Die Verträge von 1954

Unter Präsident Peron wurden die Anlagen der UT 1946 vom argentinischen Staat erworben und auf das neugegründete staatliche Telefonunternehmen ENTel (Empresa Nacional de Teléfonos) übertragen. Da Argentinien aber noch keine eigene Elektroindustrie aufgebaut hatte, benötigte es weiterhin telefonische Ausrüstungsgegenstände aus dem Ausland für den weiteren Ausbau des Telefonnetzes, für dessen Modernisierung und Reparatur. 1954 wurde daher (ebenfalls noch unter der Regierung Peron) ein Vertrag zwischen dem argentinischen Staat und den ausländischen Monopolen Standard Electric und Siemens geschlossen, wonach Standard Electric 60 % und Siemens 40 % aller Verträge erhalten sollten, die im Zusammenhang mit dem Ausbau des argentnischen Telefonnetzes zu vergeben waren. Die Verwaltung des gesamten Telefonbetriebes wurde von ENTel übernommen. Um nicht von teuren Importen abhängig zu sein und Devisen für die Importe zu sparen, sollten die Telefon-Ausrüstungsgegenstände von den Monopolen im Land selbst produziert werden. An die Stelle der alten Form der Abhängigkeit trat eine neue, die von den marktbeherrschenden „einheimischen" Unternehmen Siemens und Standard Electric.

Die Verträge von 1968 und die ersten „Unregelmäßigkeiten" bei deren Abschluß

Im Herbst 1968 vergab ENTel an Siemens den Auftrag über die Errichtung von 390.000 Telefonanschlüssen, an Standard Electric einen Auftrag über 340.000 Telefonanschlüsse. Der Gesamtwert dieser Aufträge betrug 220 Mrd. Pesos (= 629 Mill. US-Dollar). Die Verträge wurden von Siemens und Standard Electric sowie von Teilen der inländischen herrschenden Kräfte weidlich zum eigenen Nutzen und zum Schaden des Volkes ausgenutzt.

Die Veröffentlichung der Verträge erfolgte erst am 17.3.69, obwohl sie noch 1968 unterzeichnet worden waren.
„Der Ex-Wirtschaftsminister Krieger Vasena verzögerte die Genehmigung der Verträge mit dem Ziel, Kredite aus dem Ausland im Wert von 25 Millionen US-Dollar und 80 Millionen DM zu erhalten. Dieses Geld wurde jedoch nicht für das Telefonprojekt verwendet, sondern um das Loch in der Staatskasse zu stopfen. Diese Geldübertragung war ungesetzlich, so daß sich niemand öffentlich dafür verantwort-

lich zeigen wollte. Man erfand deshalb für diesen Zweck eine spezielle juristische Figur: die ‚Geheimverordnung' (decreto reservado). Die Gelder wanderten mittels dieses geheimen Erlasses, der nirgends veröffentlicht wurde und erst bei dieser Untersuchung ans Licht kam, vom Telefon in die Staatskasse. Auf diese Weise blieb ENTel ohne Geld, so daß die Verträge nicht realisiert werden konnten. ENTel mußte auf kurzfristige Kredite im In- und Ausland zurückgreifen und dafür hohe Zinsen zahlen. In einigen Fällen boten sich die Vertragsunternehmen selbst als Vermittler an, um diese Kredite bei angeschlossenen Finanzgesellschaften aufzutreiben. Damit dies möglich wurde, vernichtete man einige Blätter des ursprünglichen Vertrages und erstellte neue, wobei einige Zeilen freigelassen wurden für den Fall, daß noch weitere Veränderungen notwendig werden sollten – und man setzte die Unterschriften verschiedener Personen, die außerhalb des Landes waren, unter den Vertrag.

Der Vertrag über den Staudamm ‚El Chocón' wurde nach 20 Jahren technischer und wirtschaftlicher Studien abgeschlossen. Die Telefonverträge wurden ohne jedliche Vorstudien oder Untersuchungen abgeschlossen. Die Preise, die 1968 veranschlagt wurden, basierten nicht auf einer Kostenrechnung. Als die Verträge der Öffentlichkeit übergeben wurden, (nachdem sie von einem geheimen Gesetz von Präsident Ongania angenommen worden waren) erschienen nur die formalen Aspekte, nicht jedoch eine Kostenaufstellung über die notwendigen Geräte, Kabel, Arbeitskräfte usw., die ENTel kaufen mußte. Da ENTel nicht über diese Informationen verfügte, übergab ihnen die Firma Siemens eine Kopie der Kostenaufstellung. Diese Liste wurde für die Berechnung der Preise verwendet, die ENTel an die Vertragspartner zahlen mußte. Die Listen enthielten ‚Irrtümer', die sich immer günstig für Siemens auswirkten.

Aber die Preismanöver hörten da noch nicht auf:
Da ein Kostenvoranschlag des Gesamtprojekts fehlte, verkauften die Unternehmen praktisch alles zu überhöhten Preisen an ENTel. Das ergab sich aus einem Vergleich der Preise, die ENTel einerseits für den Import von benötigten Geräten und Anlagen bezahlte und die andererseits die beteiligten Unternehmen für die gleichen Geräte zu zahlen hatten. Resultat: ENTel bezahlte 30–20 % mehr als die privaten Gesellschaften, für das gleiche Produkt!!!

Die Verträge verpflichteten die Unternehmen, einen Großteil ihrer Teile im Land selbst zu produzieren. Siemens zu 75 % und Standard zu 85 %. Der Ex-Minister Borda wies auf die Bedeutung hin, die diese für die Entwicklung der nichttraditionellen Industrie des Landes haben würde, sowie auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und fügte hinzu: ‚Bis zum jetzigen Zeitpunkt wurden nur 50 % der Materialien im Land produziert.' In einem Vertrag von 1960(!) hatte Standard jedoch versprochen, die gesamten notwendigen Ausrüstungsgegenstände ab 1963 im Land zu produzieren, d. h. der Minister gab falsche Zahlen an, nur um den Unternehmen mehr Importe als notwendig zu ermöglichen ....

Im Falle von Siemens wurde ein Zusatzvertrag unterzeichnet, in dem ENTel das Vermittlungssystem ESK (Edelmetall-Schutz-Kontakt) statt des besseren EMD (Edelmetall-Motor-Drahtwähler, d. Übers.) annahm. Welchen Vorteil hat das ESK-System? Vom technischen Standpunkt ausgesehen: Keinen!! Die Bundespost der BRD und die Telefongesellschaft Großbritannien hatten das System in früherer Zeit zurückgewiesen, weil sie es für ihre jeweiligen Telefonsysteme als ungeeignet betrachteten. Aber dafür war ein Vermittlungssystem, das auf ESK-Basis aufgebaut wurde, um rund 22 % teurer als ein entsprechendes auf EMD-Basis. Die einzige „Besonderheit" des ESK-Systems war, daß es eine höhere Importrate erlaubte als ursprünglich vereinbart worden war. Auf diese Weise mußte das Land 50 % mehr Devisen zahlen, als anfangs vorgesehen war.

Alle diese Faktoren helfen, eine der Hauptunregelmäßigkeiten der Verträge zu verstehen: Der Weg, den sie in der Verwaltung liefen! Die Verträge wurden außerhalb der Vorschriften der nationalen und öffentlichen Buchführungsgesetze abgeschlossen; man entzog sie der Kontrolle des nationalen Rechnungshofes. Man versuchte sogar sie einer juristischen Überprüfbarkeit durch das Verwaltungsgericht zu entziehen. Dies erreichte man, indem man ihnen den Charakter eines nationalen Gesetzes gab. Es gibt keinen zwingenden Grund einen Werkvertrag mittels eines Gesetzes anzunehmen. Man macht Gesetze für allgemeine nicht für besondere Fälle. Auf diese Weise war man verpflichtet, ein anderes Gesetz zu verabschieden, um die Verträge aufzuheben." (Russell S. 53–55)

Carlos Gallo, der Präsident des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, stellte fest:
„Bedauerlicherweise hat die zweideutige und unpräzise Form des Vertrages, zusammen mit dem Mangel an technischen Studien, bestimmt, daß der vorgesehene Nutzen für die Gemeinschaft sich in einen übermäßigen Nutzen für die Multinationalen Konzerne verwendete. Von alledem, was der Minister damals in seiner Rede behauptete, wurde ausschließlich die Verpflichtung von ENTel erfüllt, die Vertragssumme zu bezahlen." (Russell S. 55)

Ausnutzung fehlender Kontrollen zum Warenschmuggel

Ein weiteres Mittel der Profitmacherei und Schädigung der nationalen Wirtschaft war das Ausnutzen der Zollfreiheit und der daraus folgenden fehlenden Kontrolle der Importe von Ausrüstungsgegenständen, die für die Erfüllung der Aufträge von ENTel benötigt wurden, zu einem schwunghaften Schmuggel von Waren, die frei verkauft wurden. Auf diese Weise konnten die ausländischen Unternehmen ihren Warenexport nach Argentinien steigern und die entsprechenden argentinischen Betriebe in deren Absatzchancen beeinträchtigen. Zum Teil exportierten die ausländischen Konzerne die so eingeführten Waren wieder und strichen dabei noch die Steuerrückerstattungen und Exportsubventionen ein.

„Es handelt sich dabei um einen Punkt, für den die strikte Kontrolle der beschafften Güter aus verschiedenen Gründen von großer Bedeutung ist; insgesamt geht es darum, sicherzustellen, daß keine Produkte eingeführt werden, die im eigenen Land hergestellt werden können, daß die gezahlten Preise den jeweiligen Produktionskosten entsprechen und daß die Endprodukte die festgelegte Proportion zwischen lokaler und ausländischer Produktion wahren. Alle diese Kontrollen waren mit schwerwiegenden Fehlern behaftet oder existierten überhaupt nicht.

Ein weiterer Irrtum war, die Funktionsweise der Unternehmen Standard und Siemens ohne Berücksichtigung ihrer Abhängigkeit von den jeweiligen Muttergesellschaften zu betrachten. Das hieß: man legte Kriterien an, die auf der Voraussetzung beruhten, daß die Unternehmen eher ihre Produktionskapazitäten erhöhen als importieren würden. In ähnlicher Weise ging man von dem Grundsatz unternehmerischer Rationalität aus, demzufolge ein Unternehmen beim Einkauf keine Preise zahlen dürfte, die über dem Niveau der internationalen Marktpreise liegen. Die Untersuchung zeigt dagegen auf, daß das Verhalten eines unabhängigen Unternehmens sich grundlegend von dem einer

Filiale eines Multinationalen Unternehmens unterscheidet. Im letzteren Fall plant das Unternehmen seine Geschäfte weltweit; wobei es rentabel erscheinen kann, die Produktion eines Tochterunternehmens zugunsten von anderen einzuschränken. Das heißt: daß Profite eines Multinationalen Unternehmens sich nicht aus der einfachen Summe derjenigen Filialen ergeben, sondern daß die Gewinne auf der einen Seite mit Verlusten auf der anderen ausgeglichen werden.

Im Hinblick auf die Import erlaubt die grobe Beschreibung der Mechanismen eine Klärung:

1. *Zunächst baten die Unternehmen ENTel um die Aufstellung von Ausrüstungsgütern ausländischer Herkunft. Die staatliche Gesellschaft übernahm den Import. Bei diesen Gütern handelte es sich sowohl im Falle von Siemens wie bei Standard um Produkte der jeweiligen Muttergesellschaften oder beteiligter Unternehmen.*
2. *Auf der Grundlage dieser, den Unternehmen zur Verfügung gestellten Aufstellung verschuldete sich ENTel in Devisen, um die verlangten Güter zu erwerben. Die von ENTel gezahlten Preise wurden in keiner Weise kontrolliert. Ebensowenig stellte man sicher, daß die Unternehmen die besagten Güter zur Ausstattung von Telefonzentralen verwandten und nicht für andere Projekte.*
   Die Bedeutung der Verschuldung von ENTel wird durch die Tatsache verdeutlicht, daß die Lieferung zu 20 % bar bezahlt und zu 80 % kreditiert wurden, beides völlig in Devisen.
3. *Beim Eintreffen der Güter im Hafen von Buenos Aires übergab sie ENTel an die Vertragsunternehmen. Zu diesem Zeitpunkt wäre das Einsetzen eines Kontrollmechanismus unerläßlich gewesen, um festzustellen, ob die eingetroffenen Güter mit den angeforderten übereinstimmen. Die Untersuchung bewies, daß so eine Kontrolle überhaupt nicht existierte.*
   Daraus folgt, daß die Unternehmen mit ihren Muttergesellschaften die Lieferung anderer als die von ENTel bestellten Güter vereinbarte, und daß diese Güter in gleicher Weise für andere, als in den Verträgen festgelegten Zwecke verwandt wurden. Die Tragweite dieses Sachverhaltes besteht darin, daß für Importe, die die Unternehmen sonst abwickeln, hohe Zölle zu entrichten waren, während die über ENTel getätigten Importe von solchen Abgaben befreit waren. Da keine halbwegs wirksamen Kontrollen existierten, importierten die Unternehmen frei über ENTel und benutzten die Güter zum Verkauf auf ausländischen Märkten, statt sie im Sinne der Telefonverträge zu verwenden.
4. *Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Unternehmen ohne Zollabgaben importierten und dieselben Produkte wieder exportierten, wobei sie für dieses Verfahren noch die Rückerstattung und die Subventionen kassierten, die dem Export nicht-traditioneller Produkte gewährt werden. Dies zeigt die Existenz eines Mechanismus weltweiter wirtschaftlicher Planung auf. Er wird verstärkt, wenn die Nationalstaaten auf die Kontrolle des Wirtschaftslebens verzichten.*
5. *Die importierten Güter wurden von ENTel an die Vertragsunternehmen zur weiteren Verwendung übergeben. Praktisch handelte es sich um einen zinslosen Kredit der staatlichen Gesellschaft gegenüber den lokalen Zweigunternehmen.*
   Umgekehrtes spielte sich jedoch nicht bei den Krediten ab, die ENTel durch die Muttergesellschaften der in unserem Lande angesiedelten Unternehmen gewährt worden waren. Das hieß: ENTel mußte eine doppelte Finanzleitung auf sich nehmen, einerseits die Zinszahlung für die Käufe, andererseits die Gewährung völlig zinsloser Kredite.
6. *Die Vertragsunternehmen führten in keinerlei Weise eine Buchhaltung über die in ihrem Besitz befindliche, ENTel gehörenden Güter. Die Existenz solcher Güter erscheint in keinem Geschäftsbericht und keiner Generalbilanz der Unternehmen.*
   Ferner wurde nachgewiesen, daß die Unternehmen eigene Güter und solche von ENTel, durcheinander brachten oder verwechselten, was jede nachträgliche Kontrolle unmöglich machte.
   ENTel übte keine Kontrolle aus über das, was sie den Vertragsunternehmen gab, und diese registrierten nicht, was sie von ENTel erhielten. Angesichts dessen gelangte der Untersuchungsausschuß zu der Schlußfolgerung, daß es unmöglich ist zu wissen, was wirklich ins Land kam, ob die gezahlten Preise korrekt waren, ob es wirklich notwendig war, jene Güter zu importieren, und auf welche Weise diese Güter schließlich verwendet wurden."
   (Russell S. 55–58)

Durch Gewinntransfer und Steuerhinterziehung der ausländischen Unternehmen zur Verschuldung des argentinischen Staates

„Die Untersuchung brachte zum Vorschein, daß Standard durchschnittlich höhere Gewinne aus seinen Verkäufen an ENTel erzielte, als aus dem Rest seiner Operationen. Die Verkäufe an ENTel machten 88 % seines Gewinnumsatzes aus, aber brachten ihm 95 % seiner Gewinne in der Periode 1968–1973 ein. Also verlangte Standard von seinem besten Kunden durchweg höhere Preise als von seinen übrigen Käufern. Eine Situation, die von den Beamten des Staatsunternehmens nie kontrolliert wurde.

Der Bruttogewinn aus den Verkäufen an ENTel im Rahmen der soeben annulierten Verträge betrug: 1969: 36 %, 1970: 45 %, 1971: 38 %, 1972: 43 %, 1973: 53 %. Der aus den anderen Geschäften erzielte Bruttogewinn betrug während der Periode 1968–1973 im Durchschnitt 28 %.

Die Geschäftsführung des Unternehmens zielte darauf ab, die Gewinne der ITT auf internationaler Ebene zu maximieren, nicht jedoch der örtlichen Filiale. Deshalb ergaben die Exporte an angeschlossene Unternehmen beständig Verluste, während Exporte an nicht angeschlossene Unternehmen beständig Gewinne erbrachten. Die Netto-Gewinne werden ab erst ersichtlich wenn die staatlichen Exportprämien für nicht-traditionelle Exporte in die Rechnung einbezogen werden.

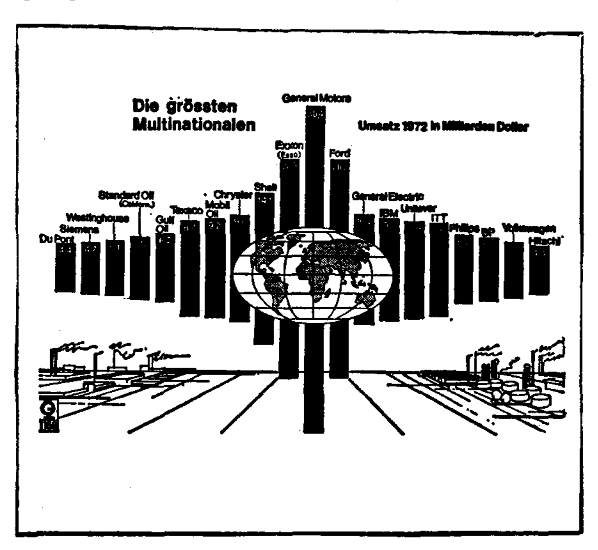
Das Jahr 1971 ist das einzige, in dem die Exporte an ein angeschlossenes Unternehmen spürbare Gewinne erbrachten. Es handelte sich um Verkäufe an die chilenische Filiale der ITT, die in diesem Jahr von der Regierung Allende nationalisiert wurde. Diese Gewinne der Standard Electric Argentina waren also nichts anderes, als ein Mittel, Gewinne in Chile zu vermeiden, wegen der in diesem Land herrschenden politischen Situation. Während der übrigen Jahre wurden für die Exporte der argentinischen Filiale so niedrige Preise berechnet, daß sie als ein Mechanismus zur Transferierung von Überschüssen an das Mutterunternehmen betrachtet werden können.

Die Standard hinterzog Steuern (Gewinn-Umsatzsteuer etc.) im Wert von fast 47 000 000 neuer Pesos (ca. 9 000 000 US-Dollar). Dies sind fast 59 % der eigentlichen Steuersumme.

Bis zum 31. 12. 1972 hatte Standard 10,4 Milliarden alte Pesos (ca. 26 Millionen US-Dollar) in den Bau des Sheraton-Hotels investiert. In seinen industriellen Ausbau investierte

das Unternehmen in der Periode 1967–72 3,8 Milliarden alte Pesos (ca. 9,5 Millionen US-Dollar), was ein Verhältnis von 3:1 zwischen Investitionen in Tourismus und in industriellen Ausbau darstellt. Dieser Umfang von zusätzlichen Investitionen traf mit dem Verkaufen im Gesamtumfang von 100 Milliarden alten Pesos (ca. 250 Millionen US-Dollar) während dieser Periode zusammen.
Trotzdem veränderte das Unternehmen seine Anlagen nicht, um die in den Verträgen geforderten Produktionsquoten zu erreichen. Eine Zielsetzung des Vertrages war, daß die im Lande niedergelassenen Unternehmen notwendige Investitionen unternehmen, damit der größte Teil der Produktion im Land erstellt werden kann. Aber Standard fuhr fort, höhere Importe als im Vertrag festgelegt zu tätigen, und verwandelte sich zunehmend in einen Montagebetrieb für importierte Teile, statt zu einer Produktionstätte dieser Teile zu werden.
Daraus schließt der Untersuchungsausschuß, daß durch das Fehlen von Kontrollen durch ENTel, Standard die Gewinne, die aus dem Vertrag mit dem Staatsunternehmen erzielt wurden, in den Bau des Sheraton-Hotels investieren konnte, und die versprochene industrielle Investitionen vernachläßigte.

Es entwickelte sich auch ein zunehmender Prozeß der Auslandsverschuldung, wobei als Argument die säumigen Zahlungen seitens der ENTel benutzt wurde. Die Gläubiger waren vorwiegend ausländische internationale Banken. Das konkrete Ergebnis dieser Situation ist, daß zusätzlich zur Auslandsverschuldung der ENTel in Höhe von 25 % der Vertragssumme, das Land wegen des vorgeblichen nationalen Produktionsanteils verschuldet ist, denn die Außenverschuldung der Standard ist im Endeffekt eine Verschuldung Argentiniens." (Russell S. 58–60)



Im Hinblick auf Siemens-Argentina faßt „Cronista Comercial" den Bericht des Untersuchungsausschusses zusammen
„Das Unternehmen erzielte aus seinen übrigen Geschäften aus Verkäufen einen Bruttogewinn in der Höhe von 32,5 % während die Gewinne aus seinen Verkäufen an ENTel 44,1 % betrugen."
„Ein Protokollbuch des Vorstandes wurde annuliert, ohne ausdrücklichen Beschluß und ohne Anzeige an die zuständige Behörde; durch interne Rundschreiben wurde angeordnet, bestimmte Belege zu vernichten, um die Untersuchung zu behindern; in Büchern fehlten Seiten und Bögen, die offenbar mit der gleichen Absicht ausgerissen wurden.
Siemens hinterzog Steuern in der Höhe von 20 000 000 neuen Pesos (ca. 3,8 Millionen US-Dollar). Dabei ist die Steuerhinterziehung von Umsatzsteuern noch nicht mit einbezogen, deren Höhe schwer zu schätzen ist, auf Grund der wirtschaftlichen Verbindung Siemens mit der Filiale Electromac S. A."
„Bezüglich der Exporte gelang man zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie im Fall von Standard, was auf einen allgemeinen Mechanismus Multinationaler Unternehmen schließen läßt.
78 % der Exporte von Siemens Argentina wurden an angeschlossene Unternehmen verkauft. Die niedrigen Preise, die bei diesen Exporten in Rechnung gestellt wurden, ergaben Defizite, die durch die Export-Prämien des Staates ausgeglichen wurden.
Diese Schlußfolgerungen des Untersuchungsausschusses wird bestätigt, wenn man die Gewinne aus Exporten an wirtschaft angeschlossene Unternehmen vergleicht, mit denen aus Exporten an nicht angeschlossene Unternehmen. Die Exporte, an nicht angeschlossene Unternehmen ergaben einen Gewinn von 31 %, während die Exporte an andere Filialen der Siemens-Gruppe Verluste von 11,5 % ergeben." (Russell S. 60f)

Annullierung der Verträge und „Argentinisierung" von Teilen der ausländischen Monopole

Eine so detaillierte Enthüllung von Machenschaften und jahrzehntelangen Betrügereien imperialistischer Konzerne ist bisher nur selten erfolgt, weil die Konzerne selbst es weitgehend vermochten, ihre Geschäfte vor Außenstehenden zu verbergen, und außerdem die einheimischen Regierungen von Ländern der 3. Welt oft mit ihnen sogar zusammenarbeiten und von daher auch das Licht der Öffentlichkeit scheuen.
Bereits 1971 wurde innerhalb der FOERA, der Gewerkschaft der Telefonarbeiter, eine gewerkschaftliche Untersuchungskommission gebildet, um die Verträge und ihre Durchführung unter die Lupe zu nehmen. Den wechselnden Militärregierungen unter Onagnia, Levingston und Lanusse gelang es jedoch zunächst, die Untersuchungsarbeit zu behindern. Erst nach dem Abtreten der Militärs aus der Regierung und dem Wahlsieg der Peronisten im März 1973 wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß unter Leitung des ehemaligen FOERA-Gewerkschafters Gallo eingesetzt, der die dargestellten Tatsachen enthüllte.
Der Untersuchungsbericht hat mit großer Wahrscheinlichkeit noch nicht einmal alles ans Tageslicht gebracht. Aufgrund seiner Eindeutigkeit war jedoch das Abgeordnetenhaus – in dem mit Sicherheit auch Mitglieder saßen, die von den Machenschaften im Zusammenhang mit den Verträgen profitiert haben – gezwungen, am 7.6.74 die Annullierung der Verträge einstimmig auszusprechen. Und am 17. Oktober, dem „Tag der Treue" der peronistischen „Bewegung", gab die Präsidentin Isabel Peron die „Argentinisierung" der den Telefonbau betreffenden Teile der beiden Konzerne bekannt.

Die „Argentinisierung" von Siemens und Standard Electric beendet nicht deren Profitmacherei in Argentinien

Von den rechten Peronisten wurde die „Argentinisierung" als „epochemachendes und revolutionäres" Ereignis gefeiert. Ohne Zweifel stellt sie einen Schlag gegen die Herrschaft der ausländischen Konzerne dar, andererseits hat sie aber keineswegs zur Beendigung von deren Monopolstellung auf dem argentinischen Markt geführt.

Die „Argentnisierung" wurde von der Regierung und den sie unterstützenden Teilen der peronistischen „Bewegung"

zu einem großangelegten Propagandafeldzug zur Stärkung der brüchig gewordenen Herrschaft Isabel Perons ausgeschlachtet. In Wirklichkeit sollte sie von weiteren peinlichen Enthüllungen ablenken und weitere Untersuchungen abblocken. Bereits zu Lebzeiten Perons, also noch vor Juli 1974, gab es Geheimverhandlungen mit den beiden Konzernen, die darauf abzielten, eine offizielle juristische Anklage und Bestrafung der Konzerne zu verhindern und eine für alle Beteiligten möglichst günstige Regelung zu finden. Ein Verhandlungspapier ist bekannt geworden. Darin schlägt Standard Electric vor:

a. Anerkennung der Annullierung der Verträge durch Standard Electric
b. Bereitschaft von Standard Electric, bei der Endabrechnung der Verträge 6 Mill. Dollar als Schuld anzuerkennen und abzuziehen (der Untersuchungsausschuß hatte dagegen festgestellt, daß allein die Steuerschuld von Standard Electric mindestens 9 Mill. Dollar beträgt)
c. Möglichkeit für den argentinischen Staat, diese 6 Mill. Dollar auch als 23 %ige Beteiligung an Standard Electric zu erhalten
d. Aushandlung neuer Verträge
e. Aufnahme eines Gewerkschaftsvertreters in den Vorstand von Standard Electric
f. Bildung einer Kommission für das nachträgliche Studium der Preise
g. Technische Hilfe und Kredite an ENTel

Schließlich einigte man sich darauf, diejenigen Konzern-Teile, die den Telefonbau betreffen, in vollem Umfang an den argentinischen Staat zu verkaufen. Siemens und Standard Electric durften damit alle anderen Kapitalanlagen in Argentinien behalten, konnten diejenigen Unternehmensteile, die zum politischen Risiko geworden waren, loswerden und dafür auch noch Geld erhalten und brauchten noch nicht einmal die der nationalen Wirtschaft Argentiniens zugefügten und festgestellten Schäden zu ersetzen.

Die ausländischen Unternehmen sind auf dem Rückzug

Wenn auch die „Argentinisierung" von Siemens und Standard Electric noch nicht Schluß gemacht hat mit der Mo-



Streikende Arbeiter vor der Mercedes-Verwaltung in Buenos Aires

nopolstellung der beiden Konzerne und der Beeinträchtigung des Aufbaus einer nationalen Wirtschaft durch diese, so wird daran jedoch deutlich, daß die ausländischen Monopole in immer größere Schwierigkeiten geraten, ihre Einflußsphären zu halten. Die Bestrebungen der Länder der 3. Welt nach endgültiger Unabhängigkeit von ausländischer Einflußnahme gewinnen immer mehr an Kraft.

So wird auch in anderen Ländern gegen Siemens ermittelt. Vor dem brasilianischen Kartellgericht läuft ein Verfahren, in dem 11 ausländische Elektro-Monopole aus den USA, Japan, Schweden, Italien und und der BRD angeklagt werden, „ein Kartell gebildet und durch illegale Manipulationen einzelne brasilianische Unternehmer sowie die gesamte brasilianische Wirtschaft geschädigt zu haben" (SZ 11.11. 75). Neben General Electric, Brown-Boveri und Westinghouse sind auch Siemens und AEG-Telefunken betroffen. Die 11 Unternehmen sollen das „Brasilianische Institut zum Studium der Entwicklung des Exports schwerer elektrischer Maschinen" in Sao Paulo gegründet haben, dessen Aufgabe es sei, „den brasilianischen Markt unter den Kartellmitgliedern aufzuteilen, den jeweiligen Bestbieter bei öffentlichen Ausschreibungen zu bestimmen, die Preise festzusetzen und einen Kampffonds zu unterhalten, aus dem Dumping-Kampagnen gegen Konkurrenten finanziert werden" (SZ aaO). Vgl. dazu näher „Nachrichten und Kurzberichte – Brasilien" in diesem Heft.

Der Cabora-Bassa-Staudamm, der von einem internationalen Konsortium unter Beteiligung von Siemens erbaut wurde und ursprünglich der Absicherung der Herrschaft der portugiesischen Kolonialmacht und der rassistischen Regimes in Südafrika und Rhodesien dienen sollte, wird nach der Vertreibung der Portugiesen aus Mozambique im Interesse des Volkes von Mozambique genutzt.

Die Zahl der Länder mit „ruhigem politischem Klima", das die imperialistischen Konzerne für ihre Profitmacherei brauchen, wird immer kleiner, die „Arbeit" ihres Kapitals immer risikoreicher.

Auch in Argentinien läßt der Kampf gegen Konzerne wie Siemens nicht nach. Nachdem bereits verschiedene andere ausländische Unternehmen (vor allem US-Konzerne) ihre eigenen Führungskräfte aus Argentinien abgezogen und durch argentnische ersetzt hatten, mußte auch Siemens diesen Schritt vollziehen. Anfang August 1975 gab die Siemens-Konzernleitung in München bekannt, daß die deutschen leitenden Angestellten zumindest vorläufig(!) aus der argentinischen Niederlassung zurückgezogen würden, da diese ständig bedroht würden. Mitte Juli war der zweite kaufmännische Direktor von Siemens Argentina, Belohlawek, von der links-peronistischen Guerilla-Organisation „Montoneros" entführt worden. Für seine Freilassung soll Siemens 5 Mill. DM gezahlt haben (HB u. FR 9.8.75). Das Personal von Siemens-Argentina wurde von Siemens-Niederlassungen in anderen lateinamerikanischen Ländern übernommen. Auch Siemens wird jedoch seine Ausbeutungs- und Ausplünderungstätigkeit in Argentinien deshalb nicht freiwillig beenden, sondern mit argentinischen Mitarbeitern fortsetzen.

Inzwischen mußte Mercedes-Benz ebenfalls seine deutschen Angestellten aus Argentinien abziehen (SZ 10.11.75). Die argentinische Tochterfirma des italienischen FIAT-Konzerns schloß sogar ihre Werke für die Herstellung von Eisenbahnmaterial in Cordoba aufgrund der zunehmenden Kämpfe der Arbeiter in diesen Betrieben um Lohnerhöhung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Anerkennung ihrer gewählten Vertreter (NZZ 25.10.75).

– Wofi –

---

1) F. C. Delius, Unsere Siemens-Welt; Rotbuch-Verlag 5. Aufl. 1975; S. 15 – im folgenden: Delius...
2) gerechnet nach der überwiegend gebräuchlichen Bilanzierungsmethode, bei der Unternehmenstöchter ab 50 % Beteiligung einbezogen werden
3) IPW-Forschungshefte 4/73 S. 25; im folgenden: IPW...
4) Arbeitsmaterialien des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen: „Internationale Konzerne und Arbeiterklasse", 1972, S. 160; im folgenden: IMSF...

Nestlé - Prozeß

In diesen Tagen beginnt in Bern der Prozeß Nestlés gegen die Arbeitsgruppe Dritte Welt in Bern und Zug. Letztere hatten 1974 eine Studie aus dem Englischen übersetzt und dann veröffentlicht, in der die Werbemethoden für künstliche Säuglingsnahrung in Ländern der Dritten Welt kritisch untersucht wurden.
In der Broschüre wird gezeigt, wie immer mehr Mütter in den Entwicklungsländern dazu gebracht werden, vom traditionellen Stillen auf die hochgezüchteten Produkte der westlichen Ernährungsindustrie überzugehen. Die Folgen sind für die Säuglinge fatal: Während Muttermilch einwandfrei, gefahrlos und erst noch gratis ist, brauchen die Ersatzprodukte einen hygienischen Standard (saubere Küchen, sterilisierte Saugflaschen), wie er in der Dritten Welt nur selten anzutreffen ist. Außerdem „strecken" viele Mütter die für sie oft unverhältnismäßig teure Milch: Infektionen, Magen-Darm-Erkrankungen, Unterernährung und, als Resultat, geistige und körperliche Schädigung und Tod sind die Folgen für die Kleinkinder.
Für den verhängnisvollen Trend zur Flasche ist – so die Untersuchung – zu einem großen Teil die gewaltige Werbemaschinerie der Milchkonzerne verantwortlich. Nestlé propagiert ihre Produkte durch einprägsame Radioslogans, verteilt riesige Mengen von Gratismustern unter den jungen Müttern, setzt zur Umsatzsteigerung Krankenschwestern als „Mütterberaterinnen" ein. Sie verteilt Poster für Spitäler als Wandschmuck und versteht es, Ärzte und Spitalpersonal als unfreiwillige Helfershelfer für ihre Werbung einzuspannen.
Die Arbeit erschien daher unter dem Titel „Nestlé tötet Babys". Kurz darauf reichte Nestlé Ehrverletzungsklage gegen die Arbeitsgruppen ein (siehe dazu den ausführlichen Bericht in „blätter des iz3w", Nr. 40, S. 36–38).

Wie hat sich Nestlé inzwischen verhalten?

1) Nestlé sammelt „Beweismittel"
Nestlé hat – mit einer Ausnahme – keine wissenschaftlichen Untersuchungen beibringen können. Sie fabriziert sie daher selber: Zur Zeit führen Nestlé-Leute in den Slums von Lagos eine Untersuchung über das Stillverhalten von Müttern durch, um sie, wie Gewährsleute in Nigeria erfuhren, im Berner Nestlé-Prozeß zu verwenden. Ferner besuchten Nestlé-Angestellte im letzten Winter eine Reihe von Ärzten in Afrika und baten sie um Stellungnahmen, die sie später – natürlich unter Auslassung der sie belastenden Ärztestimmen – dem Gericht einreichten. Als Beweismittel dienen Nestlé ferner eine Reihe von Dankesschreiben für Kindermilch-Gratismuster aus Lambarene und anderen Spitälern.

2) Nestlé unterdrückt Informationsverbreitung
Februar 75: Nestlé Generaldirektor J. Paternot behauptet an der Columbia University Business School (USA) fälschlicherweise, alle Prozessgegner hätten sich Nestlés Vergleichsbedingungen unterworfen und die ganze Sache sei erledigt.

April 75: Nestlé erwirkt eine einstweilige Verfügung gegen einen Ärzterundbrief der Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern. Auf Anfragen der Deutschen Presse-Agentur und etlicher Journalisten erklärt Nestlé, die Presse-Dokumentation der Arbeitsgruppe sei nur „erfunden". So kann Nestlé die Veröffentlichung verschiedener Artikel zunächst verhindern.

3) Nestlé versucht, die Arbeitsgruppe zu verleumden
In seiner Ansprache vor der Aktionärsversammlung 1975 erklärte Liotard-Vogt (Präsident des Verwaltungsrates der Nestlé Alimenta A.G.) in Bezug auf die Arbeitsgruppe in Bern und Zug:

„Um bei einem ähnlichen Thema zu bleiben, haben einige von Ihnen vielleicht von den Angriffen bestimmter Gruppen gehört, deren wissenschaftliche Kenntnisse und Ehrlichkeit in keinem Verhältnis zum Hass stehen, den sie gegen unsere Unternehmung nähren. . . .
Man kann die neue Tendenz nicht genug brandmarken, sich gierig auf jeden Unfall oder Skandal zu stürzen, um ihn zur Freude eines auf solche Nachrichten erpichten Publikums über Gebühr aufzubauschen; und wenn keine Skandale passieren, werden sie eben erfunden. . . .
Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, was Masochismus, Dummheit, Ahnungslosigkeit oder auch die Eifersucht von Versagern gegenüber jenen, die etwas geleistet haben, hervorbringen können."

> Unter den Babies (sc. in Chile), die vor dem dritten Lebensmonat an die Flasche erhielten, gab es **dreimal soviele Tote** wie unter den rein mit der Brust ernährten.
>
> S. Plank & M. Milanesi, Infant feeding and infant mortality in rural Chile, Bulletin World Health Organisation 48, 1973, p. 203
>
> Mindestens 95% der Kleinkinder brauchen keine **Flaschenernährung**, und für die meisten ist sie **sehr gefährlich.**
>
> Arzt aus Ghana, Brief an die Arbeitsgruppe 3. Welt

Was tun die Arbeitsgruppen?
Die Arbeitsgruppen haben bisher umfangreiches Material gesammelt, um die Wahrheit ihrer Behauptungen zu belegen. Einen ersten Erfolg sehen sie darin, daß zwei der bedeutendsten Konkurrenten Nestlés im Kindermilchgeschäft der Dritten Welt, die amerikanische Abbott und die britische Unigate, die Fragwürdigkeit ihrer Werbetätigkeit öffentlich eingestanden und zumindest teilweise eingestellt haben.
Trotzdem benötigen die Arbeitsgruppen, deren Budget rund 300 000-mal kleiner ist als der Rechnungsabschluß des Nestlé-Konzerns, weitere Unterstützung. Sie bitten um Geldspenden oder/und um Weiterverbreitung ihrer Informationen.

Informationsmaterial ist erhältlich bei:

Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern
Postfach 1007, 3001 Bern

Prozeßkonto: Arbeitsgruppe Dritte Welt,
Prozeßkonto Bern, PC – 11163

wawi

Literatur

Anklage gegen Nestlé: BABY-KILLER, in: „blätter des iz3w" Nr. 40, S. 36 - 38
Beuys, B.: Statussymbol Säuglingsflasche, in: dü, 3/75, S. 26 –28
Flaschenpost, Zeitung der Arbeitsgruppe Dritte Welt, Bern

Presse

Die Lage in Angola und ihre Darstellung in der deutschen Presse

Der 11. November 1975 gab der bürgerlichen Presse noch einmal die selten gewordene Gelegenheit, zum herkömmlichen Kolonialismus Stellung zu nehmen, der an diesem Tag in Angola endlich sein Ende fand. Im Zusammenhang damit gingen die Zeitungen natürlich auch auf den gegenwärtigen Bürgerkrieg in diesem Land ein. Auf welch ideologische Weise die beiden Themen von der Presse behandelt wurden, soll im folgenden dargestellt werden.

1. Kolonialismus

a) Beweggründe: wirtschaftliche Ausbeutung erscheint als Kultureller Auftrag

Warum die europäischen Mächte die Völker Asiens, Amerikas und Afrikas zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert militärisch unterwarfen und sich ihre Länder politisch einverleibten, ist inzwischen geklärt: Aus den Hilfsquellen der kolonialisierten Völker waren und sind noch immer riesige Profite zu schlagen, einerseits der großen natürlichen Reichtümer wegen, andererseits aufgrund der hier besonders billigen Ware Arbeitskraft. Sklavenhandel, Plantagenanbau von „Kolonialwaren" in jüngerer Zeit und der Raubbau an den Bodenschätzen durch multinationale Konzerne sind die hauptsächlichen Formen der kolonialen Ausbeutung. Die Europäer haben sie aus einem anmaßenden Sendungsbewußtsein heraus von jeher kulturell verziert und damit zu rechtfertigen versucht – jedenfalls vor sich selbst.

Wer die „Neue Zürcher Zeitung", das angesehene Weltblatt mit der kleinen Auflage (knapp 100 000) und dem ebenso ausführlichen wie fachmännisch-geheimnisvollen Wirtschaftsteil, anläßlich des „Unabhängigkeits"-Tages von Angola gründlich studierte, konnte etwas über diese Ursachen des Kolonialismus erfahren. Allerdings war dazu einige Mühe notwendig, weil entsprechende Informationen verstreut in langen Korrespondentenberichten auftauchten. Das folgende ist aus Artikeln der NZZ vom 10. und 11. November 1975 zusammengesucht:

> In der Hafenbucht Luandas warten ein halbes Dutzend portugiesischer Kriegsschiffe, die die letzten Truppen und den Hochkommissar Cardoso nach Europa zurückbringen werden – dorthin, von wo 1482 im Auftrag des expansionslüsternen portugiesischen Königs der Seefahrer Diego Cao zur Fahrt nach Afrika aufgebrochen war. (...) Die Mehrheit ... der Bantubevölkerung ist zwar in der volkswirtschaftlich nicht einträglichen Landwirtschaft – Hackbau für den Eigenbedarf – tätig.
> Daneben aber gibt es ausgedehnte Plantagenbewirtschaftung für die Exportprodukte Kaffee, Sisal und Baumwolle. Angola ist zudem reich an – zum Teil noch ungenutzten Bodenschätzen. Sein Haupteinkommen zieht es aus der von der amerikanischen Gulf Oil besorgten Erdölförderung in der Enklave Cabinda... Angola könnte zu einem prosperierenden Land werden, obwohl es jahrzehntelang dem Wirtschafts- und Preisdiktat Lissabons unterworfen war...
> (...) Portugals Kolonialkrieg in Afrika wurde weitgehend mit den Öleinnahmen von Cabinda finanziert.

Anders „Die Welt". Im Unterschied zum Schwesterblatt „Bild-Zeitung" ist sie zwar nicht das unmittelbare Kampfblatt der reaktionären Kräfte gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit, dafür ist ihre Auflage (rd. 230 000) zu niedrig, aber eine von „14 europäischen Spitzenzeitungen...: der Demokratie verpflichtet, führend in der geistigen Auseinandersetzung, gelesen von der Elite" (Selbstanzeige) stellt sie quasi das Zentralorgan, das ideologische Flaggschiff des Springer-Konzerns dar, wo dessen Politik am deutlichsten – vorbildlich für die anderen Springer-Blätter – zutage tritt. Am 12.11. schreibt ein gewisser Rolf Görtz in der „Welt":

> Der Jahrhunderte währende Versuch Europas ..., sich der afrikanischen Welt mitzu teilen, versinkt – wie eins im Kongo – auch in Angola im Blut aberwitziger Kämpfe, ausgetragen auf den Trümmern einer gescheiterten Kolonialmacht.

Außerdem wird im gleichen Artikel der ehemalige portugiesische Überseeminister ausführlich und kritiklos zitiert, der vor acht Jahren gesagt hatte:

> Wir bleiben in Afrika, weil wir zwischen dem Rassenhaß der Weißen im Süden und der Schwarzen im Norden eine Pufferzone des Verständnisses bilden wollen, aus der sich später vielleicht einmal eine Politik der Gemeinsamkeit entwickeln kann.

Nach Hinweisen auf die wirtschaftlichen Ursachen des Kolonialismus sucht man in der „Welt" vergeblich. Sie schwindelt den Lesern vor, daß nicht Habgier, sondern ein uneigennütziges kulturelles Mitteilungsbedürfnis, nicht der lockere Profit, sondern der edle Drang, zwischen den Rassen vermitteln zu wollen, zum Kolonialismus geführt haben. Das ist der teils naive, teils dünkelhafte abendländische Missionseifer, mit dem seit jeher der Kolonialismus gerechtfertigt wird

b) Soziale Verhältnisse: Elend erscheint als Idylle

Es ist ebenfalls kein Geheimnis mehr, daß die Europäer in den Kolonien Klassengesellschaften errichteten, deren krasse soziale Gegensätze entlang der Trennungslinie zwischen den Rassen verlaufen. Einer dünnen schmarotzenden Oberschicht weißer Kolonisatoren steht die Masse der einheimischen Bevölkerung gegenüber: verarmte Bauern und ein im Entstehen begriffenes farbiges Industrieproletariat, das noch untertroffen wird vom gänzlich verelendeten und entwurzelten Subproletariat der arbeitslosen Slumbewohner in den Randzonen der großen Städte. Auch auf diese Verhältnisse weist die NZZ in ihrer Berichterstattung zu Angola wenigstens andeutungsweise hin:

> Angola könnte zu einem prosperierenden Land werden, obwohl es ... unter einer entwicklungshemmenden un-

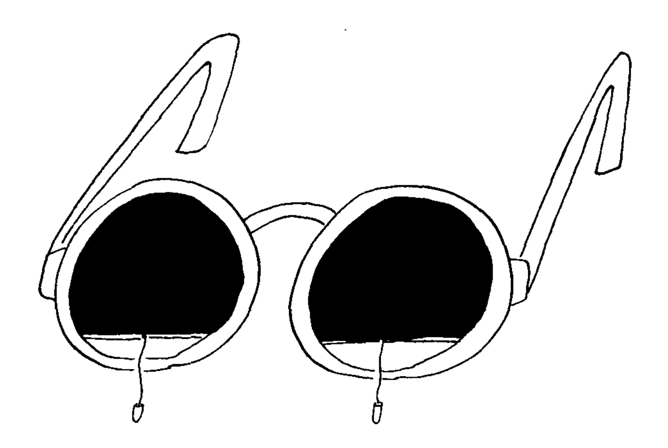
ausgeglichenen Gesellschaftsstruktur leidet. (...) Die Flucht der Weißen aus dem vom Bürgerkrieg zerrissenen Land hat den von Salazar und Caetano gewobenen Mythos zerstört, daß die Portugiesen wie kein anderes Volk der Welt in ihren Kolonien eine harmonisch zusammenlebende mehrrassige Gesellschaft errichtet hätten. Wie sich die Afrikaner zuvor in dem von Lissabon diktierten System hatten einfügen müssen, ... (NZZ, 10. u. 11.11.75)

„Die Welt" malt ein idyllischeres Bild vom portugiesischen Kolonialismus in Angola. Sie läßt ihn als eine Art Oper erscheinen, in der Fahnen und feierliches Zeremoniell die Hauptrolle spielen. Welche soziale Realität sich hinter diesem Firlefanz verbirgt, wird wohlweislich verschwiegen:

> Wie seit jeher bei Sonnenuntergang setzte der Hornist auf dem Fort Luanda seine Trompete an. Aber statt des Unteroffiziers der Wache gab diesmal ein Admiral das Kommando: „Hol nieder Flagge!" Langsam sank die grün-rote Fahne Portugals mit dem Astrolabium der Entdecker in die Arme des wartenden Marineinfanteristen, der sie zusammenfaltete. Für immer. Nur wenige Meter über jenem Felsen, an dem portugiesische Seefahrer vor 500 Jahren ihr Emblem zum erstenmal aufpflanzten. (Die Welt, 12.11.75)

In dieselbe Trompete wie Rolf Görtz bläst Günter Krabbe, der für diesen Part der ideologischen Oper zuständige Hornist der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung":

> Kurz vor Mitternacht verlassen die letzten portugiesischen Soldaten im Lande auf der letzten Fregatte den Hafen Luanda. Einige Minuten nach Mitternacht startet der letzte portugiesische Hochkommissar, Leonel Cardoso, zum Flug nach Lissabon, in seinem Gepäck die Fahne Portugals, die 399 Jahre lang über Luanda, fast 500 Jahre lang in Angola geweht hatte. (FAZ, 10.11.75)



Da es „Spitzenzeitungen" sind, lassen ihre Mitarbeiter es sich nicht nehmen, über solche wichtigen Tatsachen hinaus auch Hintergrundinformationen zu bieten:

> Mehr durch das Ineinanderaufgehen der Völker und Rassen als durch die Kraft ihres eigenen Ordnungssystems schienen die Bande zwischen den Kolonien und dem Mutterland zu halten. ... erst Ministerpräsident Caetano verwirklichte die wirtschaftliche Selbständigkeit der Kolonie als ersten Schritt zu einer späteren Autonomie. ... die blühende wirtschaftliche Entfaltung des Landes hielt die von außen armierte Widerstandsbewegung in einem unbedeutenden Rahmen. (Die Welt, 12.11.75)

Der „Welt"-Kommentator Rolf Görtz entblödet sich also nicht, noch immer emsig an jenem Mythos des faschistischen Salazar und Caetano-Regimes zu weben, der sogar in der NZZ ausdrücklich als solcher entlarvt wird. Der Mythos unterstellt: Portugal habe in seinen Kolonien eine Gesellschaft ohne Rassen- und Klassengegensätze, ohne Ausbeutung, Elend und Entfremdung geschaffen, die portugiesische Kolonialpolitik habe zu einem soliden Wirtschaftswachstum geführt, das der ganzen Bevölkerung gleichmäßig zugute komme. Solche Lügen sollen den Kolonialismus wenigstens denjenigen Europäern gegenüber beschönigen, die nicht so direkt damit in Berührung kommen wie die in Afrika verheizten portugiesischen Soldaten, denen man natürlich kaum etwas vormachen kann.

Die bürgerliche Presse zieht noch einen anderen kolonialistischen Mythos wieder hervor, den man ebenfalls schon für ausgedient halten wollte: den Pionier-Mythos vom besitzlosen europäischen Siedler, der durch nichts als seiner Hände Arbeit, mit keinem anderen Kapital als der Tüchtigkeit, die der weißen Rasse angeboren sei, eine standesgemäße, keineswegs üppige Existenz aufgebaut habe, wozu die primitiven Afrikaner natürlich nicht in der Lage seien. Ausführlich kommt der aufgebrachte „Chef eines Familienclans von 31 Angola-Portugiesen" in der „Welt" vom 10.11.75 zu Wort:

> Ausbeuter nennen sie uns heute, dabei hatten wir nicht einmal eine richtige Hütte, als wir vor 40 Jahren in Afrika anfingen. Wir besaßen oft nur das, was wir im Busch fanden, backten uns später selbst das Brot. Und als ich mir ein Fahrrad kaufte, war dies eine große Anschaffung. Jetzt sind wir Kolonialisten, nur weil wir alle gute Arbeit hatten, in festen Häusern wohnten und mit dem Bus in die Stadt zum Einkaufen fahren konnten.

Wer einwendet, dies werde von der „Welt" ja nur zitiert und sei deshalb kein Beleg für die kolonialistische Tendenz der Zeitung, dem sei zu bedenken gegeben, daß es eine besonders hinterhältige Manipulationstechnik der Presse ist, eigene Auffassungen, die man sich direkt auszusprechen nicht getraut, hinter Zitaten zu verbergen – gleichgültig, ob sie nun echt oder erfunden sind. Den unter die Räder der Entkolonialisierung geratenen Siedler gibt es zweifellos – heimtückisch ist es jedoch, ihn für die Weißen in Angola sprechen zu lassen. Besonders deutlich wird die Technik des Versteckens hinter Zitaten an einer anderen Stelle im selben Artikel, die einen aus Angola zurückgekehrten Zahnarzt – ebenfalls völlig kritiklos – folgendes sagen läßt:

> Ein Pinochet muß her, ein harter General, der in Portugal aufräumt und Ordnung schafft. (Die Welt, 10.11.75)

Direkt selbst zu fordern, daß in Portugal faschistische Verhältnisse wie in Chile einkehren sollen, traut sich die „Welt" offenbar noch nicht.

Sogar ein deutschtümelnder Zug fehlt nicht, der schon zur ideologischen Hülle des Imperialismus in seiner wilhelminischen und in seiner nationalsozialistischen Spielart gehörte und 1975 noch immer von der bürgerlichen Presse verbreitet wird:

> Lissabon ist vollgestopft mit Angola-Vertriebenen. Sie leben bei Verwandten oder in Hotels. Drei Tage Hotelaufenthalt zahlt der Staat, aber man kann verlängern lassen. Hermann Vogel aus dem Siegerland hat schon die zweite

Verlängerung im York-House. Der braungebrannte 70er zieht ein sauberes Aktenstück aus dem Koffer: die deutsche Übersetzung eines portugiesischen Dokuments. Darin steht, was er zurückließ: 1200 Hektar Land, 650 davon anbaufähig. 1320 Stück Rindvieh, davon 322 Simmentaler Rassekühe. Die 500 Mark, die Hermann Vogel wie alle anderen besitzen durfte, zogen sie ihm am Flughafen aus der Tasche. (Die Welt, 10.11.75)

Hier vereinen sich rassistische Vorurteile mit dem kapitalistischen Mythos vom self-made-man, der jedem Tellerwäscher eine glänzende Zukunft als Millionär verspricht, wenn er nur fleißig, strebsam und sparsam ist. Kein Wort davon, daß die Kolonialverwaltung den Afrikanern das beste Land wegnahm und an die weißen Siedler verteilte, kein Wort davon, daß die Europäer Wissen und Technik mitbrachten, die den Afrikanern vorenthalten blieben, kein Wort von den anderen offiziellen und inoffiziellen Privilegien, die den Europäern in den Kolonien eingeräumt wurden; kein Wort schließlich auch davon, daß es die aus dem „zivilisierten Abendland" vertraute Welt des Erwerbs und der Konkurrenz, die Welt des Kampfes jeder gegen jeden war, in der die weißen Siedler sich bewährten und ihre Überlegenheit zeigten, die den Afrikanern aber fremd und aufgezwungen ist und deren Norm viele von ihnen bis heute noch kaum begriffen, geschweige denn zu den ihren gemacht haben.

c) Überwindung: Befreiungskampf erscheint als Wirkung anstatt als Ursache

Es bleibt noch darzustellen, wie das Ende des herkömmlichen Kolonialismus von der bürgerlichen Presse geschildert und gedeutet wird. Selbst in der Bundesrepublik ist heute allgemein bekannt, daß die Völker der portugiesischen Kolonien unter Führung der Unabhängigkeitsbewegungen PAIGC, FRELIMO und MPLA einen über zehnjährigen, ebenso opfer- und leidvollen wie entschlossenen Befreiungskampf gegen die Kolonialmacht und damit gegen ihre eigene Ausbeutung geführt haben. Indem die Hoffnungs- und Sinnlosigkeit des von ihnen geführten Krieges den portugiesischen Soldaten die Augen öffnete über den repressiven Klassencharakter des von der NATO, insbesondere der BRD unterstützten Caetano-Regimes, war der Befreiungskampf schließlich erfolgreich: die im Kolonialkrieg „erprobte" Armee Portugals beseitigte am 24. April 1974 dieses Regime und schuf die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution. Die neue portugiesische Regierung gestand den Kolonien die staatliche Unabhängigkeit zu. Der Unabhängigkeitskampf bewirkte also den Umsturz in Portugal und auf diesem Wege die Befreiung von der formalen kolonialen Abhängigkeit.

Die bürgerliche Presse verbreitet heute eine Art von Dolchstoßlegende, die dieses Verhältnis von Ursache und Wirkung auf den Kopf stellt:

> ... die blühende wirtschaftliche Entfaltung des Landes (Angolas) hielt die von außen armierte Widerstandsbewegung in einem unbedeutenden Rahmen. Doch nach dem Umbruch im Mutterland ließ der Krieg der Ideologien bald jede Autorität in den Kolonien auf den Nullpunkt sinken. Die Portugiesen übergaben ihre Überseegebiete nacheinander nach dem billigen Motto: „Der Stärkste erhält die Macht". So in Guinea und Mozambique die kommunistisch orientierten Aufstandsbewegungen. (Die Welt, 12.11.75)

Den schon erwähnten Zahnarzt aus Angola läßt „Die Welt" es wieder so deutlich aussprechen, wie sie selbst es sich nicht getraut: „Sie haben uns verraten, der rote Admiral (Rosa Coutinho) an der Spitze." (Die Welt, 10.11.75) Das Ende des Kolonialismus ist für „Die Welt" also keineswegs wünschbar oder gerechtfertigt, seine Ursache ist nicht der Widerstand des angolanischen Volkes gegen Unterwerfung und Ausbeutung, nicht der Kolonialismus selbst, sondern nur die Kolonialmacht, die nicht hart, nicht brutal genug ihr Eigentum verteidigt habe, weil ihr politische Wirrköpfe und Schwärmer (Sozialisten, Kommunisten) aus den eigenen Reihen in den Rücken gefallen seien.

Es wird dann sogar noch behauptet, die Portugiesen hätten im Laufe der Geschichte schon immer diesen Hang zu schwächlicher Nachgiebigkeit gezeigt:

> Die Übergabe der Staatsgewalt an niemanden kommt einer Kapitulation gleich. Seit ihrem Dichter Damoes, seit der Eroberung jenes phantastischen Weltreiches wußten die Portugiesen in ihrem Innern, daß sie dieses Reich niemals wirklich beherrschen würden.
> (Die Welt, 12.11.75)

Auch diese Dolchstoß-Legende zielt darauf ab, den Kolonialismus noch nachträglich zu rechtfertigen. Hätten alle europäischen Mächte ihn gehandhabt wie Salazar und Caetano, dann wäre in der ganzen Dritten Welt auch heute noch alles in bester Ordnung, versucht die „Welt" ihren Lesern in die Köpfe zu setzen. Natürlich verschweigt sie dabei, daß das die imperialistische Ordnung der Ausbeutung wäre, gegen die die Völker Asiens, Südamerikas und Afrikas bis zur vollständigen Unabhängigkeit kämpfen.

Es bleibt zu fragen, warum die bürgerliche Presse mit dem herkömmlichen Kolonialismus etwas rechtfertigt, das historisch überholt erscheint und heute nur noch in unbedeutenden Resten existiert? Sollten die Redakteuere der „Welt" oder der FAZ wirklich glauben, das Rad der Geschichte zurückdrehen und den Kolonialismus wieder herstellen zu können? Schwer vorstellbar, daß sie so naiv sind. Eher ist ihnen die Klugheit zuzutrauen, genau zu wissen, daß der sogenannte „Neo"-Kolonialismus keineswegs gänzlich neu ist. Die multinationalen Konzerne kommen zwar heute bei ihren Geschäften ohne formelle politische Abhängigkeiten aus. Aber diese Geschäfte sehen kaum anders aus als früher, zu den Glanzzeiten des Kolonialismus. Nur sind an die Stelle der Verwaltungsbeamten aus Frankreich, England oder Portugal, die damals für die günstigsten Randbedingungen der Kapitalverwertung zu sorgen hatten, inzwischen einheimische Bourgeoisien getreten, die sich derselben Aufgabe widmen und dafür am Profit beteiligt werden. Und selbst dieser Wechsel ist längst noch nicht überall vollzogen: wo solche Bourgeoisien – wie in vielen afrikanischen Ländern – bisher fehlen, sind es nach wie vor allein die fremden Europäer und Nordamerikaner, die sich mit dem Geschäft der Kapitalverwertung befassen, das Not und Entfremdung über die unterdrückten Völker bringt.

Wer also den herkömmlichen Kolonialismus rechtfertigt, der rechtfertigt auch den „Neo"-Kolonialismus, der aus demselben Beweggrund – des Profits – dieselben sozialen Verhältnisse – des Elends – schafft wie jener. Wenn die bürgerliche Presse dem alten Kolonialismus verklärende Tränen nachweint, ist das keineswegs Nostalgie, sondern sie tut damit dem Kapital einen großen Gefallen, von dem sie sich per Anzeigengeschäft aushalten läßt.

2. *Bürgerkrieg*

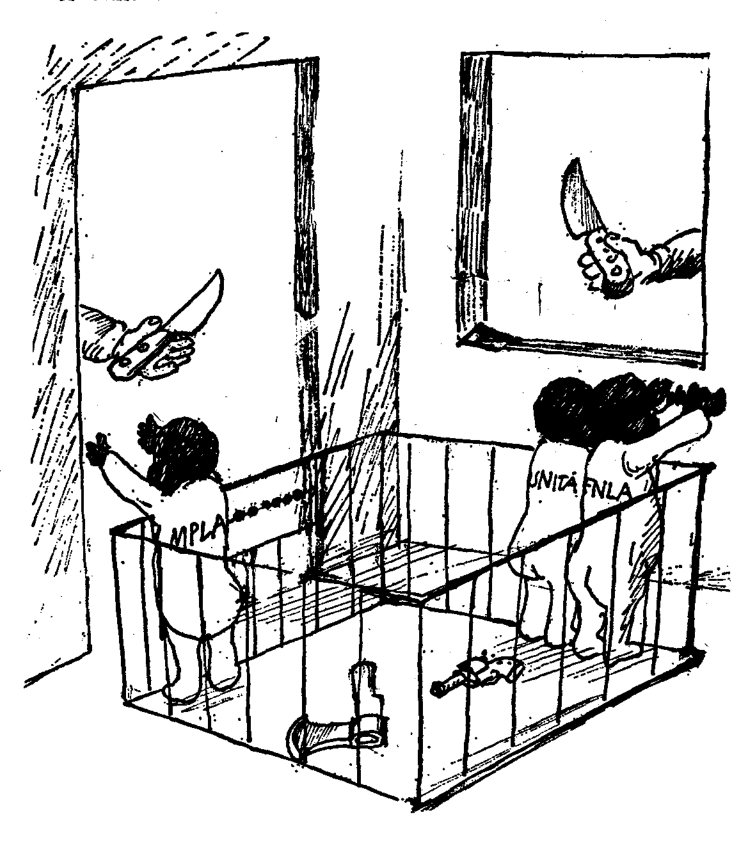
a) *Ursachen: Stammesfehden und Kanibalismus anstelle imperialistischer Einmischung*

Als sich abzeichnete, daß Portugal im November 1975 tatsächlich seine Truppen aus Angola abziehen würde, verstärkte sich bei den Großmächten die Gier danach, ökonomische und militärstrategische Machtpositionen in dieser Region des südlichen Afrikas zu erobern oder auszubauen, und gleichzeitig die Angst davor, daß der weltpolitische Gegenspieler sich dort einnisten könnte.

Die westlichen Industrieländer unter Führung der USA lassen heute ihre Interessen in Angola von der FNLA und der Unita vertreten, die schon während der Kolonialzeit mit dem portugiesischen Regime kollaboriert hatten. (Vgl. „blätter des iz3w", Nr. 36/37, S. 28 ff.) Auf dem Umweg über Zaire rüsten sie diese beiden Gruppen mit schweren Waffen (Panzer, Hubschrauber etc.) aus und ermuntern sie zur Offensive gegen die MPLA. FNLA und Unita kämpfen teilweise unter dem KOmmando weißer Söldner aus Südafrika und ehemaligen Offizieren der portugiesischen Kolonialarmee, denen die neuen Verhältnisse in ihrer Heimat nicht behagen. Die Ostblockstaaten, allen voran die UdSSR, setzen auf die MPLA und liefern an diese Befreiungsbewegung – auf dem Umweg über die Volksrepublik Kongo (Brazzaville) – ebenfalls in massiver Weise schwere Waffen. Zudem kämpfen kubanische Spezialtruppen an der Seite der MPLA.

Im Gegensatz zu den beiden anderen Gruppen weist sich die MPLA durch ihr Programm und ihre praktische Politik als Befreiungsbewegung aus, welche die nationale Unabhängigkeit Angolas vom Imperialismus nicht nur in formalpolitischer, sondern auch in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht erstrebt. Indem sie Organe der Volksmacht schafft, das Schul- und Gesundheitswesen aufbaut und in Luanda Slumsanierungsprojekte durchführt, arbeitet sie – wie seit eh und je in den befreiten Gebieten – auf eine radikale Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung hin. Von FNLA und Unita ist eine Konstruktive Politik dieser Art nicht bekannt.

Eine Gefahr liegt darin, daß die MPLA nicht mehr von beiden sozialistischen Großmächten unterstützt wird (wie z.B. die FNL in Vietnam), sondern nur noch von der UdSSR und ihren Satelliten, während die Volksrepublik China, die bis 1970 ebenfalls die MPLA unterstützt hat, nach Angaben der MPLA selbst inzwischen praktisch auf die Seite der FNLA übergetreten ist – vermutlich, weil die Chinesen heute den russischen „Sozialimperialismus" als ihren Hauptfeind betrachten. Außer von Ostblockländern wird die MPLA von fortschrittlichen Dritte-Welt-Ländern wie Mozambique, Guinea-Bissau, Vietnam, Nordkorea, Tansania usw. unterstützt. Es wird in Zukunft darauf zu achten sein, ob und auf welche Weise der Einfluß der UdSSR in Rüstungsangelegenheiten und militärstrategischen Fragen von der wankelmütigen chinesischen Politik befördert wird – den Unabhängigkeitsbestrebungen der MPLA unüberwindliche Grenzen setzt. Schon heute ist zu fragen, womit sich die von der imperialistischen FNLA/Unita-Front hart bedrängte MPLA die Unterstützung durch den Ostblock erkaufen muß. Obwohl die Verfassung der von der MPLA ausgerufenen Volksrepublik Angola eine Blockzugehörigkeit des Landes sowie ausländische Militärbasen verbietet und die Nationalisierung der Bodenschätze vorsieht, wird eine Abhängigkeit der Volksrepublik Angola vom Ostblock nur dann zu verhindern sein, wenn die MPLA und besonders die fortschrittlichsten Tendenzen in ihr auch weiterhin von Ländern und Organisationen unterstützt werden, die für die vollständige nationale Unabhängigkeit eintreten und in einem überhandnehmenden Einfluß der UdSSR Gefahren erkennen.



Hilfe von außen

Eine Karikatur aus der „Zeit" mit deutlich rassistischem Unterton

Ursache des Bürgerkriegs ist also in erster Linie die Einmischung des Imperialismus, zumal der nordamerikanischen und westeuropäischen Konzerne, die riesiges Kapital in Angola investiert haben – z.B. Gulf in Cabinda und Krupp in Cassinga – sowie ihrer Zuhälter-Staaten, in die inneren Angelegenheiten des Landes. Auch das läßt sich bei gründlicher Lektüre aus der NZZ herausbekommen:

> Das Land wurde zu einem Spielball der Interesse von Nachbarstaaten und Großmächten, was die Chance zu einer Einigung der ideologisch und persönlich verfeindeten Guerillaführer zusehends unmöglicher machte. (...) Das Interesse auf dem Kriegsschauplatz konzentrierte sich am Wochenanfang auf die kleine zu Angola gehörende Enklave Cabinda, die bisher von der MPLA kontrolliert wird und über reiche Ölvorkommen verfügt. Die amerikanische Ölgesellschaft Gulf-Oil hat dort etwa 200 Millionen Dollar in Off-Shore-Bohrfeldern investiert. (...) Angolas Hafenstädte liegen an der Kap-Route und egnen sich damit für militärische Stützpunkte: eine Ursache mehr für ausländische Begehrlichkeit. (...) Westliche Länder, die in Angola in den letzten fünfundzwanzig Jahren beträchtliches Kapital investiert haben, favorisieren die FNLA oder die Unita. (NZZ, 10.- 14. 11.75)

Ganz anders stellen es „Die Welt" oder die FAZ, aber auch die „Süddeutsche Zeitung" dar. Diese „Spitzenblätter" ma-

chen ihren Lesern vor, der Bürgerkrieg sei eine Folge traditioneller Stammesfehden, politischer Unreife der „Eingeborenen" zur Selbstbestimmung, vor allem aber Hinterhältigkeit der „Kommunisten", wie die MPLA in der bürgerlichen Presse schlicht und ergreifend genannt wird:

> Der Bürgerkrieg – das ist die Art, in der der „Volkssouverän" über die Machtvergabe entscheidet – hatte schon im Juli die „Nationale Übergangsregierung" zerschlagen, aus Luanda vertrieben. Das war nicht der Anfang des Bürger-Krieges gewesen, sondern nur der Beginn seiner jetzigen, möglicherweise letzten, gewiß aber blutigsten Phase: Mehr Menschen, um die sechzigtausend, sind seither umgekommen als in der ganzen Zeit des Unabhängigkeitskampfes gegen die Portugiesen. ... Die Kommunisten, das ist die „Volksbewegung für die Befreiung Angolas" (MPLA), geführt von Agostinho Neto. Aus den Bakongo ging die „Nationale Befreiungsfront Angolas" (FNLA) unter Holden Roberto hervor. (FAZ, 10.11.75)
> Angola wird so nach dem 11. November nicht nur eine Teilung erleben, sondern der Bürgerkrieg wird noch intensiviert werden, bis zumindest eine der Gruppen eliminiert ist. Einen militärischen Sieg zu erringen ist jedoch für alle drei Gruppen gleich schwierig, gerade weil die jetzigen Kriegsfronten zugleich Stammesgrenzen sind. Die Bevölkerung in dem von der MPLA kontrollierten Küstenstreifen und in Luanda würde wohl kaum eine Herrschaft der Bagongos aus dem Norden begrüßen – das gleiche gilt für die Ovimbundus im Hochland.(SZ, 10.11.75)

Antikommunistische und rassistische Vorurteile werden von der bürgerlichen Presse also zu einer Einheitsideologie verschmolzen, die alle Schuld am Krieg den Angolanern selbst in die Schuhe schiebt und den Imperialismus entlastet. Natürlich ist es richtig, daß die Fronten des Bürgerkrieges z.T. mit den Stammesgrenzen zusammenfallen, aber dies ist noch kein Beweis dafür, daß der Tribalismus die Ursache des Bürgerkriegs ist, sondern es zeigt nur einmal mehr, wie der Imperialismus nach dem Prinzip „teile und herrsche", das schon den Machthabern im alten Rom bekannt war und besonders von den Engländern in ihrem Kolonialreich mit großem Erfolg angewendet wurde, ethnische und kulturelle Unterschiede unter den unterdrückten Völkern schürt, bis sie als unüberwindliche traditionale Stammesfehden erscheinen und als Uneinigkeit unter den Ausgebeuteten den Ausbeutern ihr Geschäft erleichtern. (Vgl. Ideologiekritik 8, in: „blätter des iz3w", Nr. 28, S. 11 ff).

In das ideologische Bild von der tribalistisch geprägten, primitiven schwarzen Rasse, die noch nicht einmal in der Lage ist, vernünftig über ihre eigenen Angelegenheiten zu bestimmen, gehören natürlich auch die Greuelmärchen über Bestialitäten der einen oder anderen Seite im Bürgerkrieg, die immer wieder durch die Presse gingen. Leider stimmt gegenwärtig ein Teil der westdeutschen Linken in diesen Chor mit ein, wenn in Lichtbildervorträgen oder Broschüren behauptet wird, auf der Seite der FNLA/Unita kämpften Menschenfresser, würde grausamer gefoltert als vom ehemaligen portugiesischen Geheimdienst PIDE usw. (Vgl. z.B. die Angola-Broschüre des SFA Regensburg, Mittelteil, S. 4 ff) . Dies ist nicht die Ebene, auf der die gegenwärtige Selbstzerfleischung des angolanischen Volkes von Sozialisten erklärt und diskutiert werden sollte, denn so werden erstens rassistische Vorurteile verstärkt und zweitens die tatsächlichen Ursachen des Bürgerkriegs aus dem Blickfeld gerückt. Der Grund dafür, daß FNLA und Unita heute die Unabhängigkeit Angolas bekämpfen und diese Gruppen den Namen „Befreiungsbewegung" zu Unrecht führen, ist nicht etwa, daß ihre Mitglieder an der Basis Mörder und Bestien sind (eine rassistische Vorstellung, die mit Sicherheit nicht stimmt), sondern daß ihre korrupte Führung sich vor den Karren des Imperialismus spannen läßt, indem sie für die Unversehrtheit des ausländischen Kapitals im Lande kämpft anstatt für die Lebensinteressen des Volks.

b) Diffamierungskampagne gegen die MPLA

Ebenso wie die FRELIMO in Mozambique und die PAIGC in Guinea-Bissau ist auch die MPLA eine Befreiungsbewegung, die alle Schichten und Klassen des Volks im Kampf gegen den Imperialismus zu vereinen sucht, welche an der vollständigen nationalen Unabhängigkeit ein objektives Interesse haben. Sie stützt sich also keineswegs nur auf das erste in Ansätzen vorhandene Industrieproletariat, sondern ebenso auf die Landbevölkerung, die den Hauptteil des angolanischen Volks ausmacht, das einheimische Kleinbürgertum, die ebenfalls erst in Ansätzen vorhandene nationale Bourgeoisie usw. Das bedeutet, daß es innerhalb der MPLA verschiedene miteinander konkurrierende Vorstellungen über den Entwicklungsweg Angolas nach Erringung der Unabhängigkeit gibt. Auch von dieser Vielfalt der politischen Tendenzen innerhalb der MPLA, deren Ziele zuerst nationaler Art sind, erfährt man aus der NZZ, die z.B. auf das MPLA-Programm eingeht, indem sie Erläuterungen des Präsidenten Neto dazu wiedergibt:

> Die Bevölkerung müsse stärker als bisher politisiert werden, um die nationalen Interessen zu verteidigen und eine Ausbeutung zu verhindern. „Wir müssen andere Wege für unsere Entwicklung als die herkömmlichen Beschreiten", sagte Neto, der gleichzeitig eine Politik des Kollektivismus ankündigte, in der jedoch Privatbesitz respektiert werden soll. Hilfe für den Aufbau Angolas aus aller Welt sei willkommen, solange damit keine Bedingungen verknüpft seien.

An anderer Stelle heißt es:

> Daß die MPLA ausschließlich mit sowjetischen Waffen kämpft und eine „kommunistische" Politik verfolgt, gilt als ausgemacht, nicht jedoch, daß dies immer so bleiben wird.
> Die radikal sozialistisch orientierte MPLA, die in erster Linie von der Sowjetunion unterstützt wird und in deren Reihen Kommunisten und eine ganze Skala von Linksgruppierungen das Wort haben...
> (Zusammengestellt aus NZZ-Berichten vom 10.11.- 14.11. 1975).

Im Gegensatz dazu erwähnen „Welt", FAZ oder „Süddeutsche" die nationalen Ziele der MPLA und die in den darüber hinausreichenden Fragen konkurrierenden politischen Tendenzen innerhalb dieser Befreiungsbewegung mit keinem Wort. Auf das Programm und die praktische Politik der MPLA wird überhaupt nicht inhaltlich eingegangen, das Etikett „kommunistisch" reicht diesen Blättern offenbar aus, um die MPLA zu charakterisieren. In einem einzigen Korrespondentenbericht der FAZ wird dieses Schmähwort nicht weniger als zwölfmal so benutzt:

> Die Kommunisten, das ist die „Volksbewegung für die Befreiung Angolas" (MPLA), geführt von Agostinho Neto. . . Hintermänner der Kommunisten sind die Sowjetunion und deren Verbündete . . . Im letzten Monat

> vor der Unabhängkeit haben die Kommunisten die Hälfte ihres Territoriums verloren ... Den Kommunisten ist ein breiter Streifen von Luanda ostwärts bis in die Diamantenprovinz Lunda geblieben, der das Land praktisch teilt. Südlich von Luanda halten die Kommunisten noch einen langen Küstenstreifen einschließlich des Hafens Novo-Redondo. . . (FAZ, 10.11.75)

In einem Land wie der Bundesrepublik, wo ein hysterischer Antikommunismus über mehrere Jahrzehnte hinweg derart tief in die Köpfe der Bevölkerungsmehrheit eingehämmert wurde, daß sich sogar die Gewerkschaften zu Unvereinbarkeitsbestimmungen gegen Kommunisten herbeilassen, ist die Funktion solcher publizistischen Oberflächlichkeit unverkennbar: Die MPLA wird in die Front der äußeren Feinde, der Sündenböcke eingereiht, die unsere angebliche demokratische Freiheit bedrohen und daher von jedem anständigen Staatsbürger abgelehnt und bekämpft werden müssen, mindestens aber nicht unterstützt werden dürfen. Daß die MPLA der Gegner von multinationalen Unternehmen wie z.B. Krupp ist und daher alle Unterstützung derjenigen verdient, denen das Großkapital auch in der Bundesrepublik Elend und Entfremdung bereitet, wird von der bürgerlichen Presse aus durchsichtigen Gründen verschwiegen.

Leider beteiligt sich auch ein Teil der linken Presse in der Bundesrepublik – zumal die Zentralorgane der chinaorientierten Parteien KPD, KPD/ML und KBW, die offenbar jedes außenpolitische Manöver Pekings theoretisch zu rechtfertigen sich verpflichtet fühlen – an der Hetzkampagne gegen die MPLA; auch dort wird die MPLA nicht mehr mit ihrer Politik und ihrem Programm vorgestellt, sondern zwischen den Zeilen – ganz ähnlich wie von den reaktionärsten Blättern der Bourgeoisie – als Marionette des russischen „Sozialimperialismus" diffamiert:

> Obwohl sie (die Befreiungsbewegungen) alle den Standpunkt der vollständigen Unabhängigkeit gegen den portugiesischen Kolonialismus vertreten hatten und an ihrer Konsequenz alle neokolonialistischen Manöver hatten scheitern lassen, indem sie gemeinsam verhandelten, diffamierte die Sowjetunion zwei der Befreiungsbewegungen als „konterrevolutionär" und rüstete eine der Befreiungsbewegungen mit Waffen aus, um so einen Bürgerkrieg zu provozieren. ... Die Einigung der drei Befreiungsbewegungen fürchtet der Sozialimperialismus wie der Vampir die Morgensonne. Das hat er jetzt wieder gezeigt, als er die Einigungsbemühungen der OAU direkt sabotiert hat und mit einer Erklärung herausgeplatzt ist, er werde nur eine Alleinregierung von einer der Befreiungsbewegungen anerkennen. Mit diesem Sabotageakt hat der Sozialimperialismus erneut bewiesen, daß er ein erbitterter Feind der Unabhängigkeit des angolanischen Volkes ist.(KVZ, 13.11.75)

Zur Diffamierungskampagne der bürgerlichen Presse gegen die MPLA gehört, daß ihr Präsident Agostinho Neto als verschlagener, hinterhältiger und machtlüsterner Intellektueller geschildert wird, wie Kommunisten nach jenem mythologischen Feindbild eben zu sein haben, an dem die Ideologen des Kapitals in der Bundesrepublik unermüdlich pinseln:

> Neto, im September 1922 in dem Dorf Icolo e Benda geboren, gehört zum Kimbundu-Stamm, der zwischen Luanda und Zaire lebt. Hier gewann Neto Gefolgschaft nicht aus ideologischen Gründen, sondern wegen der Stammeszugehörigkeit. Dieses Potential an möglichen Guerilla-Kriegern ... nutzte Neto aber nicht zum Aufbau einer gegen die Portugiesen kämpfenden Armee, sondern als Hausmacht gegen die beiden anderen in der Führungs-Troika der MPLA. Nach drei Jahren war Neto der Chef ... er hatte als gefeierter Lyriker bei städtischen Intellektuellen einen zugkräftigen Namen; (FAZ, 12.11.75)

c) Aufwertungskampagne für FNLA und Unita

Im Gegensatz zur Berichterstattung über die MPLA, in der die Tatsache, daß Ostblockstaaten ihr schwere Waffen liefern, bereits als Indiz für den „kommunistischen" Charakter dieser Befreiungsbewegung erscheint, werden die Waffenlieferungen der westlichen Industrieländer an die FNLA und Unita sowie die Schützenhilfe weißer Truppen aus Südafrika für diese Gruppen kaum erwähnt. Einiger Aufschluß darüber ist wieder nur aus der NZZ zu erhalten:

> Die Unita, der es bis vor kurzem an Waffen mangelte, kann jedenfalls jetzt nicht mehr über mangelnde Unterstüzung aus dem Ausland klagen. Frankreich, die Vereinigten Staaten und Südafrika alimentieren mit Geldern und Waffen mehr oder weniger offen die gemeinsame FNLA/UNITA-Front. Sie hat französische Panzerfahrzeuge erhalten und Gelder aus diversen mehr oder weniger geheimen Quellen; eine Kolonne portugiesischer und angolanischer weißer Söldner – die gegenwärtig die Offensive im Süden leiten – muß in Namibia, dem Mandatsgebiet Südafrikas, unter Zustimmung Pretorias formiert worden sein. (NZZ, 11.11.75)

„Welt" und FAZ schieben dagegen Zaire und China als einzige Unterstützungsmächte der FNLA/Unita-Front vor und lassen dabei völlig in Vergessenheit geraten, daß es nordamerikanische und westeuropäische Konzerne sind, denen vor allem an einer militärischen Niederlage der MPLA gelegen ist:

> ... schon jetzt ist hinlänglich bekannt, daß die MPLA von Moskau und Kuba und die westlich orientierte FNLA von China und Zaire unterstützt wird. (Welt, 10.11.75)

Die FAZ läßt die US-Unterstützung für die FNLA schon vor 10 Jahren, die US-Kollaboration mit Zaire gewagterweise



erst 1975, also kurz vor Ausbruch des Bürgerkrieges, enden:

> Die Vereinigten Staaten hatten bis vor zehn Jahren die FNLA auch direkt unterstützt, und die offizielle amerikanisch-zairische Kooperation auf den Gebieten Militär und Geheimdienst reichte noch bis ins Jahr 1975. (FAZ, 10.11.75)

Auch hier werden China und Zaire vorgeschoben:

> Holden Robertos Hintermann ist sein Schwager Mobutu, Präsident der Republik Zaire. Die 2600 Kilometer lange gemeinsame Grenze Zaires mit Nord- und Nordostangola erleichtert den Nachschub zu Lande. ... Seit 1973 steht auch China hinter der FNLA. (FAZ, 10.11.75)

> Zum Vergleich noch einmal die drastische Schilderung der russischen Waffenlieferungen an die MPLA im selben Artikel:

> Hintermänner der MPLA sind die Sowjetunion und deren Verbündete. Sie lieferten schiffsladungsweise Waffen, als die MPLA im Juli den Burgfrieden brach und die anderen Parteien nicht nur aus Luanda, sondern auch aus allen anderen Häfen vertrieb. Schiffe aus der Sowjetunion und der DDR wurden in Lobito und Mocamedes gesehen... Die MPLA hat mehr Waffen, als ihre Truppen brauchen können. (FAZ, 10.11.75)

Was die Zeitungen hier treiben ist ein beliebtes Spiel: man verschweigt die eigenen Verbrechen und schiebt sie dem Gegner in die Schuhe. Daß die Presse sich solcher Projektionen bedient, zeigt, daß sie keineswegs neutral oder vom demokratischen, d.h. auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker pochenden Standpunkt aus berichtet, sondern daß sie sich mit den imperialistischen Machenschaften der multinationalen Konzerne und ihrer politischen Zuhälter identifiziert.

Zur Aufwertungskampagne für FNLA und Unita, mit denen und deren Drahtziehern es die bürgerliche Presse hält, gehört, daß die Anführer dieser Gruppen zu Volkshelden verherrlicht werden, die keine persönliche Gefahr und Mühe scheuen, um die Werte des Westens zu verteidigen; der Korrespondent der „Welt", der sich in der klassischen Rolle des propagandistischen Kriegsberichterstatters bei den FNLA/Unita Truppen aufhält, schreibt z.B. über den Anführer der FNLA:

> Der SAD (Springer Auslands Dienst) begleitete den FNLA-Führer Holden Roberto an die Front. Roberto schaltete sich persönlich ein, den Nachschub zu regeln und die Reparatur an einer zusammenbrechenden Notbrücke zu leiten. Der gesamte Nachschub für die FNLA führt über diese notdürftig aus Fässern, Steinen und Brettern gebaute Brücke, die unter der Last der Wagen ständig zu brechen droht. „Sie sehen, womit wir zu kämpfen haben", sagt Roberto bitter, „alles zerstört, späte Hilfe – aber wir geben nicht auf." (Welt, 10.11.75)

3. Lernen aus der bürgerlichen Presse

Wenn bisher immer von „der" bürgerlichen Presse die Rede war, ist das ungenau. Denn offenbar bestehen ja Unterschiede zwischen den Zeitungen: Während man sich aus der NZZ, die sicherlich auch zu den Blättern gehört, welche im Interesse der Bourgeoisie produziert und verbreitet werden, immerhin über die notwendigen Fakten informieren kann, wenn man nur gründlich genug liest, ist das bei Zeitungen wie der „Welt", „Frankfurter Allgemeinen" oder „Süddeutschen" kaum möglich, weil Fakten, die nicht ins ideologische Bild passen, dort einfach ausgelassen oder verdreht werden. Worin mag dieser Unterschied begründet sein? Wenn man sich an die niedrige Auflage, die weltweite Verbreitung und den exklusiv-ausführlichen Wirtschaftsteil der NZZ erinnert, liegt die Vermutung nahe, daß das angesehene schweizer Blatt eine der ganz wenigen öffentlich zugänglichen Zeitungen ist, die eigens für die Bedürfnisse der Großbourgeoisie hergestellt werden.

Einerseits muß dieser Klasse insofern nichts vorgemacht werden, als sie ja ein massives materielles Interesse am Fortbestehen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hat. Da ihre Privilegien aus diesen Verhältnissen kommen, wird sie sie auch und gerade dann mit allen Mitteln verteidigen, wenn sie ihre Realität unbeschönigt so sieht, wie sie tatsächlich ist. Andererseits braucht diese Klasse zuverlässige und vollständige Informationen, wenn sie ihre Geschäfte erfolgreich betreiben will. Z.B. wird sie keine erfolgreiche Investitionspolitik in Angola machen können, wenn sie sich Illusionen über die politischen Verhältnisse und damit das Investitions-„Klima" in diesem Land macht. Aufgabe und Funktion der NZZ ist es nun offenbar, an der Bereitstellung solcher zuverlässigen und vollständigen Informationen für die kapitalverwertende Klasse mitzuwirken – besonders in ihrer Auslandsberichterstattung.

Im Gegensatz zur NZZ werden z.B. diejenigen bürgerlichen Zeitungen, die im Springer-Verlag erscheinen, zwar auch im Interesse der kapitalverwertenden Klasse hergestellt, aber sie sind nicht zum Gebrauch dieser Klasse selbst bestimmt, sondern für ihre objektiven Gegner. Ihre Aufgabe und Funktion besteht darin, Bevölkerungsschichten, die kein oder kein so eindeutiges Interesse an kapitalistischen Verhältnissen haben können wie die Großbourgeoisie selbst, von richtigen Informationen, die zu einem realistischen, materialistischen Bild der Wirklichkeit führen würden, fernzuhalten; stattdessen versuchen sie, ein falsches, idealistisches Bild von den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen zu malen, was gerade bei Berichten über geographisch fernliegende Dritte-Welt-Länder besonders leicht ist, da kaum jemand bei uns deren Wirklichkeit unmittelbar kennt. Die so entstandenen falschen Vorstellungen sollen unterdrückte und von ihrer Arbeit, anderen Menschen und sich selbst entfremdete Subjekte daran hindern, ihr Interesse an radikaler Veränderung der bestehenden Verhältnisse zu erkennen und dafür einzutreten. Zu diesen getäuschten Klassen und Schichten gehört vor allem das Proletariat, für das Blätter wie die „Bild-Zeitung" gemacht werden, aber auch das Kleinbürgertum, untere Beamte und Angestellte, Intellektuelle, akademische Mittelschichten usw., die stolz darauf sind, ein „gehobenes" Blatt wie die FAZ oder die „Welt" zu lesen.

Fazit: Lesen wir die bürgerliche Presse und lernen wir daraus, aber nicht jene Zeitungen, die die Kapitalverwerter für uns, ihre Klassengegner herstellen lassen, um uns einzunebeln und dumm zu machen, sondern jene, die sie für sich selbst machen lassen, um sich mit den zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft notwendigen Informationen zu versehen.

hpö

Marineprozeß in Chile – Geheimprozeß ohne Ende?

Noch immer ist im Marineprozeß Nr. 3926/73 in Valparaiso/ Chile kein Ende abzusehen. Der Prozeß gegen 57 Soldaten und Zivilisten, die die Regierung Allende über Putschpläne ihrer Offiziere im August 1973 informierten und denen man jetzt „Meuterei und Aufstand" vorwirft, wird weiter verschleppt.

Am 5. August 1974, ein Jahr nach ihrer Verhaftung, wurde die Anklageschrift gegen die Soldaten vorgelegt. Die durch gröbliche Behinderungen gekennzeichnete Verteidigungsphase, die ausschließlich schriftlich geführt wurde, schloß man am 19. Mai 1975 ab. Obwohl den Angeklagten mitgeteilt wurde, daß in einem Zeitraum von 60 Tagen die Verurteilung in erster Instanz erfolgen würde, ist dies bis heute – am 29.11.1975 – noch nicht geschehen. Informationen des Auswärtigen Amtes in Bonn zufolge soll die Urteilsverkündung allerdings noch in diesem Jahr erfolgen. Skepsis erscheint angebracht, da Ankündigungen dieser Art von anderer Seite bisher sich immer als falsch herausgestellt haben. Von chilenischer Seite wird die Prozeßverschleppung mit der „Komplexität des Falles" begründet und gleichzeitig betont, daß – wie in allen anderen Prozessen auch – die chilenische Regierung eine „Politik der Zurückhaltung und Achtung der Anwendung der legalen Normen" betreibe.

Was dies bedeutet, verdeutlicht ein Vorfall, der sich am 21. Oktober 1975 im Gefängnis von Valparaiso zutrug, in dem auch die Mehrheit der Marinegefangenen inhaftiert ist. Soldaten der drei Teilstreitkräfte (Heer, Luftwaffe, Marine), Carabineros und Angehörige des Geheimdienstes DINA drangen in das Gefängnis ein, holten die Gefangenen aus ihren Zellen, zwangen sie, sich auf den Boden zu legen und mißhandelten sie durch Tritte und Schläge mit den Gewehrkolben. Bei dieser Operation „Harke" durchsucht man die Zellen und beschlagnahmte Gerätschaften der Gefangenen zur Essenszubereitung sowie persönliche Gegenstände wie Uhren etc. Über einen Gefangenen wissen wir, daß er Nierenverletzungen davontrug und sein Gesicht schwere Quetschungen aufweist. Mehrere Gefangene wurden tagelang isoliert und selbst Mitgliedern des Internationalen Roten Kreuzes wurde der Zutritt zum Gefängnis verweigert.

Trotz allem ist bei den meisten Gefangenen die Moral recht gut, da sie wissen, daß sie nicht vergessen sind. In wenigen Fällen gibt jedoch der Gesundheitszustand zu großer Sorge Anlaß wie z. B. im Fall von Leopoldo Luna Soto, der an einer fortschreitenden Lähmung in einem Bein aufgrund einer Wirbelsäulenverletzung leidet.

Für 44 der insgesamt 57 Gefangenen liegen jetzt Arbeitsangebote aus dem Ausland vor, in einigen Fällen erhalten die Familien der Gefangenen auch bereits finanzielle Unterstützung. Im übrigen sind alle Gefangenen aus diesem Prozeß durch Gruppen von amnesty international in 9 Ländern „adoptiert".

Noch immer werden jedoch *Arbeitsverträge* für eine Anzahl der Soldaten gesucht, die in der Regel eine technisch-handwerkliche Ausbildung besitzen. Diese würden die Chancen auf eine evtl. Landesverweisung erhöhen. Einen positiven Effekt kann auch eine *Weihnachts/Neujahrs-Postkartenaktion* haben, in der man den Innenminister in spanisch, englisch oder deutsch bitten sollte, die Gefangenen freizulassen, des Landes zu verweisen oder zumindest den Prozeß endgültig zu beenden.
Es ist davon abzuraten weiterhin direkt an die Gefangenen zu schreiben, da es in einigen Fällen zu Repressalien geführt hat. Die meisten Briefe an die Gefangenen selbst sind nicht angekommen. Nur in Einzelnen Fällen erhielt man, bei gleichzeitiger Kontaktaufnahme mit dem Friedenskomitee der Kirchen (Comite de Cooperation para la paz en Chile), eine Antwort von den gefangenen Matrosen.

Die Adresse des chilenischen Innenministers lautet:
General Cesar Benavides
Ministro del Interior
Ministerio del Interior
Edificio Diego Portales
Santiago/Chile

Amnesty international bittet um Spenden auf das folgende Konto, daß zur Unterstützung der Familien der Gefangenen in diesem Prozeß und für die Gefangenenarbeit benutzt wird.
amnesty international
Deutsche Bank Hamburg
Konto-Nr. 61/00333
Sonderkonto Marineprozeß
4690337

Zur Lage des Friedenskomitees der Kirchen in Chile

Das Comite para la paz hatte bereits im Oktober 1973 seine Arbeit aufgenommen. Geleitet wurde es vom katholischen Bischof Ariztia, dem lutherischen Bischof Helmut Frenz und dem Großrabbiner von Santiago. Das Friedenskomitee konnte bis zum März 1975 33 000 Menschen direkt und einer weitaus größeren Zahl indirekt helfen. Es war in allen Provinzen Chiles vertreten und arbeitete in 25 Städten des Landes. In Santiago waren 130 Personen, im übrigen Chile 110, neben einer Vielzahl freiwilliger Mitarbeiter, fest im Komitee angestellt. Zu den Projekten des Komitees zählte: Rechtshilfe in Strafrechtsangelegenheiten, Rechtshilfe in Arbeitsrechtsangelegenheiten, materielle und medizinische Hilfe, Flüchtlingsarbeit, Einrichtung von „Werkstätten" für Entlassene, sowie Unterstützung der Landarbeiter.
Das Werkstättenprojekt, mit dessen Hilfe Arbeiter nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung auf den Gebieten der Metallverarbeitung, Werkzeugmacherei, Nahrungsmittel und Textilien arbeiten konnten, sicherte ungefähr 2400 Menschen den Lebensunterhalt. Das Friedenskomitee war zur größten Hilfe der politisch Verfolgten in Chile geworden. Aus diesem Grund unternahm die Junta Schritte, um sich des ihr unbequemen Komitees zu entledigen. Im Oktober 1975 verwies sie Bischof Frenz des Landes und verhaftete eine große Anzahl der Mitglieder des Komitees. Da die Junta damit die Arbeit des Komitees im Augenblick fast völlig lahmlegte, kann man in Gefangenenangelegenheiten kaum noch Hilfe vom Comite para la paz erwarten. Die Sicherheit der Gefangenen in Chile ist damit auf das Äußerste bedroht.
Eine weitere effektive Arbeit des Komitees, hängt in der Hauptsache von der Haltung der katholischen Kirche ab. Es kommt deshalb entscheidend darauf an, daß Kirchengemeinden und kirchliche Organisationen jeder Art ihr Einverständnis mit der bisherigen Arbeit des Komitees zum Ausdruck bringen. Wir schließen uns deshalb der Forderung von amnesty international an: Sofortige Freilassung aller inhaftierten Mitarbeiter!

Richtet diesbezüglich Briefe an:
Mgs. Paul Silva Henriquez
Arzobispado de Santiago
Erasmo Escala 1822 – Santiago

bsm

Rezension

Buchbesprechung

Hans A de Boer; UNTERWEGS ERFAHREN – NOTIZEN AUS DREI KONTINENTEN; Vorwort: Helmut Gollwitzer; Jugenddienst-Verlag, Wuppertal; 1975; 183 Seiten; DM 16,80.

Meine erste persönliche Begegnung mit dem Autor vor einigen Jahren – lange bevor dieses Buch im Gespräch war – ist mir noch gut in Erinnerung. Hans de Boer machte damals einen nervösen und erschöpften Eindruck; wenige Monate zuvor, war er in Kambodscha entsetzlichen Folterungen ausgesetzt. Was er über seine Erfahrungen in asiatischen Ländern berichtete, erschien mir damals einseitig und kaum glaubwüridg. Heute, durch Studium und Mitarbeit in Dritte-Welt-Organisationen finde ich alles bestätigt.
De Boer arbeitete in den vergangenen 30 Jahren in vier Kontinenten; was er im vorliegenden Buch berichtet, sind nicht die Eindrücke eines Globetrotters und Besuchers: Nie war de Boer nur Zuschauer, sondern stets auch Beteiligter. Im Gegensatz zu vielen von jenen Vertretern seiner Generation, die sich nach dem II. Weltkrieg schworen, nicht mehr zu Unterdrückung und Ausbeutung im In- und Ausland zu schweigen, ist de Boer seinem Anspruch treu geblieben. Für ihn bedeutet das heute, der bedrohlichen Tendenz eines neuerlichen politischen Rechtopportunismus in der BRD zu begegnen.

Seine beiden früheren Bücher aus den fünfziger und sechziger Jahren: UNTERWEGS NOTIERT (Vorwort: M. Niemöller), das mit einer Auflage von 250.000 Exemplaren ein „Bestseller" war und UNTERWEGS IN OST UND WEST (Vorwort: W. Luethi, Bern) zeigen de Boer noch ganz als christlichen Pazifisten. Über das hier vorliegende Buch sagte die jüngst in die USA abgeschobene Dorothee Sölle im Norddeutschen Rundfunk: „Der Autor hat sich vom militanten Pazifisten der fünfziger Jahre zum christlichen Sozialisten der siebziger Jahre entwickelt ... Bei seiner Rückkehr in die Bundesrepublik (erlitt er) eine Art Kulturschock ... die Anbetung von Wohlstand und Reichtum, der stupide Antikommunismus, die provinzielle Ahnungslosigkeit über das, was wirklich in der Welt vor sich geht – all das hat ihn geschockt und zum Schreiben gebracht."
De Boer leistet mit seinen Berichten einen wichtigen Beitrag zur politischen Einschätzung der gegenwärtigen Weltlage. Im Besonderen problematisiert dieses Buch die wieder in den Vordergrund getretene politische und soziale Lage im ostasiatischen Raum – dies durch Erfahrungsberichte aus Indien, Hongkong, der Volksrepublik China und den USA, Länder, in denen de Boer lange Zeit gearbeitet, bzw. die er wiederholt bereist hat. Wertvoll und informativ ist in diesem Zusammenhang die Wiedergabe seiner Protokolle von Begegnungen mit Menschen wie Martin Luther King, Indira Gandhi, Angela Davis, Ho-Che-Minh, Ky, Sihanouk, Tschou En-Lai u. a. Von ebensolcher Wichtigkeit, und das scheint mir das Besondere an diesem Buch zu sein, sind die Aufzeichnungen der vielen Gespräche, die de Boer auf seinen Reisen mit den unmittelbar Ausgebeuteten und Unterdrückten führte, welche dem Leser einen unmittelbaren Einblick in die konkreten Folgen imperialistischer Herrschaft in diesen Ländern sprechen.

Was Unterdrückung und Folter wirklich bedeuten, hat de Boer am eigenen Leib erfahren müssen. Bestürzt über die Grausamkeit und Zerstörung US-Amerikanischer Bombenabwürfe und die Not der Bevölkerung in Nordkambodscha beschließt er, in einem Krankenhaus der Khmer Rouge verwundete Soldaten zu pflegen. Wegen diesem Engagement wird de Boer später selbst von Lon-Nol-Truppen in Haft genommen und in Anwesenheit US-amerikanischer Offiziere brutalster Folterungen ausgesetzt; seine Verlobte, eine indische Ärztin, wird vor seinen Augen zu Tode getreten. Vorstellbar wird auch das Maß des Elends und der Folter in den südvietnamesischen Straflagern für politische Häftlinge durch Berichte über die Tigerkäfige, die de Boer aus eigener Anschauung kennt.
Durch Einblenden geschichtlich-gesellschaftlicher Hintergrundsdaten skizziert das Buch den Verlauf des Indochinakrieges und den Wandel von Strategie und Taktik der US-Kriegsführung. In diesen Kapiteln greift de Boer in vielem dem vor, was erst jetzt über unsere Medien allmählich an die Öffentlichkeit dringt.
Weiterer Schwerpunkt des Buches ist der Bericht über Indien (wo de Boer seit 1966 am Sevagram College – Bundesstaat Maharashtra – dozierte), der sich ausführlich mit der innenpolitischen Lage und im besonderen mit der Person Indira Gandhi's und dem Gandhianismus, der heute in einer überkommenen Form weiterexistiert, beschäftigt.

Interessant ist auch das Kapitel über die Volksrepublik China, die de Boer seit den fünfziger Jahren mehrfach bereiste, u. a. ist er auch Augenzeuge der Großen Kulturrevolution.
Weithin unbekannt ist uns die Lage der christlichen Kirchen in China. De Boer entdeckte ein dem Urchristentum nahestehendes, von ausländischer Kontrolle emanzipiertes Christentum. Auf Weisung der KP-Chinas entstand nach einer Abkehr vom „Imperialismus" des Vatikans die „Patriotische Bewegung der katholischen Kirche" Chinas. Gleiches Umdenken fand de Boer auch bei den Kirchen Nordvietnams vor.
Kritisch zur Volksrepublik äußert sich der Autor – nach Gesprächen mit „kommunistischen" Bankdirektoren – zu den nicht-sozialistischen Praktiken der chinesischen Wirtschaft im Devisenbringer Hongkong.
Als einem der wenigen Ausländer war es de Boer erlaubt, in die Provinz Tibet (1971) einzureisen. Der Leser wird mit der Wirklichkeit in Tibet und dem unrealistischen Optimismus eines Dalai Lama konfrontiert, den de Boer in seinem indischen Exil interviewte.
Manches an diesem Buch mag zu kritisieren sein; so die „Widmung" am Anfang des Buches, in der u. a. Personen aufgeführt sind, die beim Leser auf Unverständnis stoßen müssen.

Aufschluß über die Person des Autors geben die Kapitel: „Muß ein Christ Sozialist sein?", sowie „Apathie des Herzens", in denen vor allem die Situation in der BRD und die Eindrücke bei der Rückkehr de Boers nach 13-jähriger Abwesenheit von Europa behandelt werden:
„Was für eine unbegreifliche, mir jetzt vollkommen fremde Welt! Eine Welt, in der für die wichtigsten Reformen in der Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik kein Geld da ist, doch zugleich eine maßlose Welt des Rüstungswettbewerbs und der Verschwendung ... Dieser Gegensatz von privatem Reichtum und sogenannter öffentlicher Armut scheint mir eines der wichtigsten Symptome dieser Gesellschaft zu sein – Symptom ihrer Krankheit, ja, ihrer Geisteskrankheit" (166f.).

Das alles ist leicht zu lesen, im strengen Sinn unwissenschaftlich – wie der Titel sagt: UNTERWEGS ERFAHREN, Notizen aufgeschrieben; und dennoch Erfassung von einer in Einzelheiten meist unbekannten Realität, geschrieben in einer Sprache, die direkt und treffend ist.

l. klering

Erklärung des iz3w zum Paragraphen 130a bzw 88a
Gegen den Abbau demokratischer Rechte

Der Bundestag hat bereits in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf behandelt und gebilligt, der folgende Handlungen unter Strafe stellt:

" § 126 Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten.
(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,
1. einen Landfriedensbruch ...
2. einen Mord, Totschlag oder Völkermord ...
androht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Ebenso wird bestraft, wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wider besseres Wissen vortäuscht, die Verwirklichung einer der in Abs. a Nr. 1 bis 6 genannten rechtswidrigen Taten stehe bevor."

" § 130 a Befürwortung von Straftaten
(1) Wer eine Schrift ..., die die Befürwortung einer der in § 126 Abs. Nr.1 bis 6 genannten rechtswidrigen Taten oder die Anleitung zu einer solchen Tat enthält und bestimmt sowie nach den Umständen geeignet ist, die Bereitschaft anderer zu fördern, solche Taten zu begehen...
1. verbreitet,
2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder
3. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anpreist, in den räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes einzuführen oder daraus auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnenen Stücke im Sinne der Nummern 1 oder 2 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen,
wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(3) Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung
1. die Begehung einer der in § 126 Abs.1 Nr.1 bis 6 genannten rechtswidrigen Taten befürwortet oder
2. zu einer solchen Tat eine Anleitung gibt,
um die Bereitschaft anderer zu fördern, solche Taten zu begehen."

" § 140 Belohnung und Billigung von Straftaten
Wer eine der in § 138 Abs.1 Nr.1 bis 5 und in § 126 Abs.1 Nr.1 bis 6 genannten rechtswidrigen Taten, nachdem sie begangen oder in strafbarer Weise versucht worden ist,
1. belohnt oder
2. in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs.3) billigt,
wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

Wie bekannt wurde, soll nach Vorstellungen von Bundesjustizminister Vogel und Innenminister Genscher sowie Rechtsexperten der SPD/FDP-Koaliation der o.g. § 130a jetzt unter der Abteilung "Friedensverrat, Hochverrat und Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats" als § 88a eingeordnet werden.

Dabei soll folgendes Tatbestandsmerkmal eingeführt werden:
Die Eignung der strafbedrohten Taten, "die Bereitschaft anderer zu fördern, sich durch die Begehung solcher Taten für Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einzusetzen."

Was ändert sich gegenüber den bisherigen Gesetzen?

Während bisher eine "Störung des öffentlichen Friedens" vorliegen mußte, um strafrechtlich verfolgt werden zu können, genügen nach diesem Gesetzentwurf schon Handlungen, die "geeignet" sind, "den öffentlichen Frieden zu stören". Das bedeutet eine Verschärfung der bisherigen Gesetze, weil nun auch eine

sehr dehnbare juristische Handhabe gegeben ist, um bereits die öffentliche Erörterung und die Solidarisierung mit Handlungen zu bestrafen, die nach Auslegung der BRD-Justiz als Störung des "öffentlichen Friedens" bezeichnet werden können.

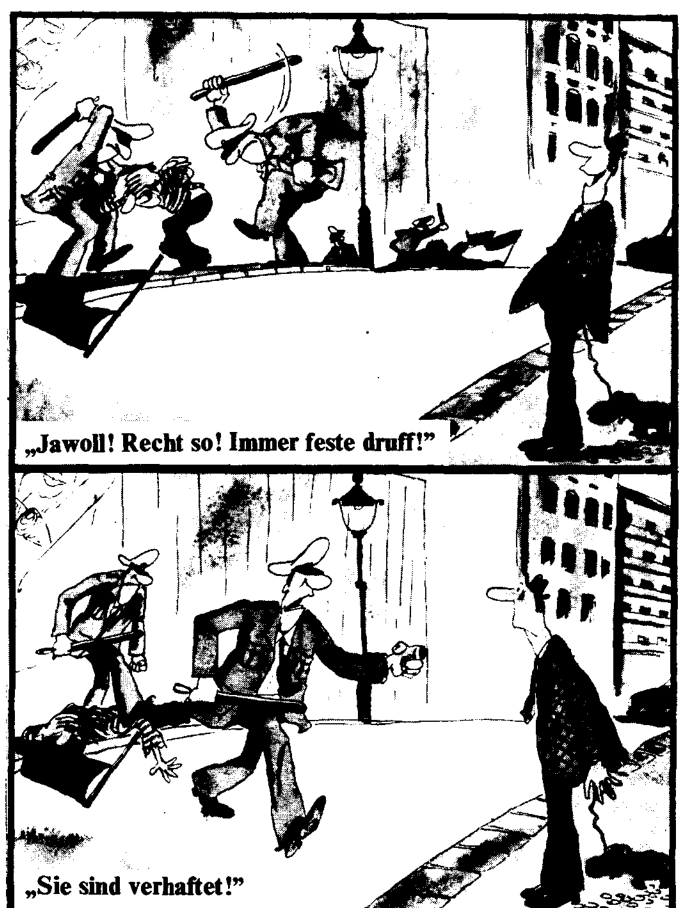
Was bedeutet das konkret für die Solidaritätsarbeit in der BRD?

Nach bisheriger Rechtsprechung kann die Unterstützung von Widerstands- und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt eine Störung des öffentlichen Friedens in der BRD sein. So urteilte 1974 das Verwaltungsgericht Trier:

"Berücksichtigt man indes, daß die hier in Rede stehende Sammlung im Zusammenwirken mit dem Aktionsbündnis 'Solidarität mit Chile' durchgeführt werden soll, so erhellt, daß der Sammlungsertrag überwiegend der Förderung des gewaltsamen Widerstandes in Chile dienen soll... Eine derartige Unterstützung gewaltsamer Widerstandsbewegungen stellt eine erhebliche Störung des polizeilichen Schutzgutes der öffentlichen Ordnung dar. Der Schutz der öffentlichen Ordnung umfaßt nach allgemeiner Meinung den Schutz aller Normen über Handlungen, Unterlassungen und Zustände, deren Befolgung - über die Grenzen der geltenden Bestimmungen des positiven Rechts hinaus - nach allgemeiner oder überwiegender Auffassung zu den unerläßlichen Voraussetzungen gedeihlichen menschlichen und staatsbürgerlichen Zusammenlebens gehört."

(AZ: 3L 60/74 VwG Trier).

Mit diesem Urteil wurde eine Strasammlung zur Unterstüzung des chilenischen Widerstands verboten.
Das neue Gesetz soll die Möglichkeit schaffen, nun auch den Aufruf zur Sammlung, die Unterhaltung eines Spendenkontos, die Unterstützung der Sammlung und sogar den öffentlichen Protest gegen das Sammlungsverbot unter Strafe zu stellen.
Das schafft die Möglichkeit strafrechtlich vorzugehen gegen eine politische und materielle Unterstützung der Völker der Dritten Welt, die um ihre Unabhängigkeit vom Imperialismus kämpfen. Gleichzeitig behält sich die Bundesregierung das Recht vor, Gewalt anzuwenden und zu unterstützen gegen die Völker der Dritten Welt - wie im Fall der Waffenlieferungen an das südafrikanische Regime (vgl. Heft 39, Nov.74, S.40), der Unterstützung des Pinochet-Regimes in Chile - bis hin zur Ausbildung chilenischer Offiziere durch die Bundeswehr (vgl. Heft 48,Sept.75,S.13), oder durch die Unterstützung der amerikanischen Kriegführung in Vietnam.


„Jawoll! Recht so! Immer feste druff!"
„Sie sind verhaftet!"

Vorgehen will sie jedoch gegen die Unterstützung der Gegengewalt, die sich gegen diese Unterdrückung zur Wehr setzt, um sie als "friedensstörend" und gegen die "öffentliche Ordnung" gerichtet zu kriminalisieren. Wie wir, so unterscheiden Gesetzgebung und Justiz in der BRD offensichtlich zwei Arten von Gewalt: Staatliche Gewalt gegen die Völker zum Zweck der Unterdrückung - und die Gegengewalt der Völker zum Zweck der Befreiung; und offensichtlich schlagen Gesetzgebung und Justiz sich dabei auf die Seite der Unterdrücker.

Wer Nutznießer dieses Gesetzes sein wird, hat die südafrikanische Bot-

schaft in der BRD bereits erkannt. In einer Einschätzung durch die Botschaft heißt es:

" Für die Republik Südafrika bedeutet dieses Gesetz: Wenn in Fernsehsendung, Buch, Versammlung oder Flugblatt die Meinung vertreten wird, die Anwendung von Gewalt gegen die Regierung der Republik Südafrika durch eine 'Freiheitsbewegung' sei 'notwendig' oder auch nur 'unvermeidbar', so machen sich alle Beteiligten strafbar... Danach kann gegen einen großen Teil der Literatur, die von der Anti-Apartheid-Bewegung und Informationsstelle Südliches Afrika u.s.w. herausgegeben wird, strafrechtlich vorgegangen werden."

(Zitiert nach Fernsehsendung "Monitor" vom 17.11.75.)

Die Unterstüzung von Befreiungsbewegungen z.B. im Südlichen Afrika ist eines unserer wesentlichen Ziele, dem unsere Aktionen wie auch die Analysen und Aufrufe in den "blättern des iz3w" gelten. Auf das Recht, uns auch weiterhin für diese Ziele öffentlich einzusetzen, können wir nicht verzichten und protestieren daher gegen die geplante Kriminalisierung unserer Arbeit.

Auswirkungen in anderen politischen Arbeitsbereichen

Aber auch jede Auflehnung gegen bestehende Mißstände in der BRD, schon der öffentlich erörterte Gedanke der Gegenwehr soll mit Strafen bedroht werden. Eine Betriebsbesetzung durch streikende Arbeiter wie in Erwitte ist Gewalt. Gewalt ist nach dem Strafgesetzbuch auch, wenn Streikposten Arbeitswillige am Betreten des Werkes hindern. Strafbar macht sich nicht nur der aktiv am Streik beteiligte Arbeiter, strafbar macht sich in Zukunft jeder, der solche Aktionen vorbereitet, dazu aufruft, der sich zu den Zielen bekennt und die Aktion begrüßt, strafbar wird sogar der Journalist werden, der die Besetzung als legitim oder als notwendig darstellt. Gleiches gilt etwa für die Bauplatzbesetzung, mit der sich die Kaiserstühler Bevölkerung gegen den Bau eines Kernkraftwerkes in Wyhl zur Wehr setzt, oder etwa für Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen oder Häuserabrisse. In allen diesen Fällen werden künftig auch diejenigen mit Strafe bedroht, die sich in Resolutionen, Protesterklärungen und Leserbriefen öffentlich hinter diese Aktionen stellen.

Dieses Gesetz schränkt die demokratischen Rechte weiter ein.

Wie diese Beispiele zeigen, soll der Bevölkerung mit dem neuen Gesetz die Möglichkeit weiter beschnitten werden, ihre berechtigten Interessen durch öffentliche Erörterung, Bekanntmachung und Propagierung wahrzunehmen. Dies geschieht unter dem Vorwand, einzelne Terroristen zu bekämpfen. Angeblich soll mit dem "öffentlichen Frieden" die Allgemeinheit geschützt werden, in Wahrheit sind es nur die Vorrechte von Fabrikanten, Hauseigentümern und anderen Privilegierten, die aufrecht erhalten werden sollen.
Daß mit dieser Stoßrichtung demokratische Rechte abgebaut werden, hat in der Bundesrepublik Tradition. 1951 wurden in sog. Staatsschutzgesetzen die Verunglimpfung der Bundesrepublik und ihrer Symbole unter Strafe gestellt: ein ähnlich dehnbares Instrument zur Verfolgung politischer Gesinnung, wie das jetzt geplante Gesetz. Hierher gehört auch die Kriminalisierung jeden Streiks mit politischer Zielsetzung, das Verbot der KPD 1956, die Notstandsgesetze 1968 sowie der Ministerpräsidentenerlaß gegen Radikale im öffentlichen Dienst von 1972, der die Grundlage für die Berufsverbote schuf. Solch weitgehende Einschränkungen der demokratischen Rechte kennt in Westeuropa zur Zeit nur das faschistische Spanien.

Wir protestieren gegen dieses geplante Gesetz. Wir werden weiterhin die vom Gesetzgeber bedrohten Rechte wahrnehmen und für unsere politischen Ziele öffentlich eintreten. Alle unsere Leser fordern wir auf, in Schulen, Kirchengemeinden, politischen Gruppen und Organisationen, Gewerkschaften über die geplante Strafrechtsänderung zu informieren und öffentlich dagegen Stellung zu nehmen.

Haben Sie Ihr Abonnement für 1976 schon bezahlt?

WENN NEIN:

ÜBERWEISEN SIE BITTE INNERHALB VON 10 TAGEN IHRE ABONNEMENTSGEBÜHREN

NORMALPREIS
DM 28.– / öS 200,– / SFr 28,00
(incl. 5,5 % MWSt.)

ERMÄSSIGTER PREIS
DM 20,– / öS 140,– / SFr 20,40
(incl. 5,5 % MWSt.)
Für Schüler, Lehrlinge, Soldaten, ZDL's, Rentner, Studenten (nach Selbsteinschätzung)

BEACHTEN SIE BITTE, DASS WIR AB SOFORT DIE ABONNEMENTSGEBÜHREN IM VORAUS ERHEBEN

DAS NÄCHSTE HEFT GEHT ALSO NUR AN DIE LESER, DIE IHR ABONNEMENT RECHTZEITIG BEZAHLT HABEN.

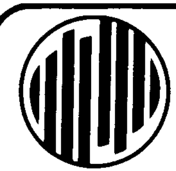
Hier unsere Konten:

Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 14 82 39 – 755
Postscheckamt Basel Nr. 40 – 35 899
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047

Nicht vergessen:
Als Absender die Adresse, an die wir die ‚blätter' verschicken Vermerk: Abo '76

ALLEN LESERN, DIE BEREITS ÜBERWIESEN HABEN, DANKEN WIR – BESONDERS AUCH JENEN, DIE DEN BETRAG NACH OBEN ABGERUNDET HABEN

ODER ÜBER EINEN DAUERAUFTRAG AUF EINES UNSERER KONTEN UNSERE ARBEIT REGELMÄSSIG UNTERSTÜTZEN.
WIR KÖNNENS BRAUCHEN !



Focus-Verlag GmbH
Verlag für Sozialwissenschaften
6300 Gießen · Wilhelmstraße 12
Telefon (06 41) 347 60

PORTUGAL

Materialien und Dokumente zur Revolution

(zusammengestellt, eingeleitet und aus dem Portugiesischen übersetzt von Günter Schröder)
ca. 100 Seiten, ca. DM 5.-

Das Buch gibt im 1. Teil einen Überblick über die politische Entwicklung von März bis September 1975.
Der zweite Teil beinhaltet Informationen zur Politik der Organisationen zwischen Revisionisten und Marxisten-Leninisten (PRP-BR, FSP, MES, LUAR, etc.).
Die Politik dieser Gruppen ist in der BRD bisher wenig bekannt. Ihnen fehlt bei uns ein entsprechendes Pendant, das ihre Politik kontinuierlich aufzeigt. Dies wird hier versucht, da die Gruppen in erheblichem Maße Basisarbeit leisten und in der Diskussion um die Strukturen eines portugiesischen nichtbürokratischen Sozialismus eine wichtige Rolle spielen.

Bernd Knoll

CHINA - REVOLUTION PLUS PRODUKTION

Entwicklung und gegenwärtiger Stand des ökonomischen Systems der Volksrepublik

144 Seiten, DM 9.-

Bernd Knoll hat ein Bild der Entwicklung, Struktur und Organisation des ökonomischen Systems der VR China erarbeitet, das auch dem mit der Materie nicht vertrauten Leser das Verständnis der Wirtschaft und Gesellschaft Chinas erleichtert.

Jörg Schilling

PORTUGALS AFRIKANISCHE KOLONIEN IM FREIHEITSKAMPF
192 Seiten, DM 10.-

Diese Schrift will ein Beispiel politischer Orientierung geben. Sie liefert Argumentationsmaterial und soll Lehrenden, Studierenden und Schülern Exempel dafür sein, was heute in der politischen Bildung erarbeitet und vermittelt werden kann.

PROLIT
Buchversand
63 Gießen, Dammstr.11
Postfach 2969

SOLIDARITÄTSAKTION FÜR DEN BEFREIUNGSKAMPF IN OMAN

Berichtigung

In der letzten Nummer machten wir auf die Aktion zur Unterstützung des Befreiungskampfs in Oman aufmerksam.
Spenden im Rahmen dieser Aktion sollen eingezahlt werden auf das

SPENDENKONTO „Humanitäre Hilfe Dhofar"

Bank für Gemeinwirtschaft
Westberlin, Konto Nr. 1004 704 305

(nicht 304, wie – aufgrund einer Falschinformation angegeben).

Dieses Konto wurde eigens für die genannte Aktion eingerichtet; da es sich bei dem ursprünglich genannten Konto um ein Nebenkonto desselben Inhabers handelt, ist die bestimmungsgemäße Weiterleitung der bereits überwiesenen Gelder sichergestellt.



rororo aktuell

Von denen keiner spricht
Unterdrückte Minderheiten – von der Friedenspolitik vergessen
Kurden, Basken, Chicanos, Indios, Meschier (Sowjetunion) u.a.
Herausgegeben von Tilman Zülch
rororo aktuell 1879 DM 5,80

Marcio M. Alves
Erster beim Sterben, letzter beim Essen
Kuba – Eine Arbeiterfamilie erzählt
rororo aktuell 1878 DM 5,80

Mao Tse-tung
Das machen wir anders als Moskau!
Kritik an der sowjetischen Politökonomie
Herausgegeben von Helmut Martin
rororo aktuell 1940 DM 5,80

Erika Stückrath-Taubert (Hg.)
Erziehung zur Befreiung
Volkspädagogik in Lateinamerika
Paulo Freire: Rezeption und Kritik
rororo sachbuch 6877 DM 8,80